

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr 48

Veröffentlichung : März 1998

Umfragen : Oktober – November 1997

Generaldirektion X
Rue de la Loi 200 (T120 4/8)
B – 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.91.72
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail: Eurobarometer@dg10.cec.be

Internet : Europa Server <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/eb.html>

Nachdruck – augenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard EUROBAROMETER-Meinungsumfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedstaaten gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, wurden ab Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die jüngsten Umfragen werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (Europe) - European Coordination Office" angehören. Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt und sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR), deren Normen für sie verbindlich sind.

Die für die gesamte Gemeinschaft aufgeführten Zahlen sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.

Wie bei Umfragen dieser Art üblich, übernimmt die Kommission für Fragen, Ergebnisse und Kommentare keinerlei Gewähr. Der vorliegende Bericht, den das Referat "Meinungsumfragen und -analysen" (X.A.2; Referatsleitung: Anna Melich) der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt hat, ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei wird auf vier verschiedene Formen der Eurobarometer-Meinungsumfrage zurückgegriffen:

- *das traditionelle Standard Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht*
- *Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)*
- *qualitative Analysen ("Brennpunkt-Gruppen", Intensiv-Interviews)*
- *EB Mittel- und Osteuropa, eine jährliche Übersicht über die Meinung der breiten Öffentlichkeit in 16 mittel- und osteuropäischen Staaten (in Zusammenarbeit mit der GD I und GD IA)*

Die persönlichen Befragungen des Standard Eurobarometer und Telefon Flash EB sowie die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag und auf Rechnung der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Schlagzeilen

- Die persönlichen Erwartungen der Europäer sind im wesentlichen von Optimismus geprägt. Im Herbst 1997 waren nur 12% der Befragten der Meinung, daß das Jahr 1998 schlechter verlaufen würde als das Jahr 1997.
- 46% der Europäer würden es begrüßen, wenn die Europäische Union zu Beginn des nächsten Jahrhunderts eine größere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen würde. Weitere 29% wünschen sich, daß die EU zumindest die Rolle beibehält, die sie gegenwärtig ausübt.
- 41% der EU-Bürger meinen, daß das Fernsehen nicht in genügendem Umfang über EU-Themen berichtet, und 35% bzw. 33% halten die entsprechende Berichterstattung durch die Presse bzw. den Rundfunk für nicht ausreichend.
- Es herrscht Einstimmigkeit darüber (92%), daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union ist; 70% der Befragten betrachten eine intensivere Kooperation der Mitgliedsländer im Bereich der Beschäftigungspolitik als eine vorrangige Aufgabe bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Die Zustimmung zur einheitlichen Währung, dem Euro, ist nach einem geringfügigen Rückgang im Frühjahr 1997 nun erneut über die 50%-Marke geklettert, während die Ablehnungsrate wieder auf unter 40% gefallen ist.
- Immer mehr Europäer meinen, daß sie über den Euro informiert sind. 27% halten sich gegenwärtig für sehr gut oder gut informiert, gegenüber 21% im Herbst 1996.
- Die Erweiterung der EU wird zwar in vielfacher Hinsicht als eine positive Entwicklung angesehen, doch wünschen die EU-Bürger nicht, daß ihr Land deswegen weniger Gelder aus dem EU-Haushalt erhält. Infolge der Bedenken der Öffentlichkeit wegen der finanziellen Kosten der Erweiterung stößt der Beitritt von neuen Mitgliedstaaten auf relativ wenig Zustimmung (Ungarn findet mit 47% die größte Zustimmung, während Slowenien und Rumänien mit 33% die geringste Zustimmung erzielen).
- Beinahe 4 von 10 Europäern würden es begrüßen, wenn das Europäische Parlament eine wichtigere Rolle spielen würde, als dies zur Zeit der Fall ist. 25% sind der Ansicht, daß das Parlament die derzeitige Rolle beibehalten sollte, und nur 10% wünschen eine Reduzierung dieser Rolle.
- 70% der Europäer beabsichtigen, an der nächsten Europa-Wahl im Juni 1999 teilzunehmen. Nur 13% erklärten, daß sie nicht wählen würden.
- 1997 war zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus" ausgerufen worden. Wie die Eurobarometer-Umfrage zeigt, ist nur eine Minderheit der EU-Bürger der Meinung, daß *Angehörige von Ländern außerhalb der Europäischen Union, die in einem Mitgliedsland arbeiten möchten, ohne Einschränkung zugelassen werden sollten*.
- Die Mehrheit der EU-Bürger, die 1997 eine Urlaubsreise ins Ausland unternommen hatten, verbrachten diesen Urlaub in einem Mitgliedsland der Europäischen Union (39%).

Einleitung

Eurobarometer Nr. 48 berichtet über die öffentliche Meinung im Herbst 1997 und befaßt sich vorwiegend mit Fragen zur Europäischen Union. Wir sind allen Bürgern der Europäischen Union, die im Laufe der Jahre an diesen Umfragen teilgenommen haben, zu Dank verpflichtet. Ohne ihre Mitwirkung wäre es nicht möglich gewesen, in Erfahrung zu bringen, was die Bürger von der Europäischen Union halten.

Der vorliegende Bericht beginnt mit einem allgemeinen Überblick über die Einstellung der Europäer zum **öffentlichen Leben gegen Ende dieses Jahrtausends**. Im ersten Kapitel wird untersucht, was sich die Bürger von der **unmittelbaren Zukunft** erwarten, sowohl im Hinblick auf das Leben im allgemeinen als auch hinsichtlich der Rolle, die die Europäische Union im täglichen Leben der Bürger spielen wird oder spielen sollte.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit den **subjektiven Kenntnissen über die Europäische Union** und dem **Bekanntheitsgrad von aktuellen Themen** der Europapolitik. Dieses Kapitel erläutert außerdem, wie die Bürger **über die Europäische Union informiert** werden möchten und wie sie die **Berichterstattung der Medien** im Zusammenhang mit EU-Angelegenheiten beurteilen.

Die **Zustimmung zur Europäischen Union und zu ihrer Politik** bildet den Schwerpunkt des dritten Kapitels. In diesem Zusammenhang werden die Standardindikatoren präsentiert, mit deren Hilfe die langfristigen Meinungstrends in der Europäischen Union ermittelt werden. Zu den erörterten Themen zählen die **Einführung der einheitlichen Währung**, d.h. des **Euro**, und die **Beschäftigungspolitik**.

Die Meinungen zur **Erweiterung der Europäischen Union** und zur **Gemeinsamen Agrarpolitik**, die einen Schwerpunkt der **Agenda 2000** bilden, werden im vierten Kapitel behandelt.

Das fünfte Kapitel befaßt sich mit den **Einstellungen zum Europäischen Parlament** sowie dessen derzeitiger empfundener und gewünschter Bedeutung. Außerdem wird untersucht, welchen Bereichen sich das Parlament nach Auffassung der Befragten in erster Linie widmen sollte.

Da das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus" ausgerufen worden war, wird im sechsten Kapitel untersucht, **wie die EU-Bürger zu den Menschen stehen, die aus Ländern außerhalb der Europäischen Union** stammen.

Das Schlußkapitel endet mit einer leichteren Note, denn es untersucht, wo die EU-Bürger ihren **Urlaub** im Jahr 1997 verbracht haben und wohin sie im Jahr 1998 verreisen werden.

Die Internet-Adresse des Eurobarometer lautet:
<http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/polls.html>

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Europa an der Schwelle zum 3. Jahrtausend	1
1.1. Beurteilung der Demokratie zum Jahresende 1997	1
1.2. Allgemeine Erwartungen für 1998	4
1.3. Allgemeine Erwartungen für das 21. Jahrhundert	5
1.4. Empfundene und erwünschte Rolle der EU im 21. Jahrhundert	7
2. Vertrautheit mit aktuellen Fragen der Europapolitik und Wirkung der Medien	9
2.1. Einschätzung der Kenntnisse über die Europäische Union	9
2.2. Bekanntheitsgrad von aktuellen Themen der Europapolitik	11
2.3. Bevorzugte Informationsquellen	14
2.4. Berichterstattung über Themen der Europapolitik in den Medien	15
2.5. Objektivität der Berichterstattung über die Europapolitik	17
2.6. Vertrauen in die Medien	18
3. Zustimmung zur Europäischen Union	19
3.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union	19
3.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft	20
3.3. Tempo der europäischen Integration	38
3.4. Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung in der Europäischen Union	40
3.5. Vorrangige Aufgaben der Europäischen Union	42
3.6. Zustimmung zur einheitlichen Währung	44
3.7. Informationen über den Euro	46
3.8. Zustimmung zu anderen aktuellen politischen Themen	48
4. Agenda 2000	50
4.1. Einstellung zur Erweiterung	50
4.2. Zustimmung zur Erweiterung	55
4.3. Gemeinsame Agrarpolitik	56
5. Das Europäische Parlament	58
5.1. Bekanntheitsgrad und subjektive Bedeutung des Europäischen Parlaments	58
5.2. Das Europäische Parlament und die Bürger	62
6. Das Europäische Jahr gegen Rassismus	68
6.1. Aufnahme von Menschen aus Ländern, die nicht der EU angehören	68
6.2. Einstellungen zu Ausländern und Menschen anderer Rasse	71
7. Tourismus in der Europäischen Union	74
7.1. Urlaubsreisen der Europäer im Jahr 1997	74
7.2. Urlaubsreisen der Europäer im Jahr 1998	76

Anhänge

	Seite
A. Lists/Listes	A.1
A.1 List of graphics/Liste des graphiques.....	A.1
A.2 List of tables/Liste des tableaux	A.4
A.3 Explanatory note for Table Headings Note Explicative de Certains Intitulés dans les Tableaux.....	A.8
B. Tables Tableaux.....	B.1
C. Technical Specifications Fiches Techniques	C.1
C.1 Co-operating Agencies und Research Executives Instituts et Responsables de Recherche	C.1
C.2 Administrative Regional Units Unités Administratives Régionales	C.2
C.3 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 48.0	C.3
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 48.0	C.4
D. Eurobarometer Surveys on Attitudes of Europeans Recherches sur les Attitudes des Européens dans l'Eurobaromètre.....	D.1

BERICHT

1. Europa an der Schwelle zum 3. Jahrtausend

Die Europäische Union ist Teil der jüngsten historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts. Wegen ihrer verhältnismäßig kurzen Geschichte wird sich die Union nur mit Mühe gegen die zahlreichen anderen bedeutenden Entwicklungen der letzten 1000 Jahre behaupten können. Dennoch hat sie sich bereits einen Platz in den Geschichtsbüchern verdient. Innerhalb von weniger als 50 Jahren hat die Union fünfzehn europäische Nationen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zusammengeführt, so daß sie nun in zahlreichen politischen Bereichen zusammenarbeiten. In den Jahren vor und nach der Jahrtausendwende wird es zahlreiche weitere Veränderungen geben, zu denen die Einführung der einheitlichen europäischen Währung und die Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Südeuropa zählen.

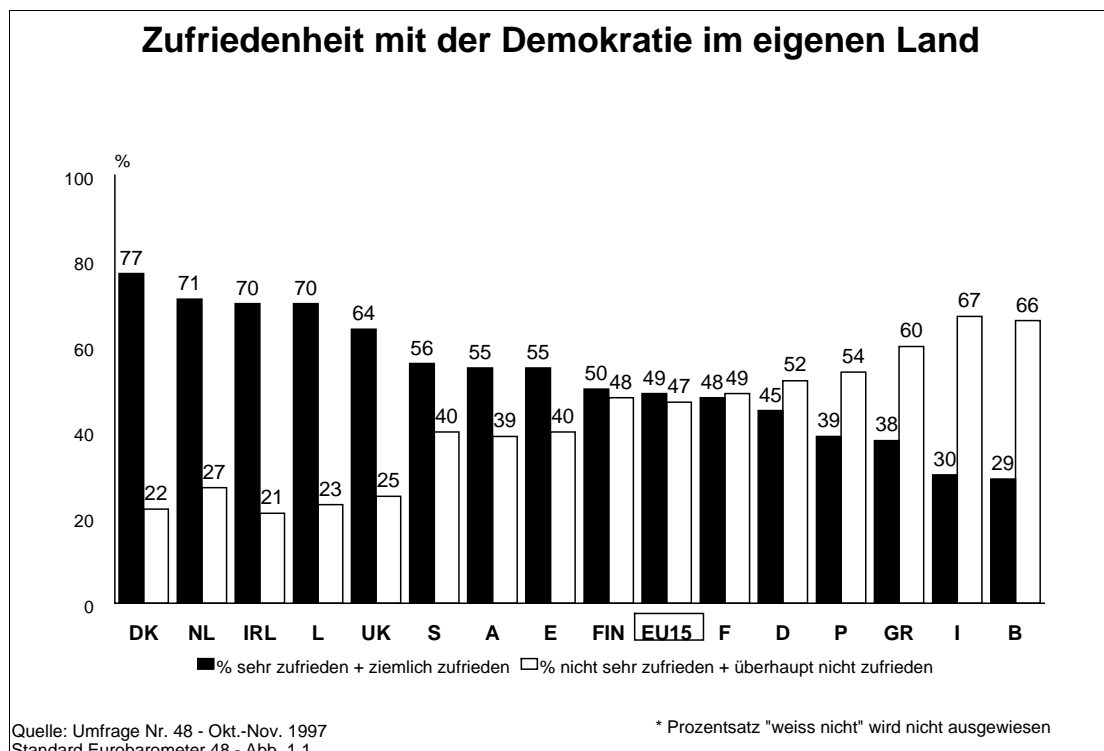
Zwei Jahre vor der Jahrtausendwende wirft das Eurobarometer nicht nur Licht auf das, was die Europäer am Ende des 20. Jahrhunderts von der Europäischen Union halten, sondern gewährt auch einen Blick in die Zukunft, der sich auf die Ergebnisse der Erforschung der öffentlichen Meinung über die Gestaltung des nächsten Jahrhunderts stützt.

1.1. Beurteilung der Demokratie zum Jahresende 1997

Zufriedenheit mit der Demokratie

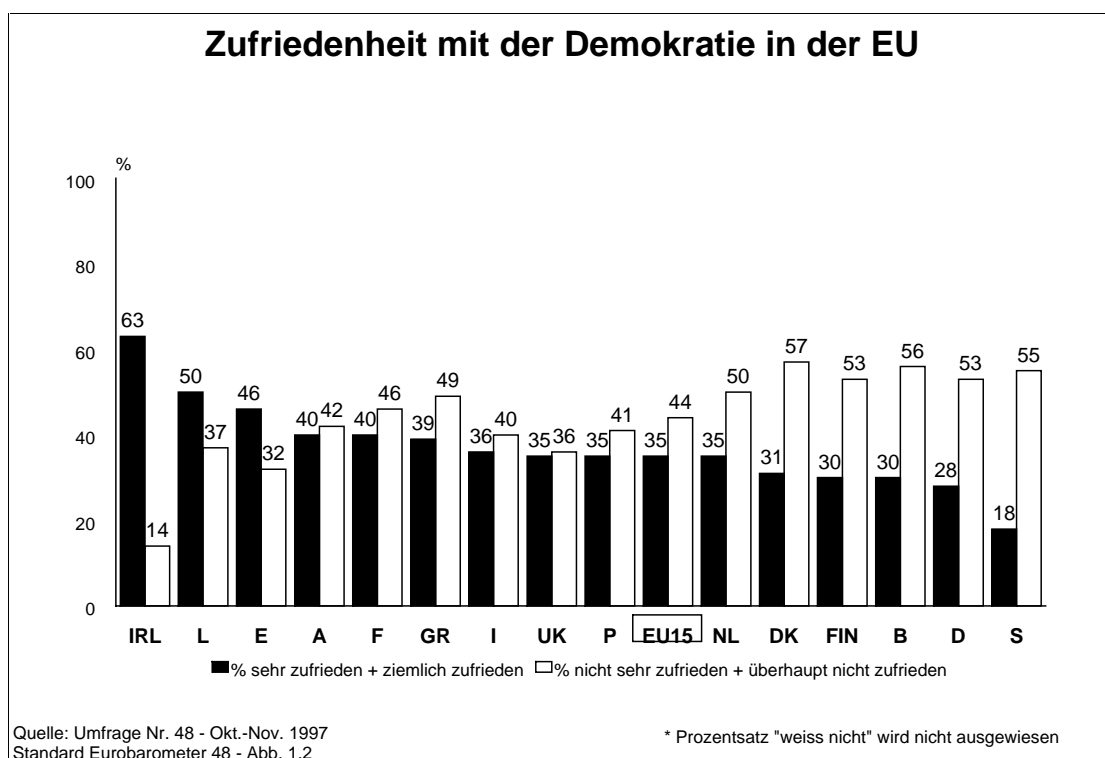
Seit langem erforscht Eurobarometer den Grad der Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in den Mitgliedstaaten und in der Europäischen Union. Die Ergebnisse der Umfragen vermitteln einen Einblick in die Haltung der Öffentlichkeit zu einer der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union: der Wahrung der Demokratie.

Im Europa der Nachkriegszeit war die Demokratie für die meisten Menschen gleichbedeutend mit der Wahrung des Friedens und der Verhinderung einer Diktatur. In der heutigen Zeit - fünfzig Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs - erwarten die Europäer jedoch, daß ihre politischen Systeme einem anspruchsvolleren demokratischen Ideal genügen. Daß der Prozentsatz der Bürger, die mit der Demokratie im Lande zufrieden sind, mit 49% heute fast den gleichen Wert erreicht wie 1973, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde (48%), beweist, daß die politischen Systeme den höheren Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden.



Der Durchschnittswert (49%) der Zustimmungsrates aller fünfzehn Mitgliedsländer lässt nicht erkennen, wie groß Ende 1997 die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind. Am zufriedensten sind die Dänen (77%), Niederländer (71%), Iren und Luxemburger (jeweils 70%), während in Belgien (29%), Italien (30%), Griechenland (38%) und Portugal (39%) weniger als 4 von 10 Personen mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind. In den Ländern mit den niedrigsten Zufriedenheitsraten ist der Staat in der Regel seltener in der Lage, die Erwartungen der Öffentlichkeit zu erfüllen, als in den Ländern, in denen die Zufriedenheitsrate höher ist. (Tabelle 1.1)

Was die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union betrifft, so präsentiert sich ein etwas anderes Bild. Generell ist die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der EU geringer als die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land. Am zufriedensten sind die Iren (63%), gefolgt von den Luxemburgern (50%). In allen anderen Ländern ist weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, wobei der niedrigste Wert in Schweden (18%) zu verzeichnen ist.



Die Zufriedenheit der Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union hat zu keinem Zeitpunkt sehr hohe Werte erreicht. Sind die heutigen Werte eigentlich niedriger als in der Vergangenheit? Diese Frage drängt sich insbesondere angesichts der BSE-Krise auf, die Europa im Jahr 1996 erschütterte. Auf EU-Ebene präsentiert sich ein uneinheitliches Bild: sowohl die Zufriedenheitsraten (-3) als auch die Unzufriedenheitsraten (-4) sind rückläufig, was durch einen höheren Anteil an unentschlossenen Antworten kompensiert wird (+7). Die Länderergebnisse liefern ein klareres Bild: in den meisten nordeuropäischen Ländern ist die Zufriedenheit tatsächlich deutlich zurückgegangen (z.B. Belgien -21, Deutschland -17, Dänemark -16, Luxemburg und Niederlande -9, Finnland -7). In Spanien hingegen ist die Zufriedenheit um 13 Prozentpunkte gestiegen, während sich Griechenland, Österreich und das Vereinigte Königreich um 4 Prozentpunkte verbessert haben. In den übrigen Ländern haben sich die Werte für die Zufriedenheit entweder nicht verändert oder wurden durch eine Zunahme der unentschlossenen Antworten nivelliert. (Tabelle 1.2a)

Anhand einer weiteren Analyse wurde ermittelt, inwieweit die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU von der Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungsgruppen abhängt. Es konnten keine geschlechterspezifischen Unterschiede festgestellt werden, doch bei den Altersgruppen war die Variationsbreite beträchtlich: die

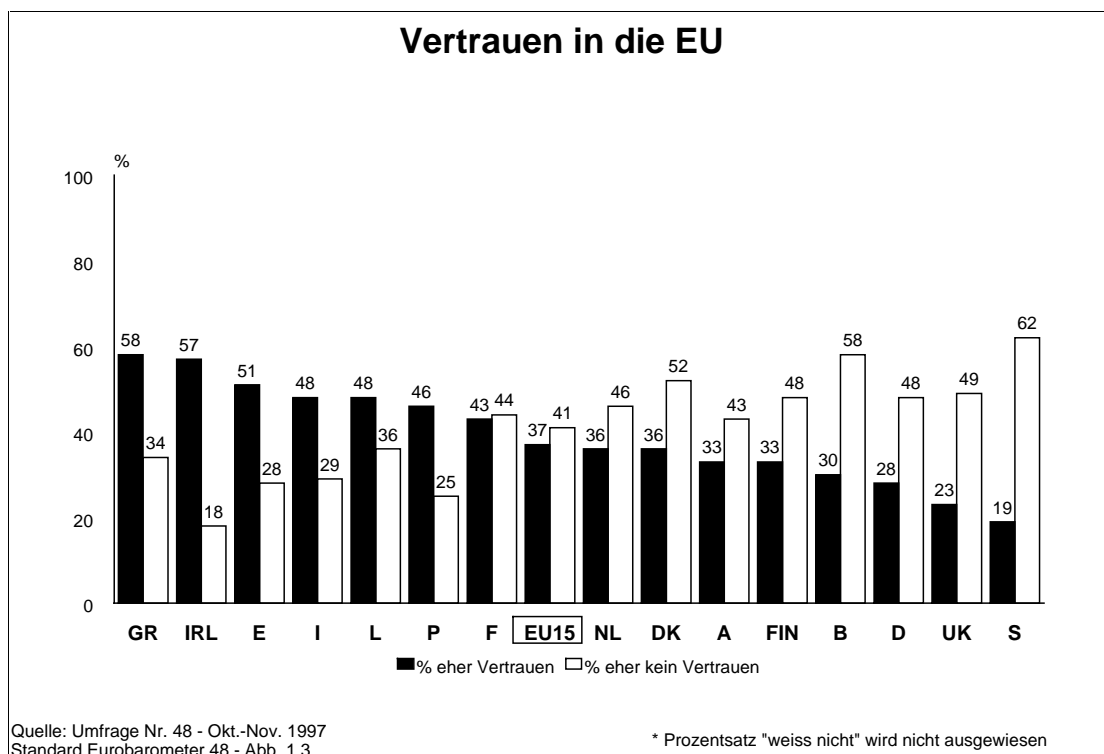
jüngeren Europäer sind mit der Demokratie auf EU-Ebene zufriedener (40% in der Altersgruppe 15-24) als ihre älteren Mitbürger (31% in der Altersgruppe über 55). Eine Aufschlüsselung nach Bildungsniveaus ergibt ein ähnliches Bild: Personen mit längerer Schulzeit sind in der Regel zufriedener als Personen, die ihre Schulzeit früher abgeschlossen haben. Auch die Angehörigen der gehobeneren Berufe (d. h. Führungskräfte und Angestellte) sind zufriedener als andere Berufsgruppen oder Arbeitslose. Es dürfte kaum überraschen, daß 49% der Befragten, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, mit der Demokratie in der EU zufrieden sind, verglichen mit nur 15% der Personen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 1.2b)

Vertrauen in die öffentlichen Institutionen

Im Rahmen einer weiteren Frage zur Messung der Zufriedenheit mit dem Staat gegen Ende des Jahres 1997 wurde eine Reihe von nationalen und internationalen Institutionen genannt, wobei die Umfrageteilnehmer angeben sollten, ob sie der jeweiligen Institution vertrauen oder mißtrauen¹.

Das schwindende Vertrauen in die staatlichen Institutionen wurde in den letzten zehn Jahren durch zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen dokumentiert. Unsere Umfrageergebnisse zeigen, daß das Vertrauen in die eigene Regierung und das eigene Parlament in allen Mitgliedsländern recht gering ist: Belgien verzeichnet die niedrigsten Werte: nur 16% haben Vertrauen in die Regierung, und 20% haben Vertrauen in das Parlament. Die höchsten Werte wurden mit 64% bzw. 67% in den Niederlanden erzielt.

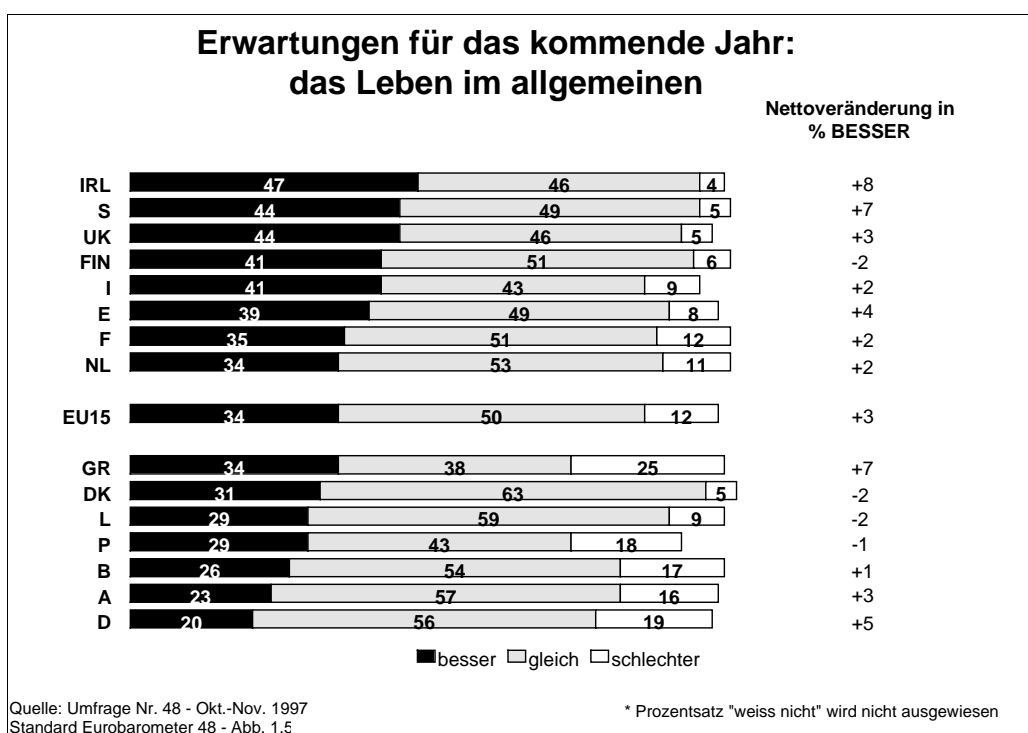
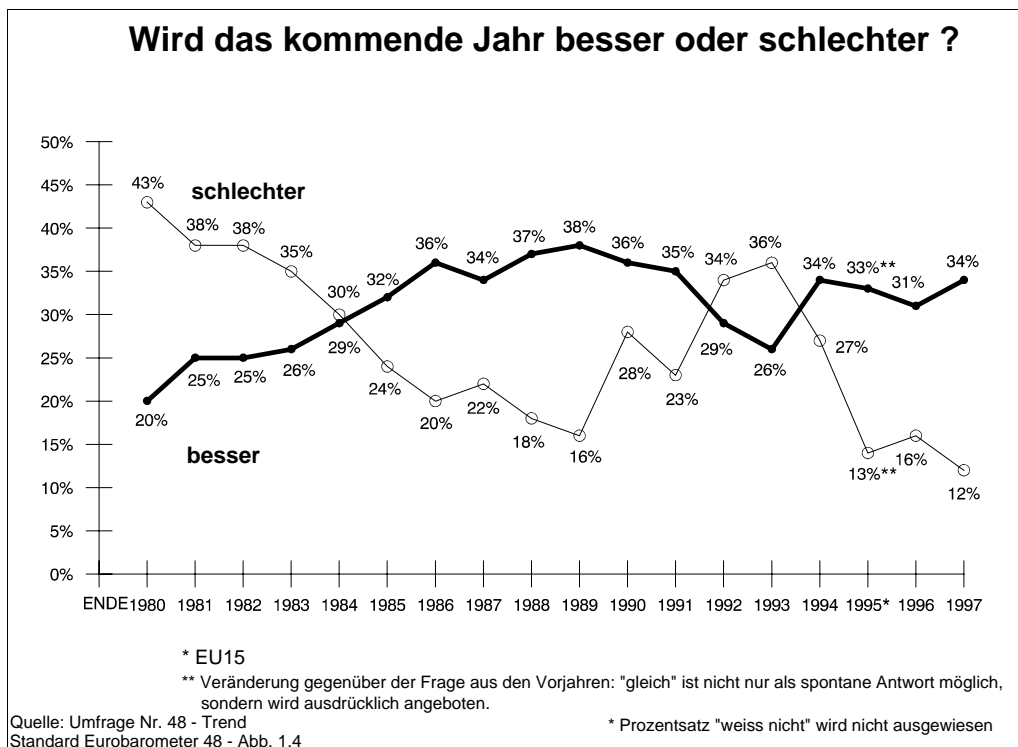
Die europäischen Bürger stehen der Europäischen Union etwas weniger mißtrauisch gegenüber als den eigenen nationalen Regierungen oder Parlamenten. Dennoch sind beinahe 4 von 10 Personen der Meinung, daß sie der Europäischen Union nicht vertrauen können. Der Ländervergleich zeigt beträchtliche Unterschiede auf: mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Griechenland (58%), Irland (57%) und Spanien (51%) bringt der Europäischen Union Vertrauen entgegen, verglichen mit nur 19% in Schweden, 23% im Vereinigten Königreich und 28% in Deutschland. (Tabelle 1.3)



¹ Insgesamt wurden 17 Institutionen genannt. Die Abbildung 1.3 zeigt die Ergebnisse für 14 Institutionen. Die Ergebnisse für die restlichen 3 Institutionen, nämlich die Medien, werden im zweiten Kapitel behandelt und in Abbildung 2.8 dargestellt.

1.2. Allgemeine Erwartungen für 1998

Die von Mitte Oktober bis Mitte November 1997 durchgeführte Eurobarometer-Umfrage läßt eine generell optimistische Lebenseinstellung der Europäer erkennen. Während die positiven Antworten auf die Frage, ob das kommende Jahr besser werde, in den letzten beiden Jahre rückläufig waren, stieg diesmal der Anteil der Europäer, die sich vom kommenden Jahr eine Verbesserung erwarten, um 3 Prozentpunkte. Nur 12% der Europäer erwarten für 1998 eine generelle Verschlechterung ihres Lebens, verglichen mit 16% im vergangenen Jahr.



Der Ländervergleich läßt erkennen, daß der Optimismus in Irland (+8) deutlich gestiegen ist. Mit einem Anteil von 47% liegt Irland nun an der Spitze und hat damit Finnland (-2 auf 41%) und das Vereinigte Königreich (+3 auf 44%) überholt, die im letzten Jahr das Feld anführten. In Schweden (+7 auf 44%) und Griechenland (+7 auf 34%) hat ebenfalls mehr Optimismus um sich gegriffen. Weitere deutliche Zunahmen wurden in Deutschland (+5 auf 20%) und Spanien (+4 auf 39%) verzeichnet. Zusammen mit Finnland sind Dänemark (-2 auf 31%), Luxemburg (-2 auf 29%) und Portugal (-1 auf 29%) die einzigen Länder, in denen der Optimismus gegenüber dem letzten Jahr leicht zurückgegangen ist, doch ist dieser Rückgang so gering, daß er nicht als statistisch signifikanter Befund angesehen werden kann. (Tabelle 1.4a)

Das einzige nennenswerte Ergebnis der demographischen Analyse besteht darin, daß die jungen Europäer dem kommenden Jahr eindeutig am zuversichtlichsten entgegensehen (52%), während die Rentner am wenigsten Optimismus aufbringen können (15%). (Tabelle 1.4b)

1.3. Allgemeine Erwartungen für das 21. Jahrhundert

Um zu ermitteln, wie die Europäer den Beginn des nächsten Jahrtausends beurteilen, wurden in der Umfrage elf allgemeine Aussagen über das 21. Jahrhundert vorgelegt.

Die Mehrheit der Europäer (56%) ist der Ansicht, daß sich unsere Lebensweise im 21. Jahrhundert sehr verändern wird. Der Beginn des neuen Jahrtausends wird sich nach Meinung von fast 8 von 10 Europäern (78%) durch bedeutsame technologische Fortschritte auszeichnen, und beinahe 7 von 10 sind der Ansicht, daß sich im 21. Jahrhundert schwere Krankheiten wie AIDS oder Krebs besiegen oder heilen lassen (68%).

Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritte des 21. Jahrhunderts werden weniger optimistisch beurteilt: 68% der Europäer sind der Meinung, daß die Arbeitslosigkeit mindestens so hoch sein wird wie heute, und 61% glauben, daß es noch mehr arme oder sozial ausgegrenzte Menschen geben wird. Weniger als 4 von 10 Europäern gehen davon aus, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Lage des eigenen Landes im 21. Jahrhundert verbessern wird (39%). Außerdem sind viele Europäer nicht davon überzeugt, daß das 21. Jahrhundert mehr Frieden bringen wird: nur 31% stimmen der Aussage zu, daß es weniger Kriege und weniger Gewalt in der Welt geben wird.

Wenn es jedoch um eine generellere Beurteilung ihrer Erwartungen geht, verspricht sich die Mehrheit der Europäer von der Zukunft mehr Gutes als Schlechtes. Die Aussage, daß "unsere Kinder und Enkelkinder im 21. Jahrhundert ein besseres Leben haben, als es unsere Eltern und Großeltern hatten", stößt bei 46% der Befragten auf Zustimmung. Außerdem sind 47% nicht der Ansicht, daß das 21. Jahrhundert schlimmer wird als dieses Jahrhundert, und 43% gehen nicht davon aus, daß es der Gesellschaft ihres Landes im 21. Jahrhundert immer schlechter gehen wird.

Der Ländervergleich zeigt, daß das 21. Jahrhundert in den fünfzehn Mitgliedsländern sehr unterschiedlich eingeschätzt wird. Beinahe drei Viertel der Iren (73%) hoffen, daß ihre Kinder und Enkelkinder ein besseres Leben haben werden, gefolgt von den Spaniern (69%) und Griechen (64%). Belgier (28%), Deutsche (30%), Franzosen (35%) und Österreicher (36%) sind bedeutend weniger optimistisch eingestellt, was die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder betrifft.

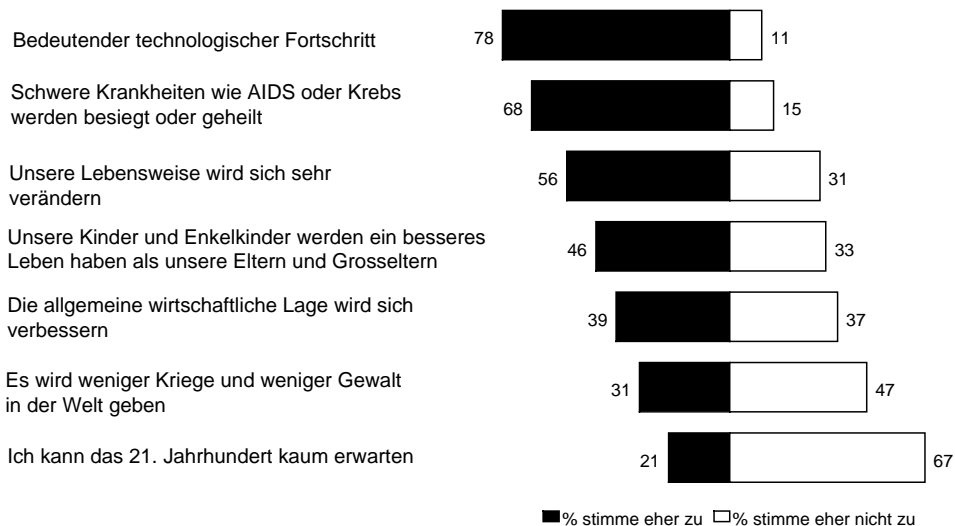
Unter den Spaniern (21%) und Iren (22%) ist die Meinung, daß das 21. Jahrhundert schlimmer werde als dieses Jahrhundert, am wenigsten verbreitet, dicht gefolgt von der Bevölkerung im Vereinigten Königreich, Italien (jeweils 25%), Finnland (26%) sowie Schweden und Dänemark (jeweils 27%). Luxemburg (60%) nimmt eine Sonderstellung ein: nur in diesem Land glaubt mehr als die Hälfte der Bevölkerung, daß das 21. Jahrhundert schlimmer wird als das 20. Jahrhundert.

Gemeinsam mit den Belgiern blicken die Luxemburger auch einer künftigen ständigen Verschlechterung der Gesellschaft im eigenen Land mit dem größten Pessimismus entgegen (jeweils 45%). In Spanien (19%), Dänemark (22%), Schweden (23%), Italien (25%), Irland (26%) und Finnland (27%) ist der Anteil der Personen, die die Entwicklung der Gesellschaft zu Beginn des nächsten Jahrhunderts pessimistisch beurteilt, bedeutend niedriger. (Tabelle 1.5)

Einstellung zum 21. Jahrhundert

- positiv formulierte Aussagen -

(EU15)



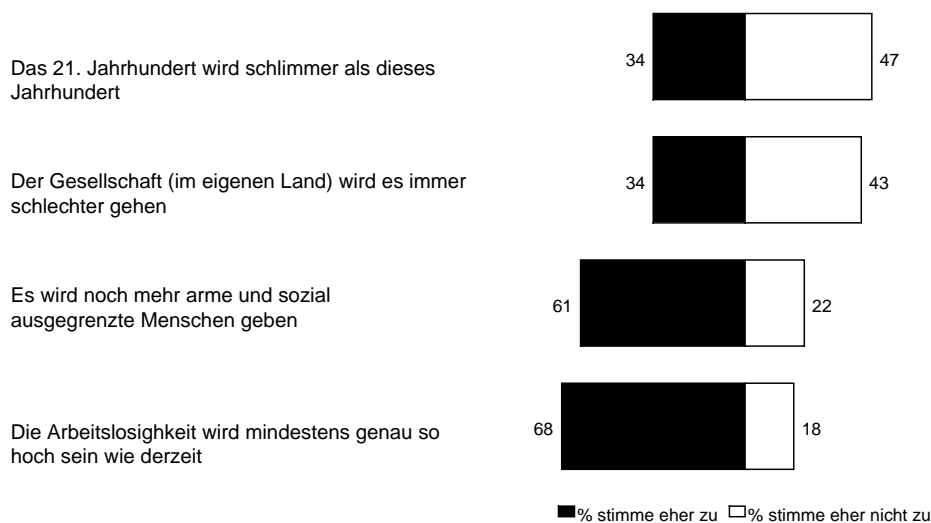
Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 1.6a

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Einstellung zum 21. Jahrhundert

- negativ formulierte Aussagen -

(EU15)

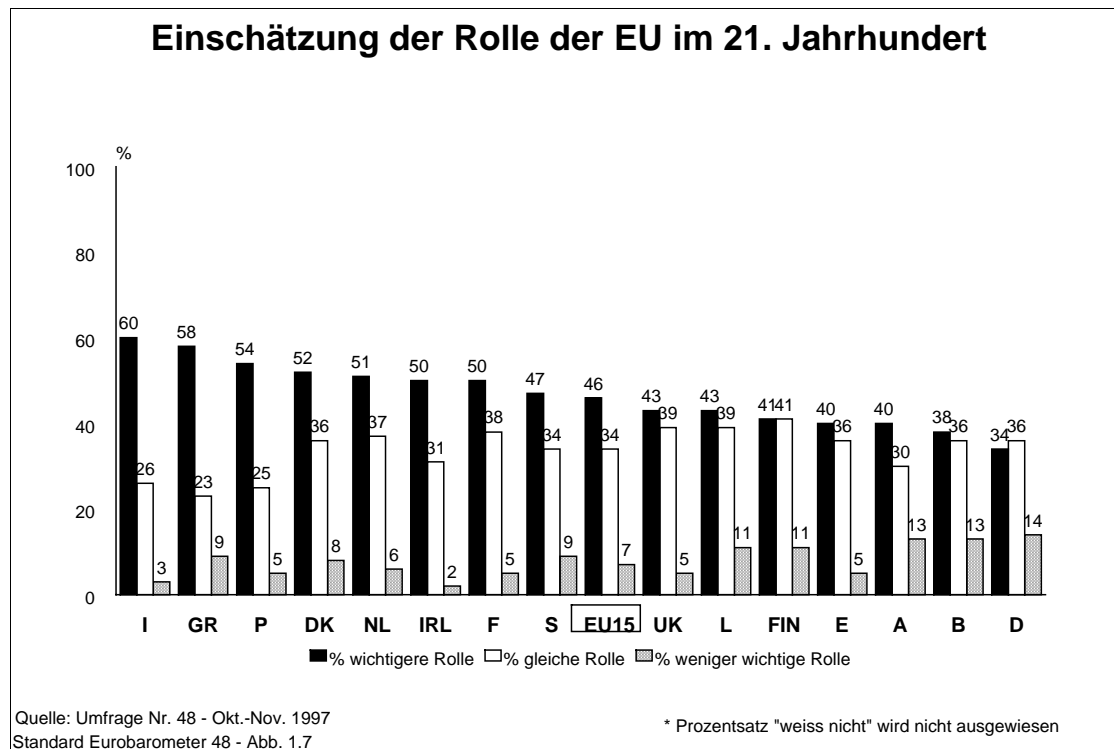


Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 1.6b

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

1.4. Empfundene und erwünschte Rolle der EU im 21. Jahrhundert

Die Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, daß die Europäische Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts in ihrem täglichen Leben eine wichtigere Rolle als bisher (46%) oder zumindest die gleiche Rolle (34%) spielen wird. Lediglich 7% glauben, daß die EU in ihrem täglichen Leben eine geringere Rolle spielen wird.

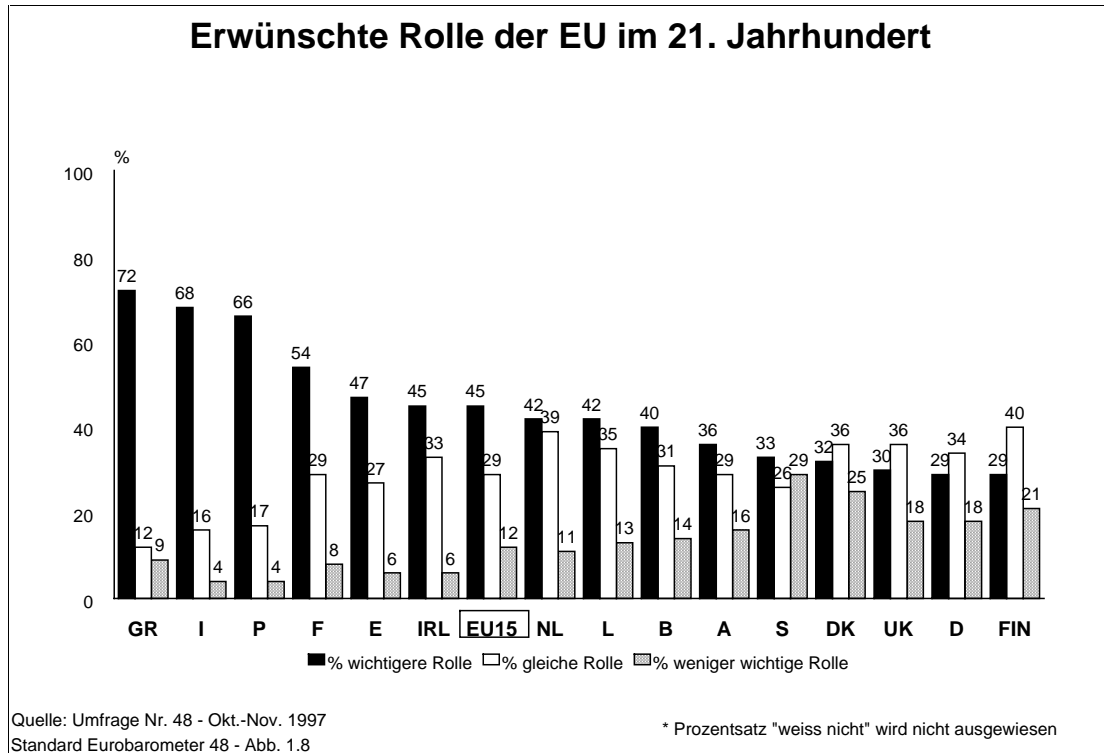


Wie der Ländervergleich zeigt, gibt es eine Reihe von Ländern, in denen mindestens die Hälfte der Bevölkerung glaubt, daß die Rolle der EU in ihrem täglichen Leben an Bedeutung gewinnen wird. Es handelt sich um Italien (60%), Griechenland (58%), Portugal (54%), Dänemark (52%), die Niederlande (51%), Irland und Frankreich (jeweils 50%).

In Spanien sind die Befürchtungen, daß die Erweiterung der EU zu einer Neuverteilung der Zuschüsse für die ärmeren Ländern führen könnte, möglicherweise der Grund, warum Spanien das einzige Mittelmeerland ist, in dem weniger als die Hälfte der Bevölkerung (40%) davon ausgeht, daß die EU eine wichtigere Rolle im täglichen Leben spielen wird. Die Deutschen (34%) und die Belgier (38%) neigen am wenigsten zu der Ansicht, daß die EU zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine wichtigere Rolle im täglichen Leben spielen wird. (Tabelle 1.6a)

Wie die Rolle der EU zu Beginn des nächsten Jahrhunderts beurteilt wird, hängt von den demographischen Merkmalen der Befragten ab. Dabei liegt jedoch der Anteil der Personen, die glauben, daß die Rolle der EU geringer wird, stets unter 10%, ungeachtet des Geschlechts, des Alters, der Berufstätigkeit oder der Länge der Ausbildungszeit der Befragten. Nur die Gruppe der Personen, die die EU-Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, neigen etwas stärker zu der Ansicht, daß die EU eine geringere Rolle spielen wird. (Tabelle 1.6b)

Die meisten Europäer sind nicht nur davon überzeugt, daß die Europäische Union künftig eine wichtigere Rolle spielen *wird*, sondern würden es sogar *begrüßen*, wenn die EU im täglichen Leben eine wichtigere Rolle (45%) oder zumindest die gleiche Rolle spielen würde (29%).



Der Wunsch nach einer größeren Rolle der EU im 21. Jahrhundert ist vor allem in den Ländern vorhanden, in denen auch ihre jetzige Rolle sehr hoch eingeschätzt wird, nämlich in Griechenland (72%), Italien (68%) und Portugal (66%).

In Dänemark gibt es eine deutliche Trennung zwischen der Überzeugung, daß die EU eine wichtigere Rolle (52%) spielen werde, und dem tatsächlichen Wunsch nach einer wichtigeren Rolle (32%). In dieser Hinsicht verhalten sich die Dänen wie die Bevölkerung der Länder, die der EU traditionell skeptisch gegenüberstehen: nur 29% der Finnen, 30% der Briten, 33% der Schweden und 36% der Österreicher würden es begrüßen, wenn die EU im 21. Jahrhundert eine wichtigere Rolle spielen würde. Die Einstellung der Deutschen gegenüber der EU wird allmählich skeptischer: ebenso wie die Finnen wünschen sich nur 29% der Deutschen, daß die EU in ihrem täglichen Leben im 21. Jahrhundert eine wichtigere Rolle spielt. Im Verlauf dieses Berichts werden wir weitere Beispiele für die wachsende Skepsis der Deutschen gegenüber der EU aufzeigen. (Tabelle 1.7a)

Erwartungsgemäß wünschen sich 64% der positiv zur EU eingestellten Europäer gegenüber nur 16% der skeptisch eingestellten Europäer, daß die EU im 21. Jahrhundert eine wichtigere Rolle spielt. Wie die Aufschlüsselung nach demographischen Merkmalen zeigt, unterstützen Personen, die ihre Schulzeit im Alter von 20 Jahren oder später abgeschlossen haben (56%), oder Personen, die sich zur Zeit noch in der Schule sind (54%), am ehesten eine größere Rolle für die EU im 21. Jahrhundert, während Rentner und Personen, die die Schule spätestens mit 15 Jahren verlassen haben, diese Meinung in bedeutend geringerem Maß teilen (jeweils 38%). (Tabelle 1.7b)

2. Vertrautheit mit aktuellen Fragen der Europapolitik und Wirkung der Medien

Ein markantes Kennzeichen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist die rasante technologische Entwicklung im Bereich der Information und Kommunikation. Im vorliegenden Kapitel untersuchen wir, inwieweit die Bevölkerung nach eigener Einschätzung über die Europäische Union Bescheid weiß, wie sie informiert werden möchte und wie sie die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien in unserer sogenannten "Informationsgesellschaft" beurteilt.

2.1. Einschätzung der Kenntnisse über die Europäische Union

Die Befragten sollten angeben, wieviel sie ihrer Meinung nach *"über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen wissen"*. Zu diesem Zweck wurde eine Werteskala vorgelegt, die von 1 bis 10 reichte. Die Befragten sollten den Wert auswählen, der ihren Kenntnissen über die Europäische Union am besten entsprach. Je höher der Wert war, desto besser wußten sie nach eigener Einschätzung Bescheid.

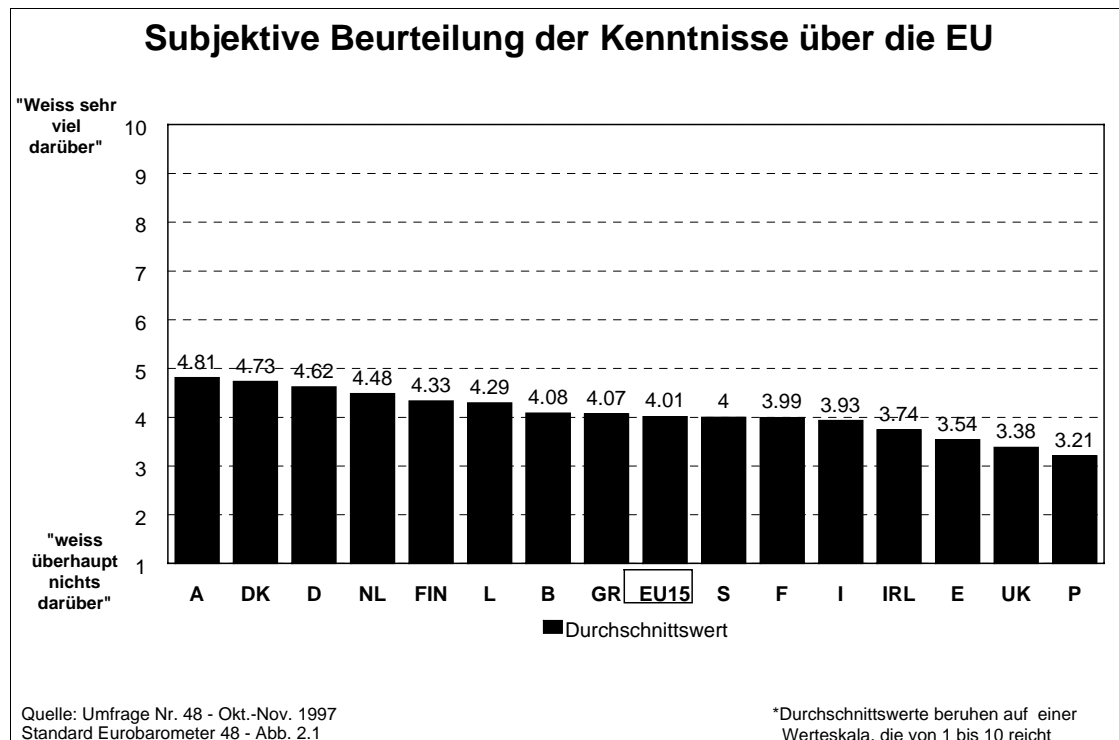
Subjektive Kenntnisse über EU-Angelegenheiten in % - EU15	
weiß überhaupt nichts darüber	13%
2	12%
3	16%
4	16%
5	18%
6	10%
7	7%
8	4%
9	1%
weiß sehr viel darüber	1%
weiß nicht	3%
Durchschnittswert	4.01

Nur sehr wenige Europäer glauben, daß sie über die Europäische Union Bescheid wissen. Wie aus den Ergebnissen für EU15 hervorgeht, die in der obigen Abbildung dargestellt sind, ist ein Viertel der Europäer der Meinung, daß sie kaum Bescheid wissen (Personen, die die Werte 1 oder 2 wählten), und weitere 50% glauben, etwas Bescheid zu wissen (Personen, die die Werte 3 bis 5 wählten).

Der Durchschnittswert (oder Mittelwert) repräsentiert den zentralen Trend der Antworten. Da sich aus den ermittelten Resultaten ein Mittelwert von 4 ergibt, liegen also die meisten Antworten im unteren Bereich der Werteskala. Ein Vergleich der Durchschnittswerte für die fünfzehn Mitgliedsländer vermittelt einen Überblick über die subjektiven Kenntnisse auf Landesebene.

Der Durchschnittswert für die subjektive Beurteilung des eigenen Kenntnisstands ist in Portugal mit 3,2 am niedrigsten und in Österreich mit 4,8 am höchsten. Obwohl der subjektive Kenntnisstand also für die Europäische Union insgesamt relativ niedrig ist, gibt es nennenswerte Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. In einer Reihe von Ländern stufen sich mehr als 30% der Bevölkerung beim Skalenwert 6 oder besser ein, nämlich in den Niederlanden (33%), Dänemark (32%), Österreich und Deutschland (jeweils 31%). In Portugal (10%) und Spanien sowie im Vereinigten Königreich (jeweils 15%), Frankreich (18%) und Irland (19%) ordnen sich weniger als 2 von 10 Personen beim Skalenwert 6 oder besser ein. (Tabelle 2.1²)

² Die Tabelle 2.1 im letzten Teil dieses Berichts enthält eine neu kodierte Version der Werteskala zur Einstufung des subjektiven Kenntnisstands. In dieser Fassung ist die Werteskala in vier Abschnitte eingeteilt: "weiß (fast) nichts darüber" (Werte 1-2); "weiß etwas darüber" (Werte 3-5); "weiß recht viel darüber" (Werte 6-8); "weiß sehr viel darüber" (Werte 9-10). Auf diese Weise wurde die optische Darstellung der Werteskala vereinfacht.



Die folgende Tabelle zeigt die erheblichen Unterschiede zwischen den verschiedenen (sozio)demographischen Bevölkerungsgruppen auf, die bei der subjektiven Einstufung der Kenntnisse über die EU in Erscheinung traten.

Durchschnittswerte der subjektiven Beurteilung des Kenntnisstands von verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf EU15-Ebene			
Bevölkerungsgruppe	Wert	Bevölkerungsgruppe	Wert
Meinungsführer mit Indexwert ++	5.54	Mediennutzer mit Indexwert ++	3.96
Führungskräfte	5.00	Arbeiter	3.87
Bildungsabschluß im Alter von 20 Jahren oder später	4.87	Altersgruppe 15-24	3.82
Mediennutzer mit Indexwert +++	4.52	Altersgruppe 55+	3.81
Meinungsführer mit Indexwert +	4.46	Meinungsführer mit Indexwert -	3.80
Männer	4.43	Rentner	3.78
Selbständige	4.32	Arbeitslose	3.73
Angestellte	4.26	Frauen	3.62
Altersgruppe 40-54	4.23	Meinungsführer mit Indexwert --	3.37
Studenten und Schüler	4.22	Bildungsabschluß im Alter von 15 Jahren oder früher	3.35
Altersgruppe 25-39	4.18	Hausfrauen/Hausmänner	3.33
Bildungsabschluß im Alter von 16-19 Jahren	4.04	Meinungsführer mit Indexwert --	2.94
Durchschnitt für EU15	4.01	Mediennutzer mit Indexwert ---	2.83

Meinungsführer, Führungskräfte, Personen mit dem höchsten Bildungsniveau und Personen, die die Medien am intensivsten nutzen, gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die nach eigener Einschätzung am besten über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen informiert sind. Am unteren Ende der Tabelle finden wir die Personen, die die Medien am wenigsten nutzen, oder die als Meinungsführer den niedrigsten

Indexwert aufweisen. (Siehe Definition des Meinungsführer-Index und des Mediennutzer-Index in Anhang C.4).

2.2. Bekanntheitsgrad von aktuellen Themen der Europapolitik

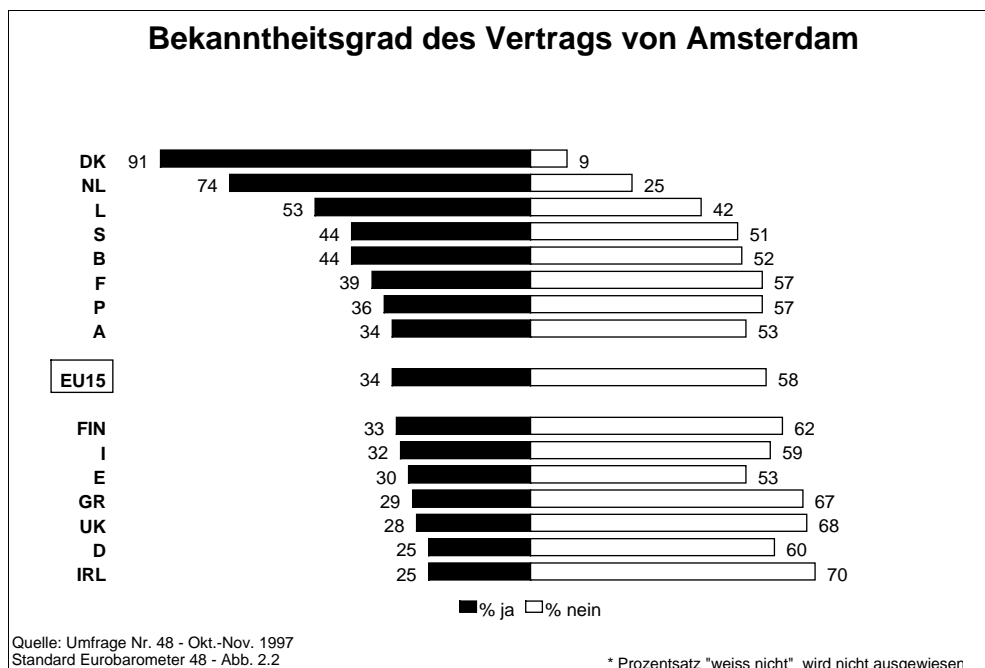
Die Frage, die im vorhergehenden Abschnitt erläutert wurde, mißt die persönliche Einschätzung der Kenntnisse über die EU auf sehr allgemeinem Niveau. In der Eurobarometer-Umfrage wurden jedoch auch Fragen gestellt, die den Bekanntheitsgrad von bestimmten Ereignissen des Jahres 1997 ermitteln sollten, denen die Medien breiten Raum eingeräumt hatten³.

Vertrag von Amsterdam

Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 1997 zählt der Vertrag von Amsterdam, der im Juni von den Staats- und Regierungschefs der fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschlossen und Anfang Oktober unterzeichnet wurde.

Am bekanntesten ist der Vertrag von Amsterdam in Dänemark, wo mehr als 9 von 10 Personen etwas über den Vertrag gehört haben. Ohne Zweifel hängt dieser hohe Bekanntheitsgrad zum Teil damit zusammen, daß der Vertrag in den dänischen Medien sehr viel Beachtung fand, nachdem die dänische Regierung beschlossen hatte, am 28. Mai 1998 eine Volksabstimmung über den Vertrag durchzuführen⁴. Die Niederlande nehmen den zweiten Platz in der Liste der Länder ein, in denen der Vertrag von Amsterdam einen hohen Bekanntheitsgrad hat, denn 74% der niederländischen Bevölkerung (17 Prozentpunkte weniger als in Dänemark) haben etwas über den Vertrag gehört. Die Tatsache, daß der Vertrag auf der Sitzung des Europäischen Rates in Amsterdam beschlossen wurde, dürfte zum Teil erklären, warum der Vertrag in den Niederlanden so gut bekannt ist. Die niederländischen Medien haben nämlich ausführlich über den Amsterdamer Gipfel berichtet, was auch damit zusammenhing, daß ein Schwerpunkt der Berichterstattung den organisatorischen Aspekten der Durchführung des Gipfels in der Stadt Amsterdam gewidmet war.

Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, ist der Vertrag von Amsterdam in den anderen Mitgliedsländern weniger gut bekannt. Aus dem Durchschnittswert für die Europäische Union geht hervor, daß nur 34% der Europäer etwas über den Vertrag gehört haben. (Tabelle 2.2)



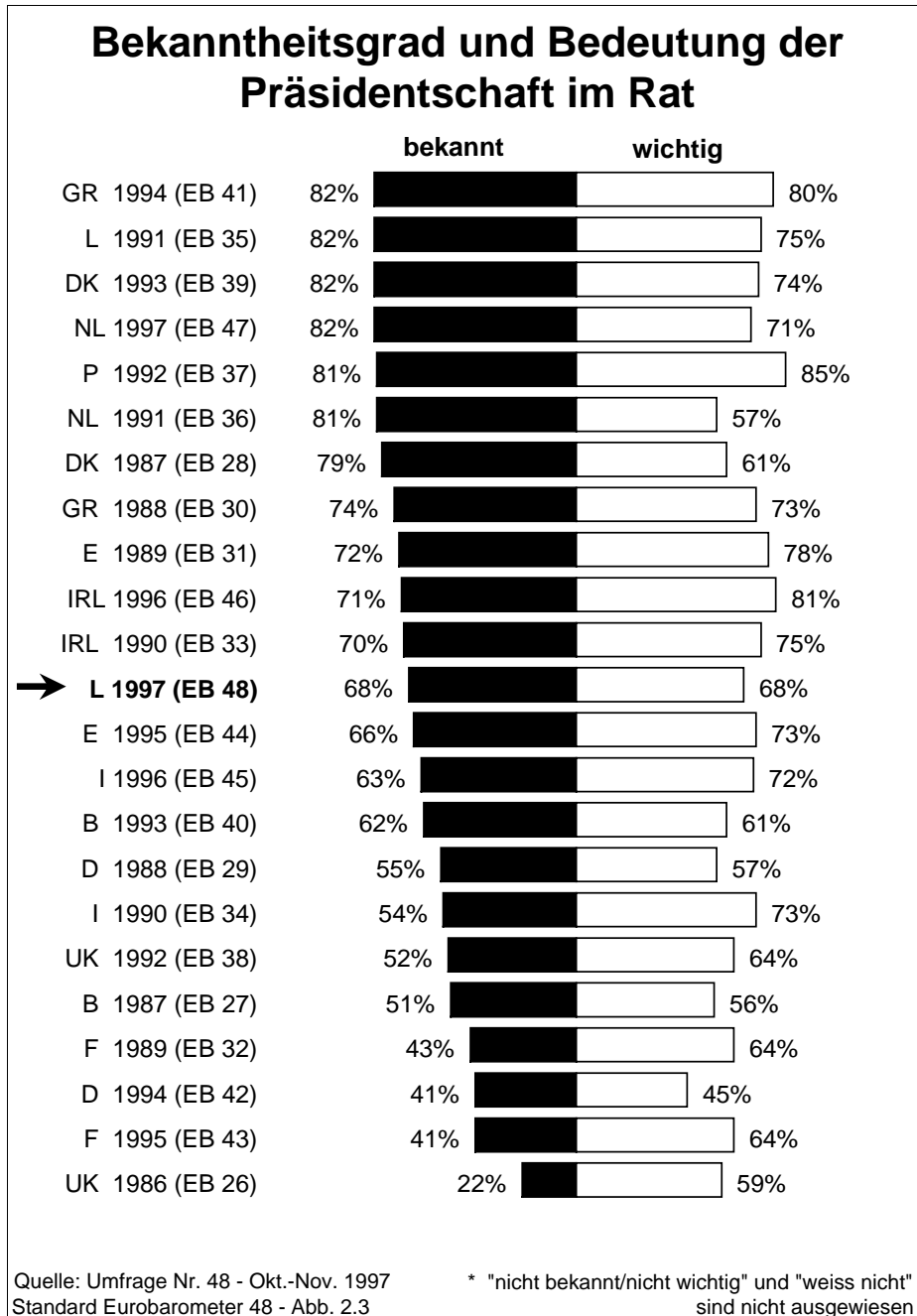
³ Fragen zu den Kenntnissen über den Euro und dem Wunsch nach einer Informationskampagne zum Euro werden in Kapitel 3.7 behandelt.

⁴ In der Presse wurden zahlreiche Meinungsumfragen zum Abstimmungsverhalten der Dänen veröffentlicht. Alle bisherigen Umfragen einschließlich der vorliegenden Eurobarometer-Umfrage (siehe Tabelle 3.6) deuten auf einen knappen Vorsprung der Befürworter des Vertrags in Dänemark hin.

Die luxemburgische Präsidentschaft und der Beschäftigungsgipfel

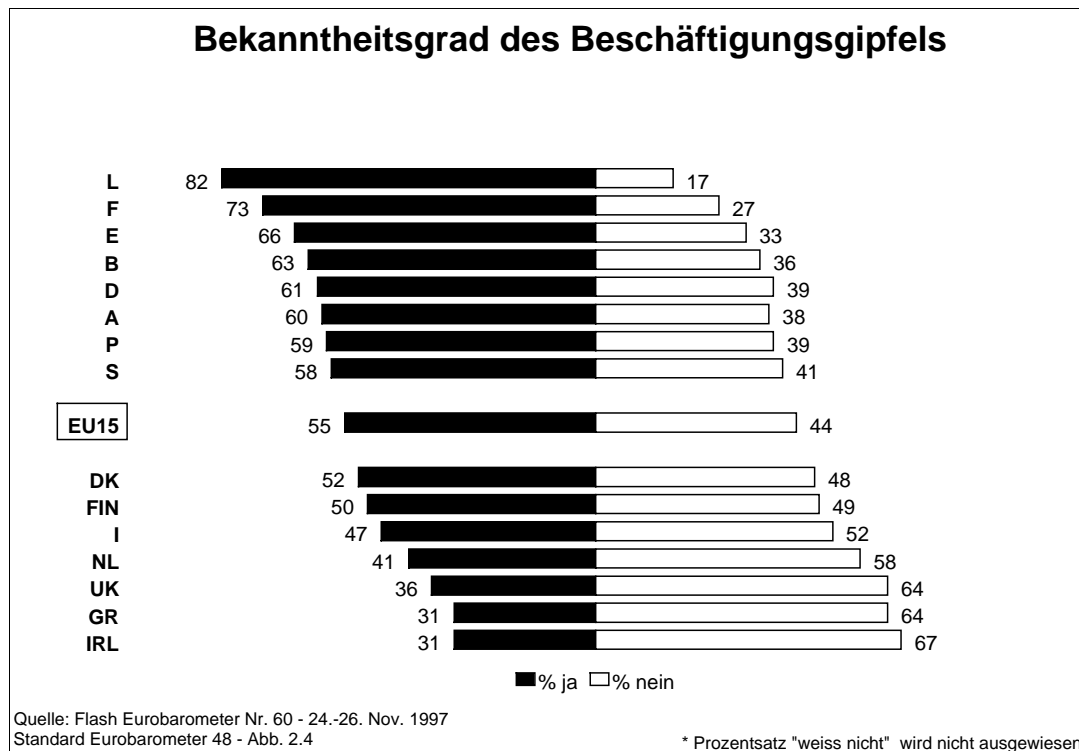
Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union hat im turnusmäßigen Wechsel den Vorsitz des Ministerrats für die Dauer von sechs Monaten inne. Seit Herbst 1986 wird bei der Eurobarometer-Umfrage regelmäßig in dem Land, das gerade die Präsidentschaft im Rat innehat, nach dem Bekanntheitsgrad und der Bedeutung dieser Präsidentschaft gefragt.

In der zweiten Jahreshälfte 1997 hatte Luxemburg den Ratsvorsitz inne, den es Anfang Juni von den Niederlanden übernommen hatte.



Beinahe 7 von 10 Befragten aus Luxemburg erinnerten sich daran, etwas über die Präsidentschaft ihres Landes gehört oder gelesen zu haben. Dies ist ein beträchtlicher Rückgang (-14) gegenüber 1991, als Luxemburg zum letzten Mal den Vorsitz im Rat innehatte. Dabei ist jedoch zu beachten, daß diese Umfrage im Umfeld des Beschäftigungsgipfels durchgeführt wurde, der am 20. und 21. November 1997 stattfand und in den Medien erhebliche Beachtung fand.

Zur Ermittlung des Bekanntheitsgrads des Beschäftigungsgipfels wurden in der Zeit vom 24. bis 26. November Telefon-Interviews mit 16113 zufällig ausgewählten Europäern geführt⁵.

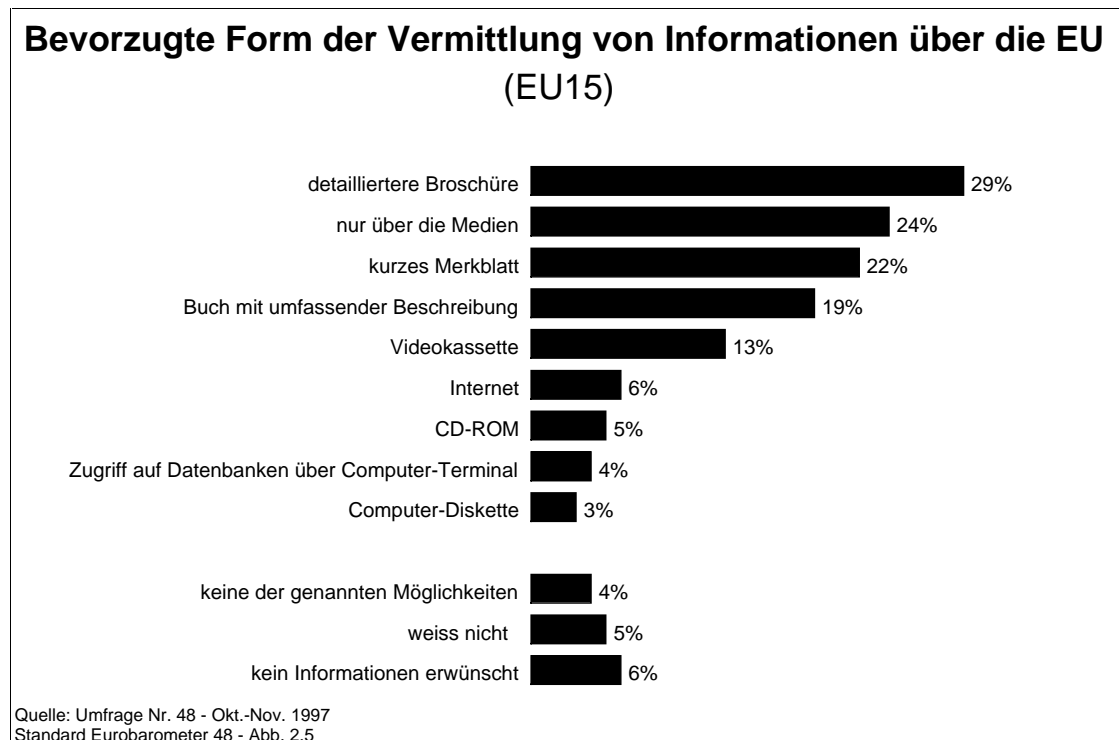


Am bekanntesten war der Beschäftigungsgipfel in Luxemburg (82%). Wie die obige Abbildung jedoch zeigt, war der Bekanntheitsgrad dieser Tagung mit 55% generell in ganz Europa recht hoch. Es steht außer Zweifel, daß dieser Gipfel sowohl in den Medien als auch in der Öffentlichkeit auf reges Interesse stieß, denn die Frage der Beschäftigung ist in Europa zu einem Thema von ungeheurer großer Bedeutung geworden. (Siehe auch Kapitel 3.5)

⁵ Dieses Flash Eurobarometer Nr. 60 wurde von EOS Gallup Europe im Auftrag der GD X der Europäischen Kommission durchgeführt.

2.3. Bevorzugte Informationsquellen

Im Rahmen der Umfrage des Standard Eurobarometer wurden die Teilnehmer gebeten, aus einer feststehenden Liste von neun Informationsquellen diejenigen auszuwählen, die sie zur Deckung ihres Bedarfs an Informationen über die Europäische Union bevorzugen. Druckerzeugnisse wie *„eine detailliertere Broschüre“* (29%), *„ein kurzes Merkblatt, das nur einen Überblick gibt“* (22%) und *„ein Buch mit umfassender Beschreibung“* (19%) werden wie bei früheren Umfragen den neueren Informationsträgern und Informationsmethoden wie *„Internet“* (6%), *„CD-ROM“* (5%) oder Abfrage über ein *„Computer-Terminal“* (4%) vorgezogen. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, möchten 24% der Europäer ihre Informationen zur EU nur über die Medien beziehen.



Ein weiterer Beleg für einen deutlichen Wunsch der Öffentlichkeit nach Informationen über EU-relevante Themen besteht darin, daß nur 6% der Befragten spontan antworteten, sie wünschten keine derartigen Informationen. Der Anteil der Bevölkerung, der ausdrücklich keine Informationen wünscht, ist in Belgien am höchsten (16%) und in Griechenland und Finnland am niedrigsten (jeweils 1%).

Wie aus dem Ländervergleich außerdem hervorgeht, werden die neueren Informationsquellen in den skandinavischen Ländern, in denen die Bevölkerung einen überdurchschnittlich guten Zugang zum Internet hat, stärker bevorzugt als in anderen Mitgliedsländern⁶. Die folgende Tabelle enthält einen Überblick über diese Ergebnisse. (Tabelle 2.3)

⁶ Diese Frage wurde bei der Eurobarometer-Umfrage 47.1 gestellt, die im Frühjahr 1997 durchgeführt wurde.

Das Internet als bevorzugte Quelle für Informationen über die Europäische Union und Zugang zum Internet nach Ländern		
Länder	Anteil der Befragten, die das Internet als bevorzugte Informationsquelle nutzen (EB 48.0)	Anteil der Befragten, die Zugang zum Internet haben (EB 47.1)
Schweden	15%	26%
Finnland	15%	25%
Dänemark	15%	23%
Luxemburg	11%	11%
Vereinigtes Königreich	9%	11%
Niederlande	8%	14%
Italien	7%	7%
EU15	6%	8%
Frankreich	6%	5%
Österreich	5%	5%
Portugal	5%	3%
Griechenland	5%	2%
Irland	4%	7%
Deutschland	4%	6%
Spanien	4%	5%
Belgien	4%	4%

2.4. Berichterstattung über Themen der Europapolitik in den Medien

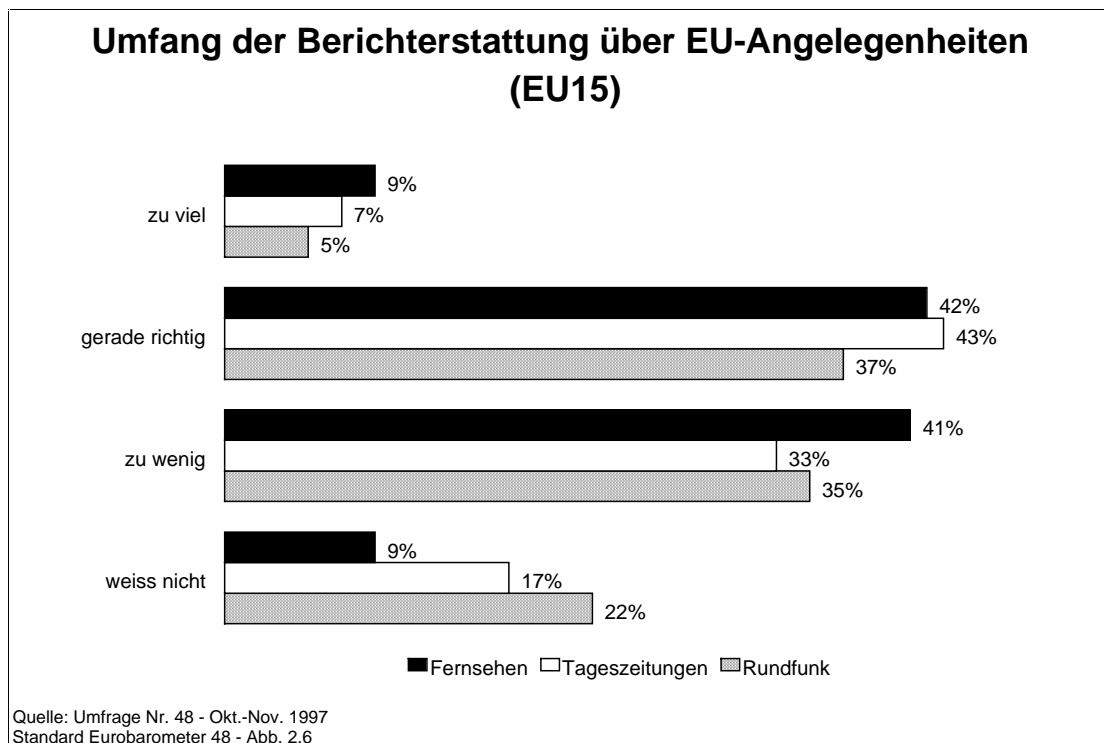
Im vorigen Abschnitt wurde erwähnt, daß 24% der Europäer ihre Informationen über die Europäische Union ausschließlich über die Medien beziehen möchten. Was aber halten die Europäer von der Berichterstattung über Angelegenheiten der Europäischen Union in den Medien?

Dazu wurde die folgende Frage gestellt:

Ihrer Meinung nach: Wird der Berichterstattung über die Angelegenheiten der Europäischen Union "viel zu viel" Platz eingeräumt, "zu viel", "gerade richtig", "zu wenig" oder "viel zu wenig" Platz? Wie ist das ...

- a) *in den Nachrichten im (NATIONALEN) Fernsehen?*
- b) *in den Nachrichten der (NATIONALEN) Tageszeitungen?*
- c) *in den Nachrichten der (NATIONALEN) Rundfunksender?*

Wie die folgende Abbildung zeigt, sind weniger als 10% der Europäer der Ansicht, daß Presse, Rundfunk oder Fernsehen der Berichterstattung über europäische Angelegenheiten zuviel Platz einräumen.



Während der größte Teil der Bürger der Ansicht ist, daß der Umfang der Berichterstattung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen gerade richtig ist, hält ein beträchtlicher Prozentsatz der Befragten die Berichterstattung für unzureichend: 41% erachten den Umfang der Berichterstattung im Fernsehen, 35% die Berichterstattung im Rundfunk und 33% die Berichterstattung in den Zeitungen als zu gering. Da das Fernsehen am häufigsten als Informationsmedium genutzt wird – 71% der Europäer sehen jeden Tag fern – dürfte also die Bevölkerung vor allem von diesem Medium eine umfassendere Berichterstattung über EU-Angelegenheiten erwarten.

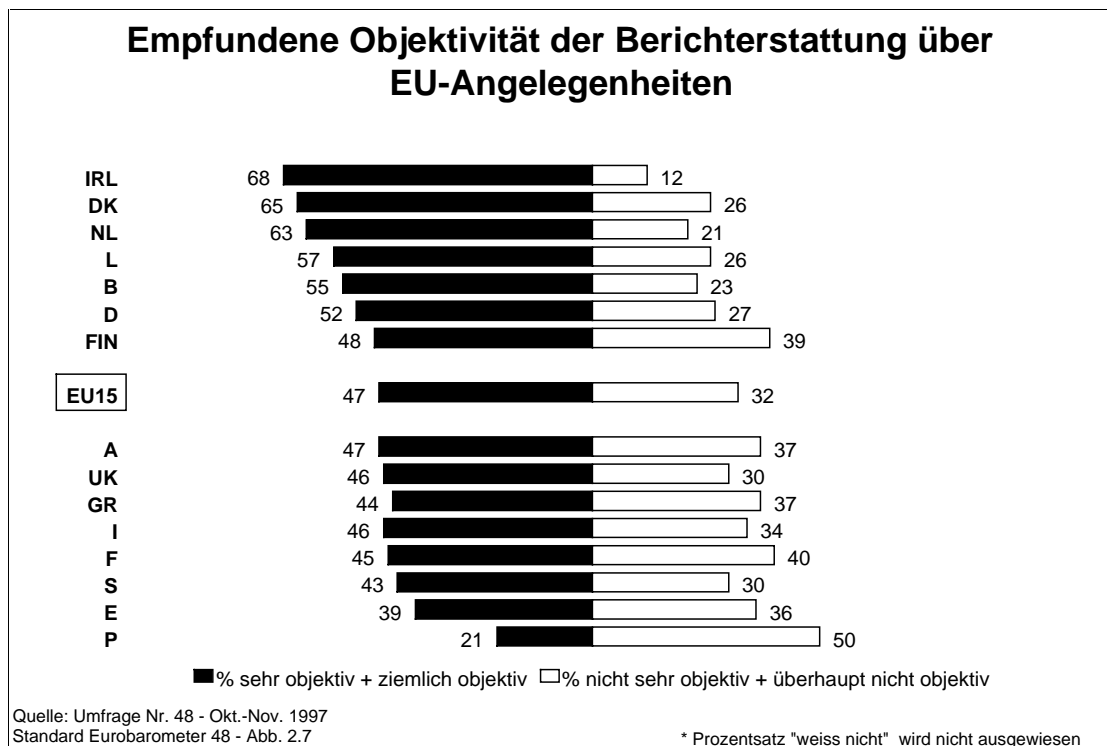
Wie der Ländervergleich zeigt, sind die Spanier (15%) und die Griechen (13%) eher als andere Europäer der Meinung, daß in den Nachrichtensendungen des Fernsehens zuviel über EU-Angelegenheiten berichtet wird. Mindestens die Hälfte der Bevölkerung in Belgien (58%), Finnland (56%) und Dänemark (50%) ist der Meinung, daß der Umfang der Berichterstattung gerade richtig ist. Die Niederländer (58%) und die Italiener (53%) neigen eher zu der Ansicht, daß die Berichterstattung im Fernsehen zu gering ist. Der Anteil der Personen, die täglich fernsehen, ist mit 82% in den Niederlanden und 81% in Italien am höchsten, doch läßt sich daraus kein Kausalzusammenhang zwischen Fernsehkonsum und Beurteilung der Berichterstattung in den Medien herstellen. Wie der Ländervergleich zeigt, wird die Berichterstattung in den Tageszeitungen und im Rundfunk in sehr ähnlicher Weise wie die Berichterstattung im Fernsehen beurteilt. (Tabellen 2.4a, 2.5a und 2.6a)

Die Aufschlüsselung nach soziodemographischen Daten zeigt, daß die Beurteilung des Umfangs der Berichterstattung im Fernsehen damit zusammenhängt, wie die Befragten zur Europäischen Union stehen: wer die Mitgliedschaft in der EU für eine gute Sache hält (46%) oder eine größere Rolle der EU im 21. Jahrhundert befürwortet (49%), neigt deutlich eher zu der Meinung, daß die Berichterstattung zu gering ist, als diejenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten oder es begrüßen würden, wenn die EU im 21. Jahrhundert eine geringere Rolle spielen würde (jeweils 39%). Zweitens halten Meinungsführer mit einem sehr hohen Indexwert die Berichterstattung eher für zu gering (52%) als Meinungsführer mit einem sehr niedrigen Indexwert (29%). Drittens: wer alle drei Medien als Informationsquelle nutzt, neigt viel eher zu der Ansicht, daß das Fernsehen zu wenig über EU-Angelegenheiten berichtet (42%), als diejenigen, die Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen am seltensten nutzen (28%). Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Beurteilung der Berichterstattung in den Tageszeitungen und im Rundfunk. (Tabellen 2.4b, 2.5b und 2.6b)

2.5. Objektivität der Berichterstattung über die Europapolitik

Bei der Eurobarometer-Umfrage wurde nicht nur nach der Meinung zum Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten gefragt, sondern auch die Beurteilung der Objektivität der Berichterstattung in den Medien erforscht. Die Mehrheit der Europäer hält die Berichterstattung über die Angelegenheiten der Europäischen Union zwar für ziemlich objektiv, doch scheint die öffentliche Meinung zu diesem Thema nicht allzu fest ausgeprägt zu sein: 20% der Befragten sind unentschieden, und nur sehr kleine Minderheiten vertreten die Auffassung, daß die Berichterstattung in den Medien entweder sehr objektiv (3%) oder überhaupt nicht objektiv ist (6%).

Iren (68%), Dänen (65%) und Niederländer (63%) halten die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten am ehesten für sehr objektiv oder ziemlich objektiv. Die Portugiesen geben sich am skeptischsten, denn nur 21% stufen die Berichterstattung in den Medien als objektiv ein, während 29% keine Meinung haben und 50% die Berichterstattung für nicht sehr objektiv oder überhaupt nicht objektiv halten. Ein deutlich überdurchschnittlicher Anteil an kritischen Antworten wurde in Frankreich (40%), Finnland (39%), Griechenland, Österreich (jeweils 37%) und Spanien (36%) registriert. (Tabelle 2.7a)



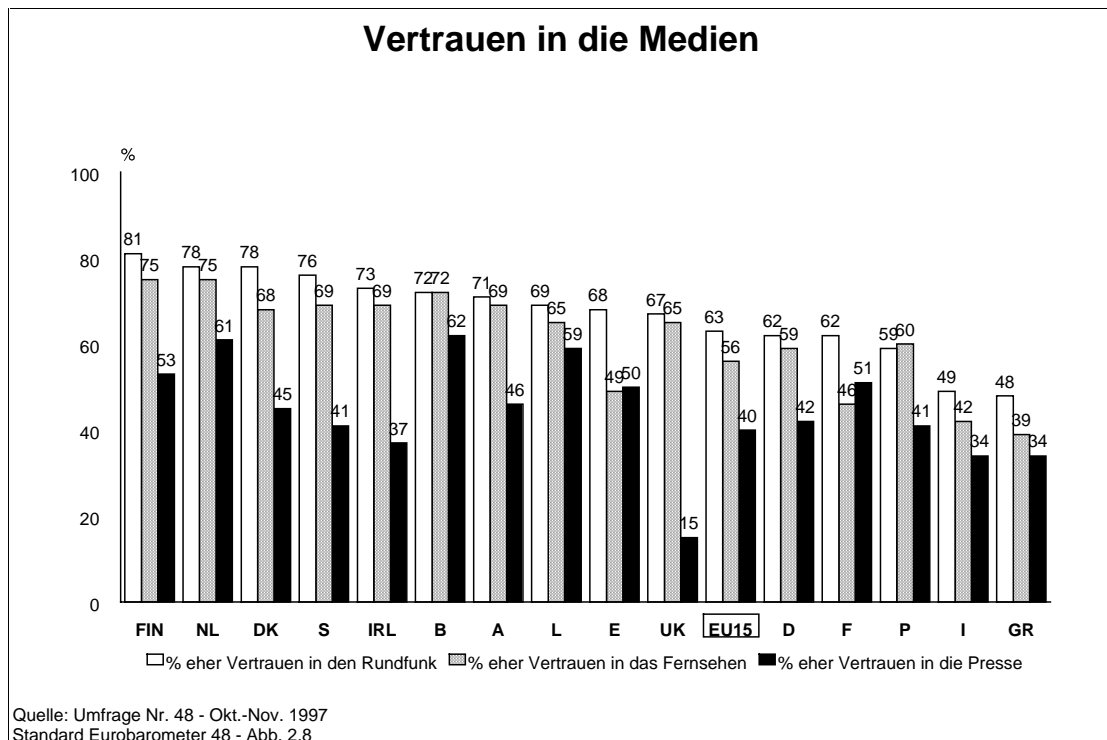
Inwieweit sich die Befragten für befugt halten, die Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten zu beurteilen, wird offensichtlich stark durch das Bildungsniveau beeinflusst. 54% der Europäer, die ihre schulische Ausbildung erst im Alter von 20 Jahren oder später abgeschlossen haben, sind der Meinung, daß die Berichterstattung der Medien objektiv ist, und nur 12% der Personen mit diesem Bildungsniveau machten keine Angaben. Bei den Personen, die die schulische Ausbildung spätestens im Alter von 15 Jahren beendet haben, sind hingegen nur 40% der Ansicht, daß die Berichterstattung objektiv ist, während 28% kein Urteil abgeben.

Offensichtlich gibt es auch einen Zusammenhang zwischen der Beurteilung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes und der Einschätzung der Objektivität der Medien, obwohl das Bildungsniveau hierbei eine Rolle spielen dürfte. So neigen diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, bedeutend stärker zu der Ansicht, daß die Berichterstattung der Medien objektiv ist, als diejenigen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten (56% bzw. 39%). Ferner gibt es offensichtlich einen Zusammenhang zwischen dem Umfang der Mediennutzung im Rahmen der Deckung des Nachrichtenbedarfs und der Beurteilung der Objektivität der Medien. Die Mediennutzer mit den höchsten Indexwerten stufen die Berichterstattung in der Regel in beträchtlich höherem Umfang als objektiv (53%) ein

als die Mediennutzer mit den niedrigsten Indexwerten (28%). Es läßt sich nicht sagen, ob die intensiveren Mediennutzer die Medien deswegen positiver beurteilen, weil sie eine bessere Grundlage für die Beurteilung haben oder ob sie weniger kritisch eingestellt sind als Personen, die die Medien seltener nutzen. Die Daten lassen jedoch erkennen, daß diejenigen, die auf der Skala zur Beurteilung der eigenen Kenntnisse über die EU die höchsten Werte erzielt haben, den Medien gegenüber positiver eingestellt sind als Personen, die auf dieser Werteskala die niedrigsten Werte erzielten (60% bzw. 37%). 33% der Personen, die auf der Skala zur Beurteilung ihrer Kenntnisse über die EU die niedrigsten Werte erzielten, können keine Angaben über die Objektivität der Medien machen. (Tabelle 2.7b)

2.6. Vertrauen in die Medien

Im Rahmen der Frage nach dem Grad des Vertrauens in die staatlichen Institutionen (siehe Kapitel 1.1) wurde auch der Grad des Vertrauens in den Rundfunk, das Fernsehen und die Presse gemessen. Die Europäer unterscheiden deutlich zwischen diesen drei Medien: der Rundfunk genießt das Vertrauen von 63% der Europäer, auf das Fernsehen entfallen 56% und auf die Presse 40%.



Rund 8 von 10 Personen in Finnland, den Niederlanden, Dänemark und Schweden haben Vertrauen in den Rundfunk. In Griechenland und Italien haben hingegen weniger als 5 von 10 Personen Vertrauen in den Rundfunk.

Die finnische und die niederländische Bevölkerung sind auch dem Fernsehen gegenüber eher positiv eingestellt: in beiden Ländern haben 75% Vertrauen in das Fernsehen. In Griechenland und Italien erklärten nur etwa 4 von 10 Personen, daß sie diesem Medium vertrauen.

Die Benelux-Länder zeichnen sich durch den relativ hohen Grad des Vertrauens in die Presse aus: rund 6 von 10 Personen haben Vertrauen in die Zeitungen. In Griechenland, Italien und Irland haben hingegen weniger als 4 von 10 Personen Vertrauen in die Presse. Besonders gering ist das Vertrauen in die Presse allerdings mit 15% im Vereinigten Königreich. Da die Umfrage kurz nach dem Tod von Prinzessin Diana durchgeführt wurde, kann man davon ausgehen, daß diese Ergebnisse den deutlichen Unwillen der Öffentlichkeit gegenüber der britischen Presse zu diesem speziellen Zeitpunkt widerspiegeln.

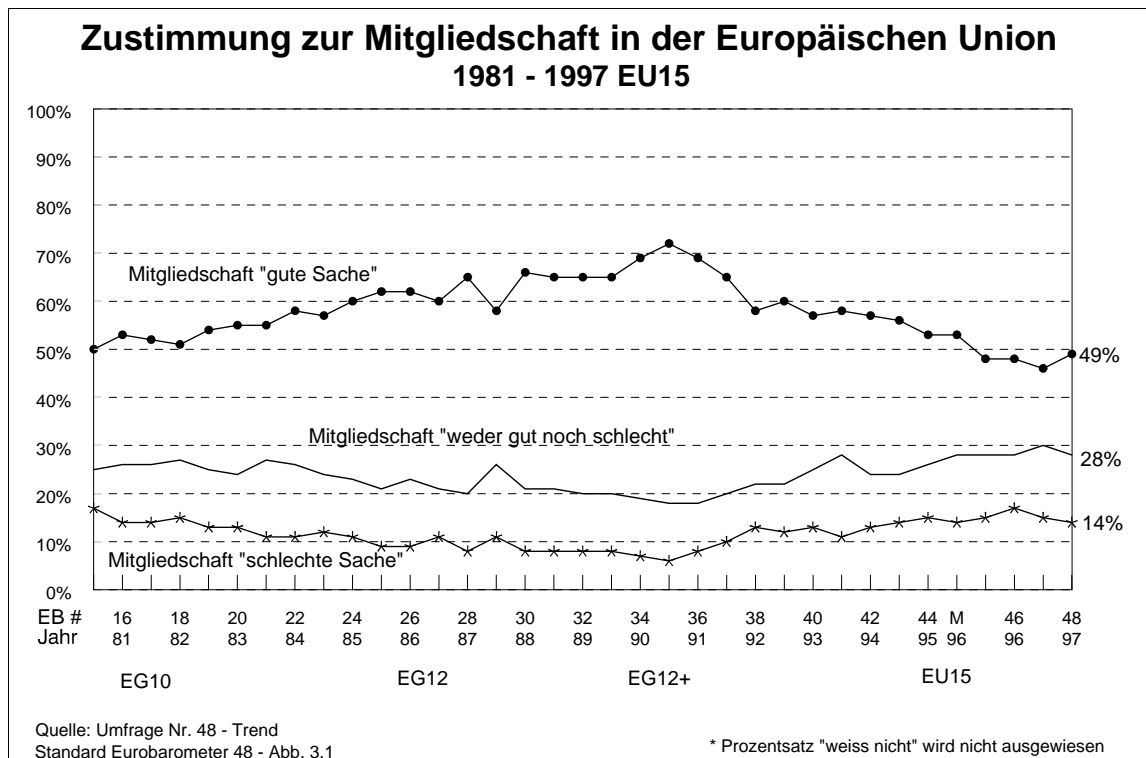
Aus diesen Ergebnissen geht deutlich hervor, daß der Grad des Vertrauens in alle drei Medien in einer Reihe von nordeuropäischen Ländern am größten ist und in Griechenland und Italien deutlich unter dem Durchschnitt liegt. (Tabelle 2.8)

3. Zustimmung zur Europäischen Union

In diesem Kapitel untersuchen wir den Grad der Zustimmung zur Europäischen Union und die Einstellung der Bürger zu einer Reihe von aktuellen Maßnahmen der Europäischen Union.

3.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

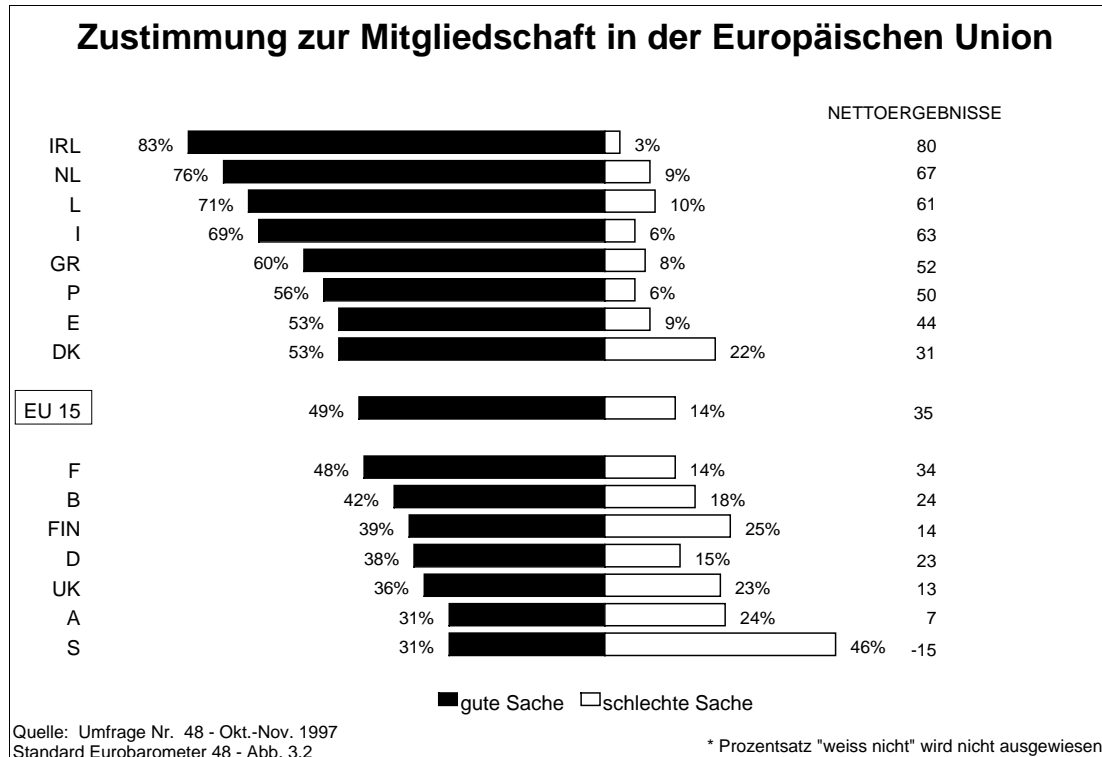
Als 1981 bei den Eurobarometer-Umfragen mit der Ermittlung des Grads der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU begonnen wurde, hielt genau die Hälfte der Europäer in den zehn Ländern, die damals zur Europäischen Gemeinschaft gehörten, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EG für eine gute Sache. Auch heute bewegt sich die öffentliche Zustimmung mehr oder weniger auf demselben Niveau. In den dazwischenliegenden Jahren war die öffentliche Meinung jedoch alles andere als statisch.



Bis 1991 nahm die Zustimmung zur Europäischen Union kontinuierlich zu, abgesehen von einem kleinen Rückgang im Jahr 1988, und stieg bis auf 72%. Anschließend ging die Zustimmung zurück. Diese Entwicklung setzte in Deutschland im Anschluß an die Vereinigung ein. Nach dem schwierigen Ratifizierungsprozeß des Maastrichter Vertrags griff der negative Trend auf andere Länder über. Die 1995 durchgeführte Erweiterung der EU verstärkte die rückläufige Entwicklung, denn die Bevölkerung in den drei neuen Mitgliedsländern stand der Europäischen Union relativ skeptisch gegenüber. Als sich die Auswirkungen der BSE-Krise auf die öffentliche Meinung im Frühjahr 1997 in den Meßwerten niederschlugen, hatte die Zustimmung mit 46% einen Tiefstand erreicht. Die neuesten Ergebnisse in Höhe von 49% lassen zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder einen Anstieg der Zustimmung der Bürger zur Europäischen Union erkennen.

Der Ländervergleich zeigt, daß die Zustimmungsraten in zwölf der fünfzehn Mitgliedsländer im Herbst 1997 gestiegen sind, wobei der größte Anstieg in Italien zu verzeichnen ist (+7). In Luxemburg ist die Zustimmung hingegen um 6 Prozentpunkte auf 71% zurückgegangen. (Tabelle 3.1a)

Aufgrund dieser rückläufigen Entwicklung ist Luxemburg vom zweiten auf den dritten Platz in der Rangordnung der Zustimmungsraten abgerutscht. Die Niederlande (76%) liegen nun auf dem zweiten Platz, und Spitzenreiter ist Irland mit einer Zustimmungsrate von 83%. Schweden und Österreich bilden mit jeweils 31% das Schlußlicht.



Die demographische Analyse ergibt ein schon bekanntes Bild: die Zustimmung ist bei den Männern (53%) größer als bei den Frauen (45%); die Jüngeren sehen in der Mitgliedschaft größere Vorteile als die Älteren (die Zustimmung liegt in der Altersgruppe 15-24 bei 54% und in der Altersgruppe 55 oder älter bei 43%); je später der Bildungsabschluß stattfand, desto positiver ist die Einstellung zur EU (63% der Personen, die die Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder später beendet haben, und 40% der Personen, die die Ausbildung im Alter von spätestens 15 Jahren beendet haben, stimmen der Mitgliedschaft zu).

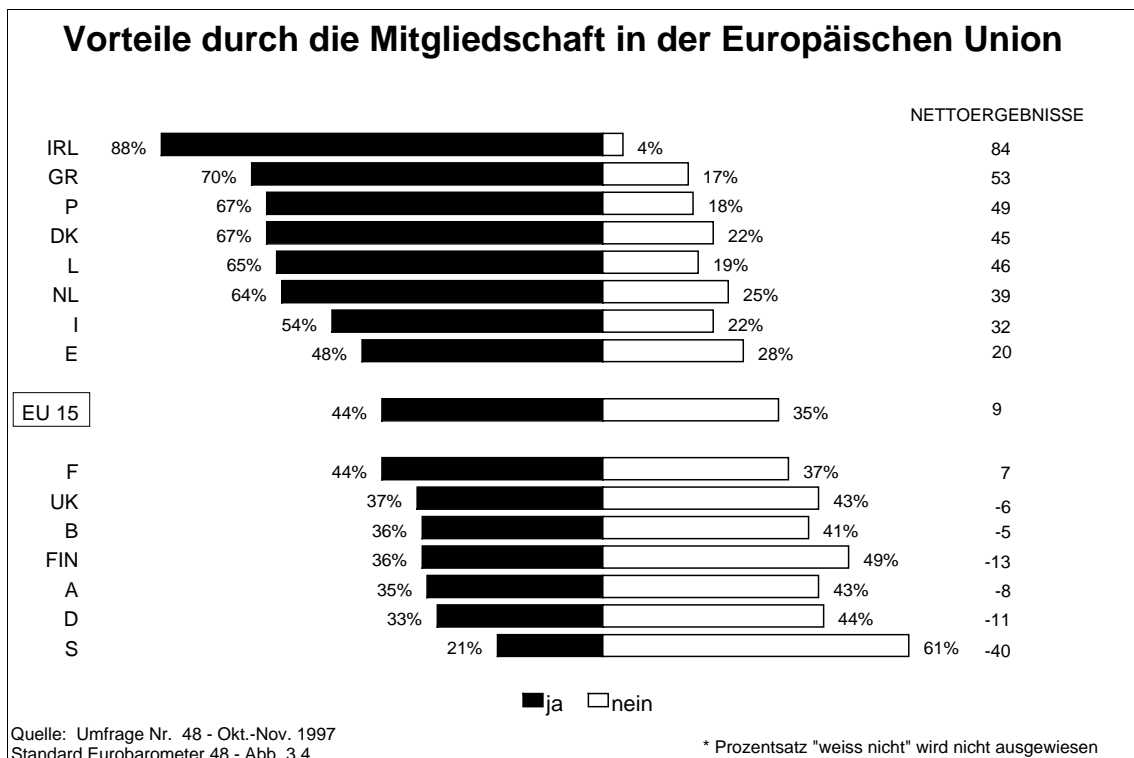
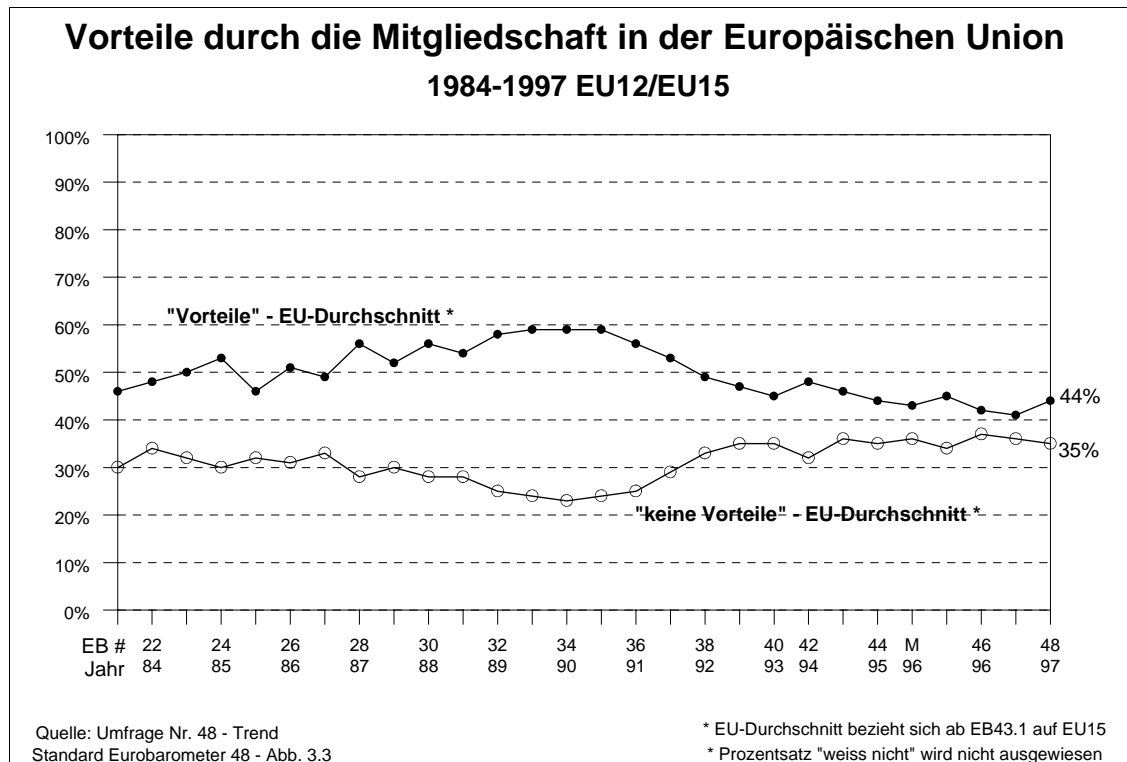
Die Daten illustrieren auch das Ausmaß der Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern der Europäischen Union: 70% der Personen, die sich eine größere Rolle der Europäischen Union im 21. Jahrhundert wünschen, halten die Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache, verglichen mit 22% der Personen, die eine geringere Rolle der EU befürworten. (Tabelle 3.1b)

3.2. Vorteile durch die Mitgliedschaft

Der Anteil der Europäer, die der Meinung sind, daß ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, ist ebenso gestiegen wie die Zustimmung zur Mitgliedschaft. 44% der Befragten reagieren nun positiv auf diese Frage nach den Vorteilen der Mitgliedschaft, gegenüber 41% im Frühjahr.

Der Ländervergleich zeigt, daß der Anteil der Personen, die in der Mitgliedschaft Vorteile sehen, erneut in Italien am stärksten gestiegen ist (+13). Erhebliche Zunahmen sind auch in Spanien (+8), Dänemark (+6)

und Schweden (+4) zu verzeichnen. Nur in Luxemburg und den Niederlanden ist der Anteil der Personen, die Vorteile in der Mitgliedschaft sehen, deutlich zurückgegangen (jeweils -5). (Tabelle 3.2a)

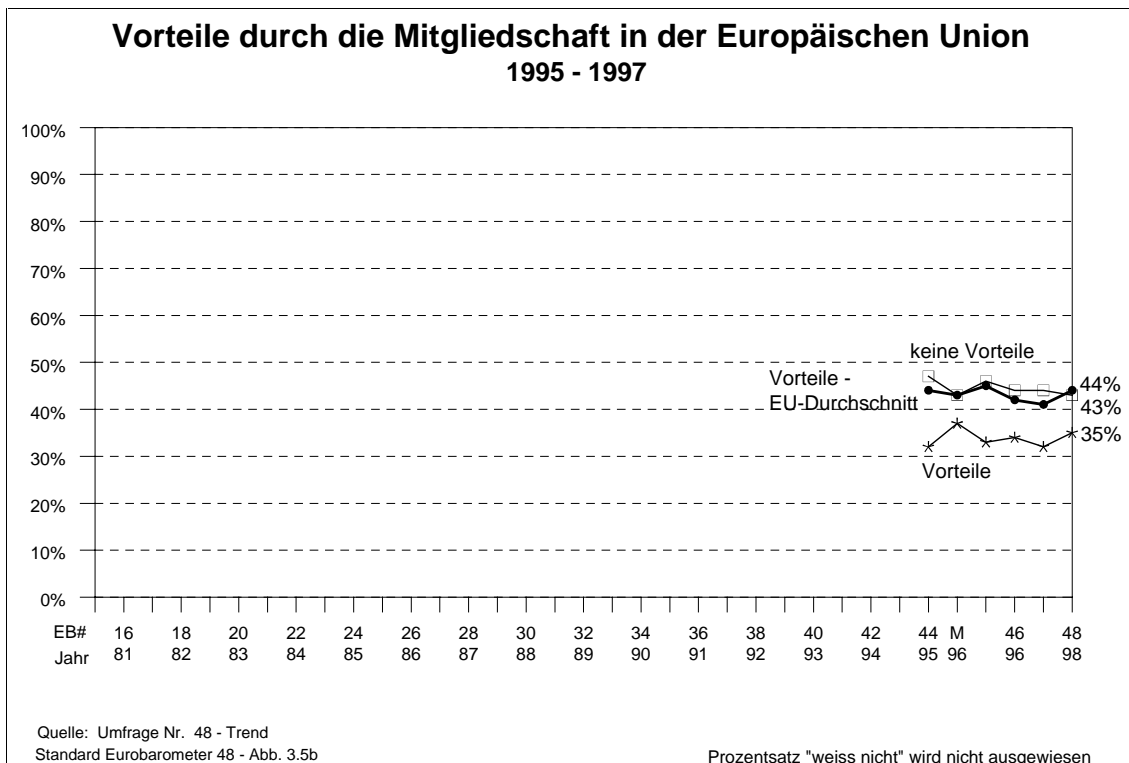
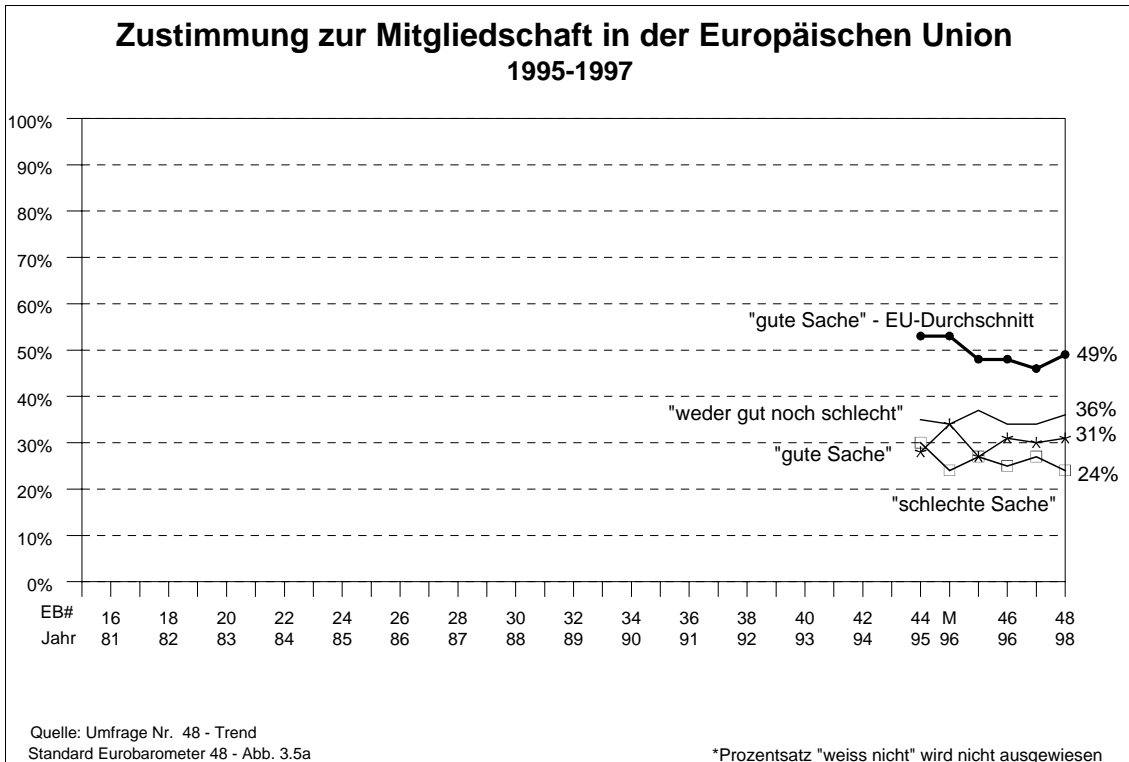


Infolge des Rückgangs in Luxemburg und in den Niederlanden sind diese beiden Länder vom 2. und 3. Platz der Rangordnung auf den 5. und 6. Platz zurückgefallen. Abgesehen vom Spitzenreiter Irland (88%) sieht nur vor allem die Bevölkerung in Griechenland (70%) sowie Portugal und Dänemark (jeweils 67%) Vorteile in der Mitgliedschaft. Schweden liegt mit 21% an letzter Stelle.

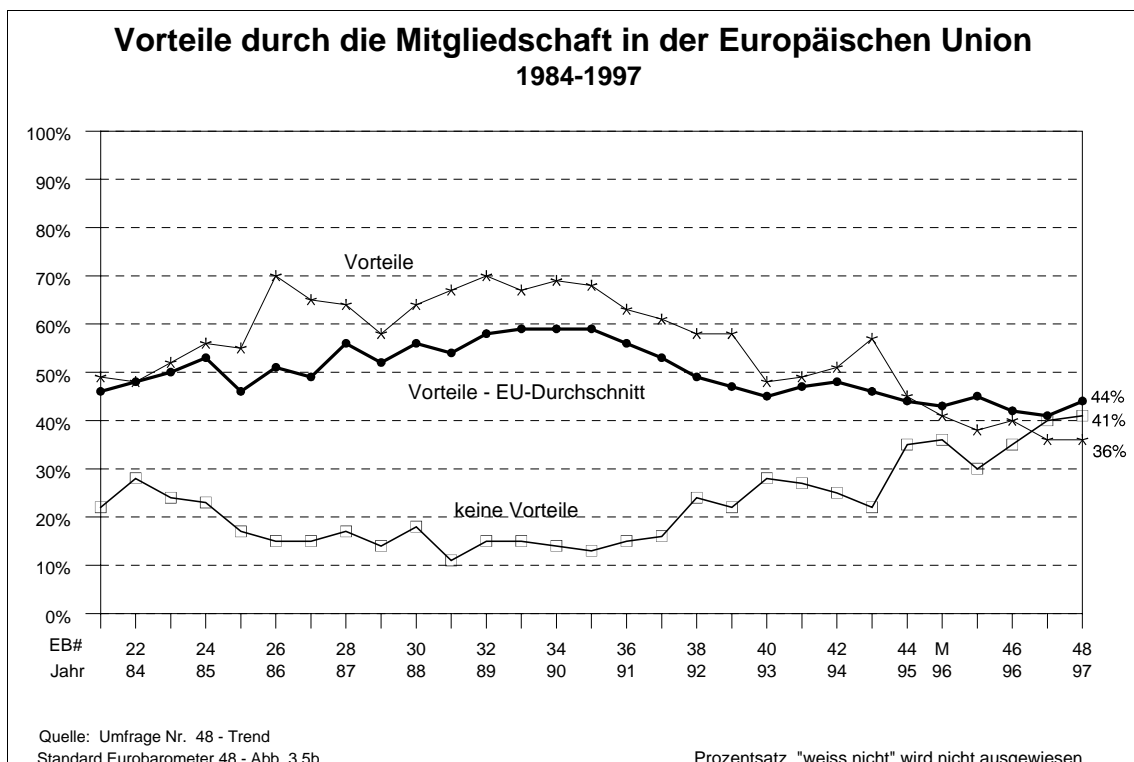
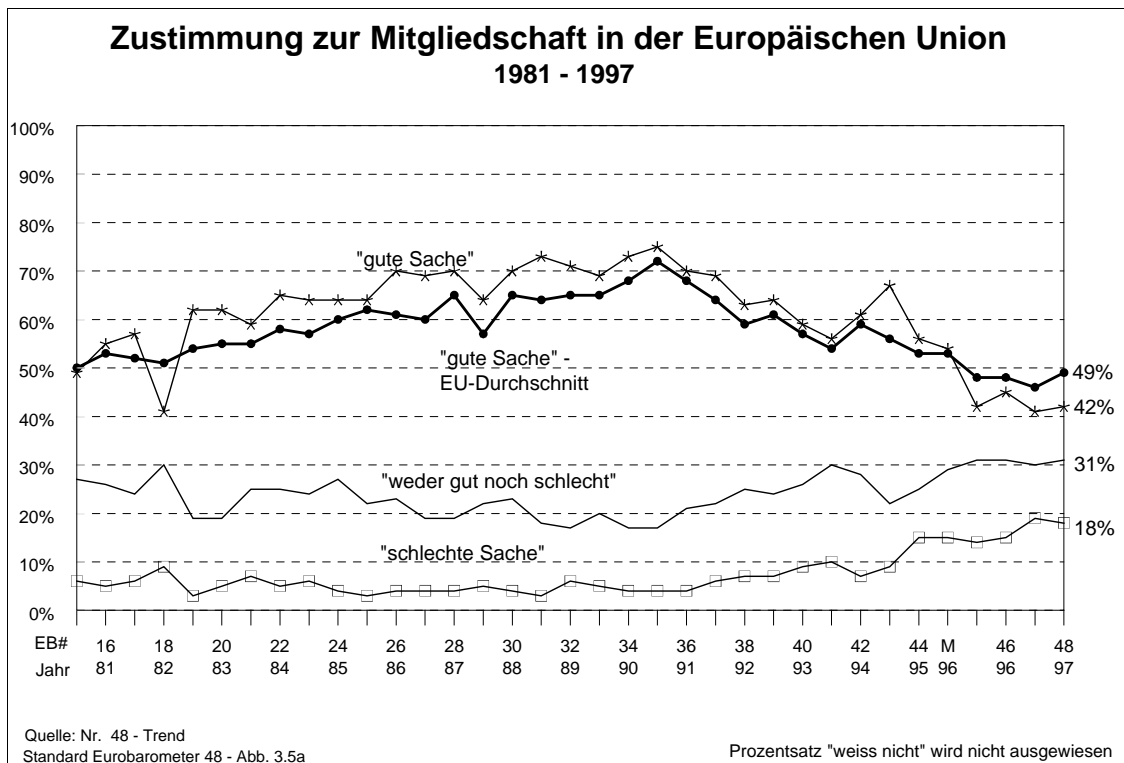
Die demographische Analyse ergibt ein ähnliches Bild wie bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union: Männer sind positiver eingestellt als Frauen, die Jüngeren sind positiver eingestellt als die Älteren und die Personen mit hohem Bildungsniveau sind positiver eingestellt als Personen mit niedrigem Bildungsniveau.

Das Ausmaß der Polarisierung von Befürwortern und Gegnern wird durch diese Ergebnisse bestätigt, denn 74% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, sind auch der Ansicht, daß ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert. Hingegen sehen lediglich 7% der Personen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten, Vorteile in der Mitgliedschaft. (Tabelle 3.2b)

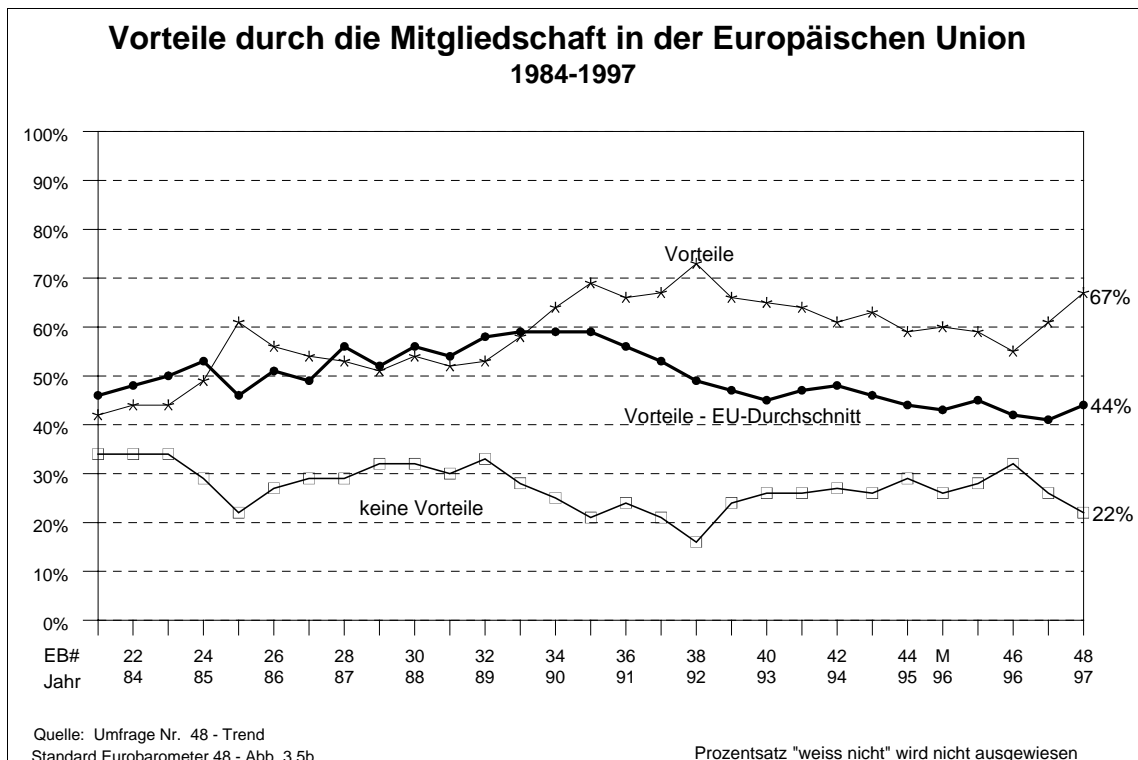
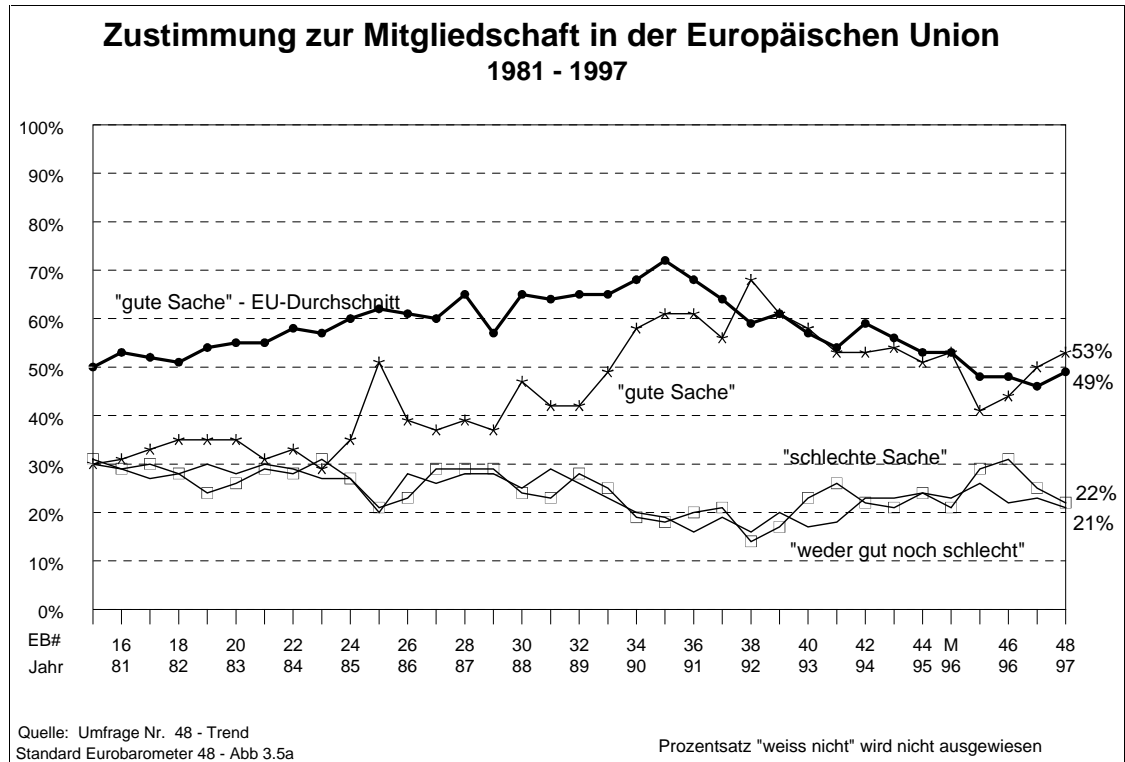
ÖSTERREICH



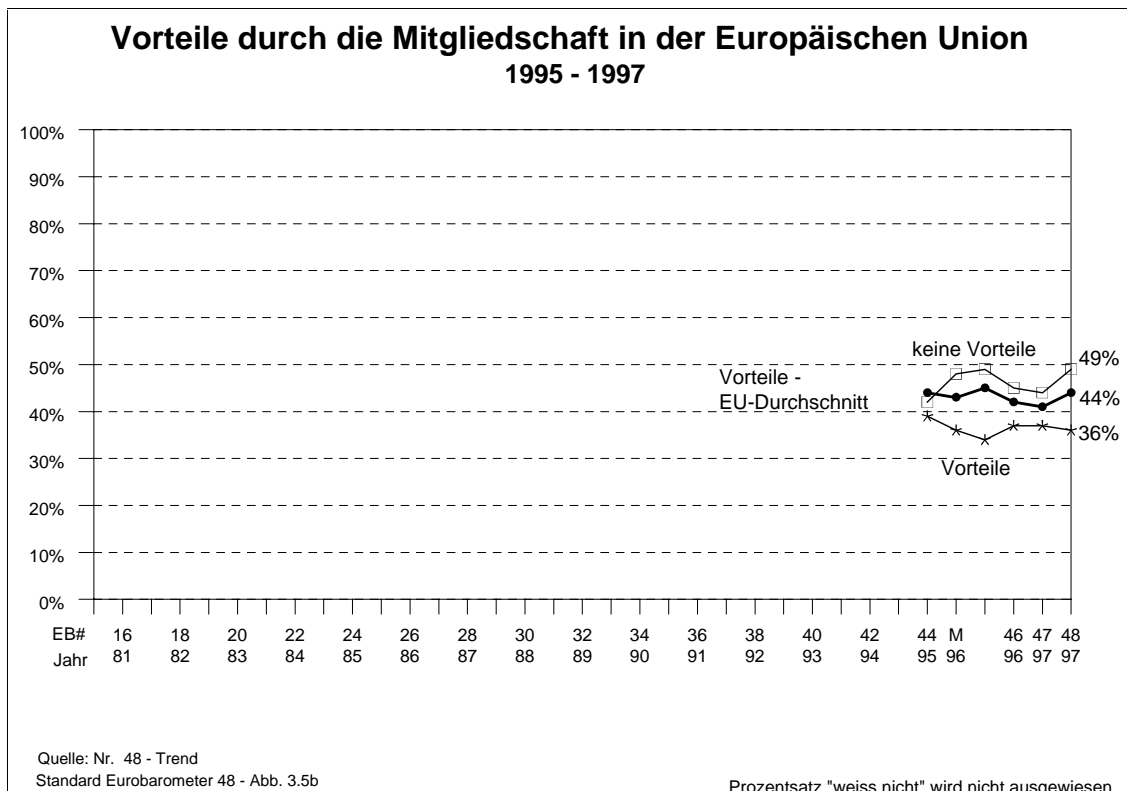
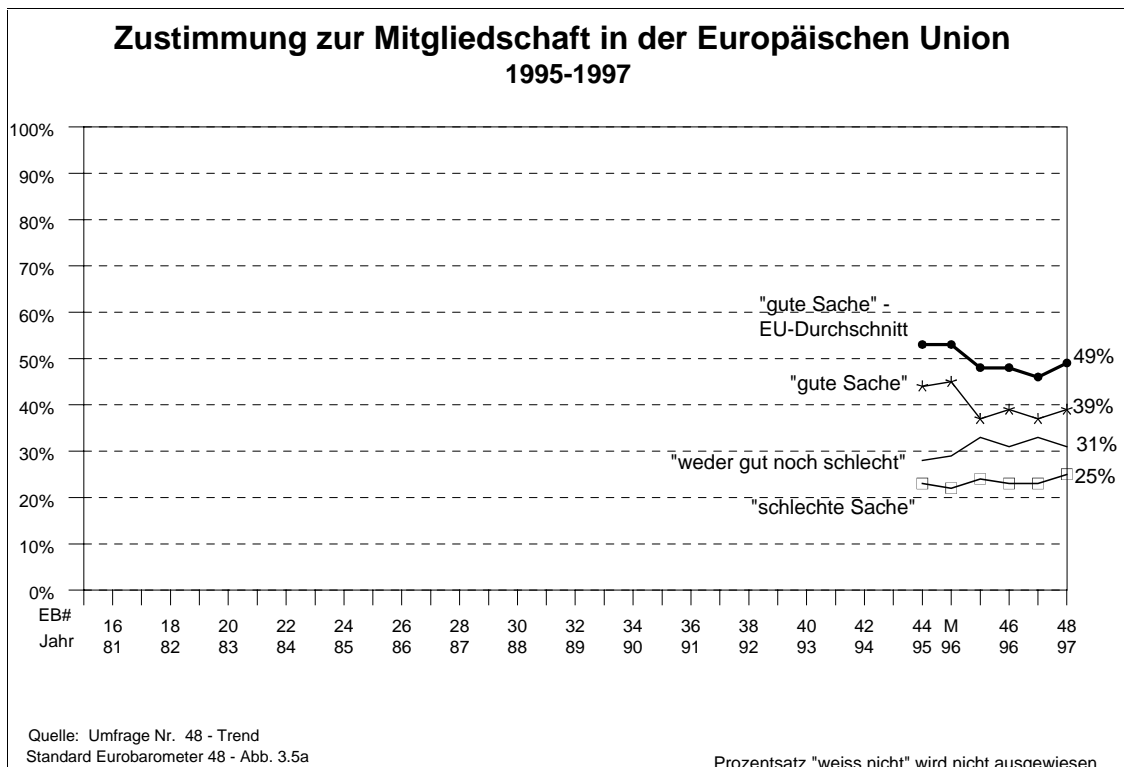
BELGIEN



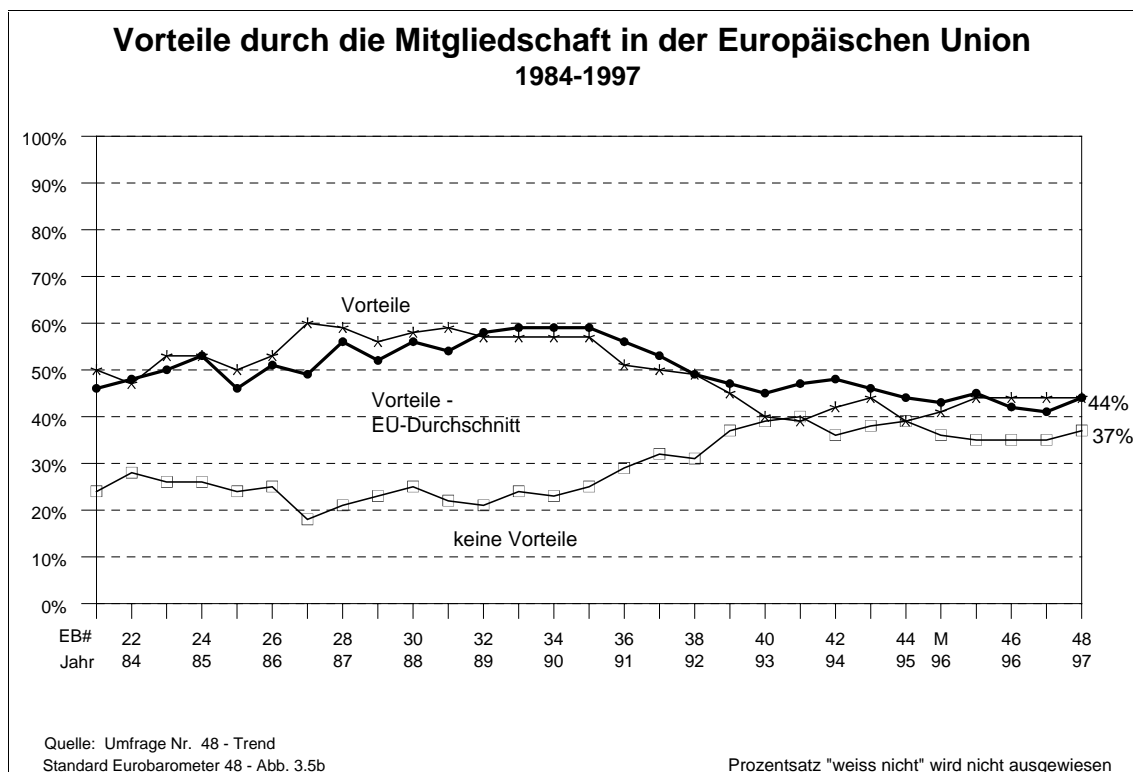
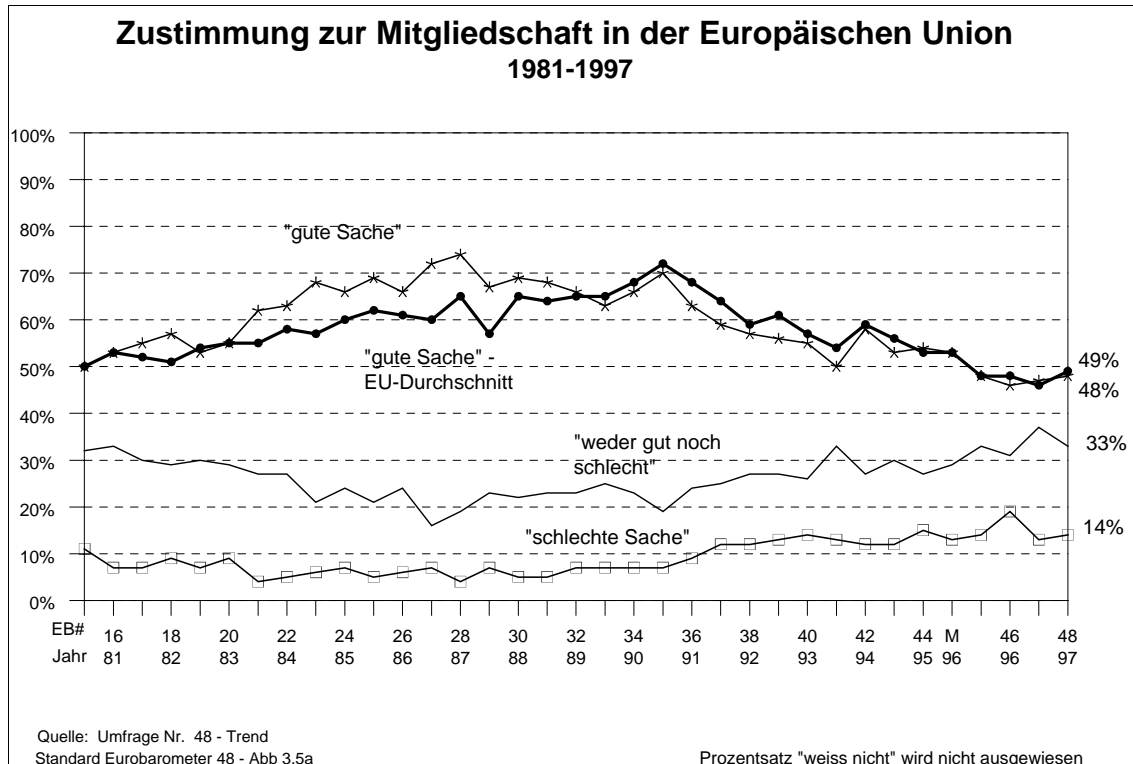
DÄNEMARK



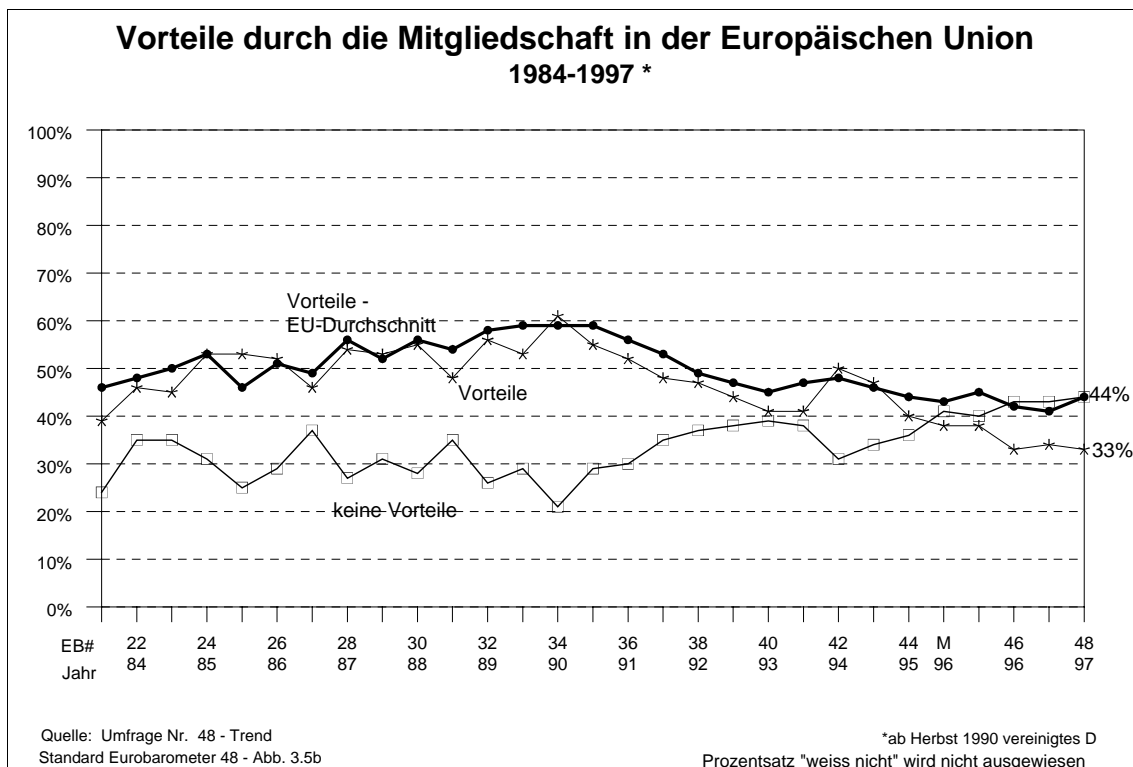
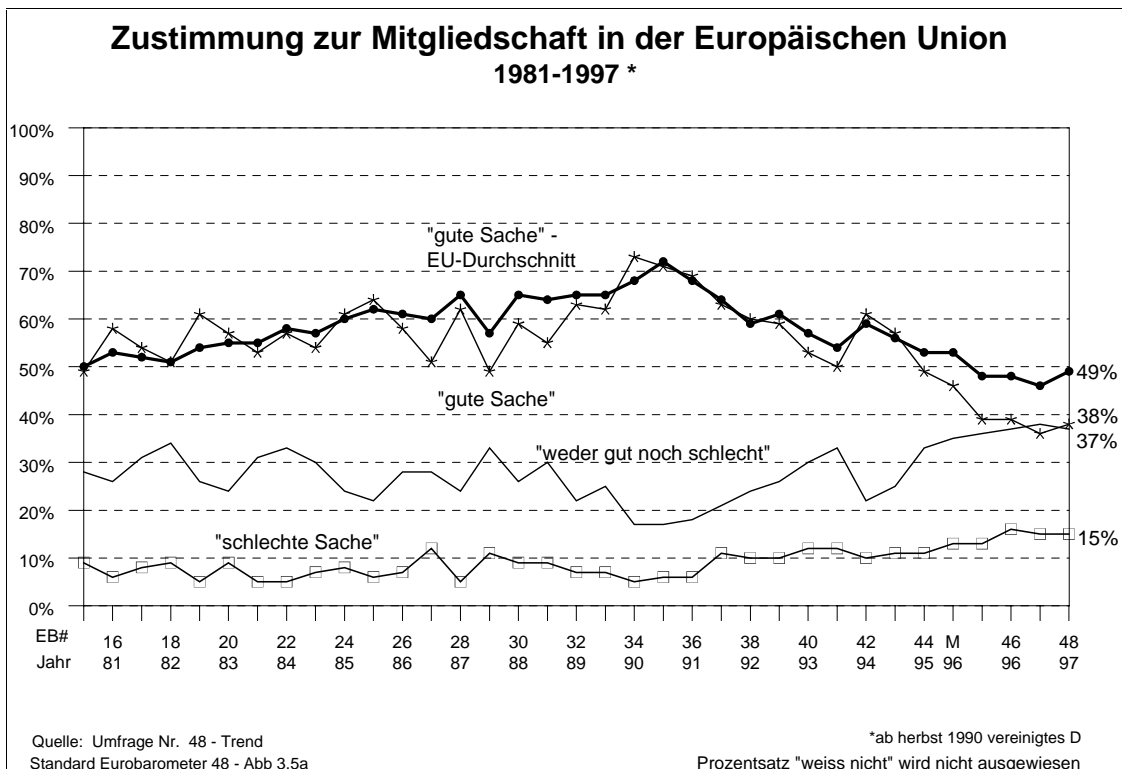
FINNLAND



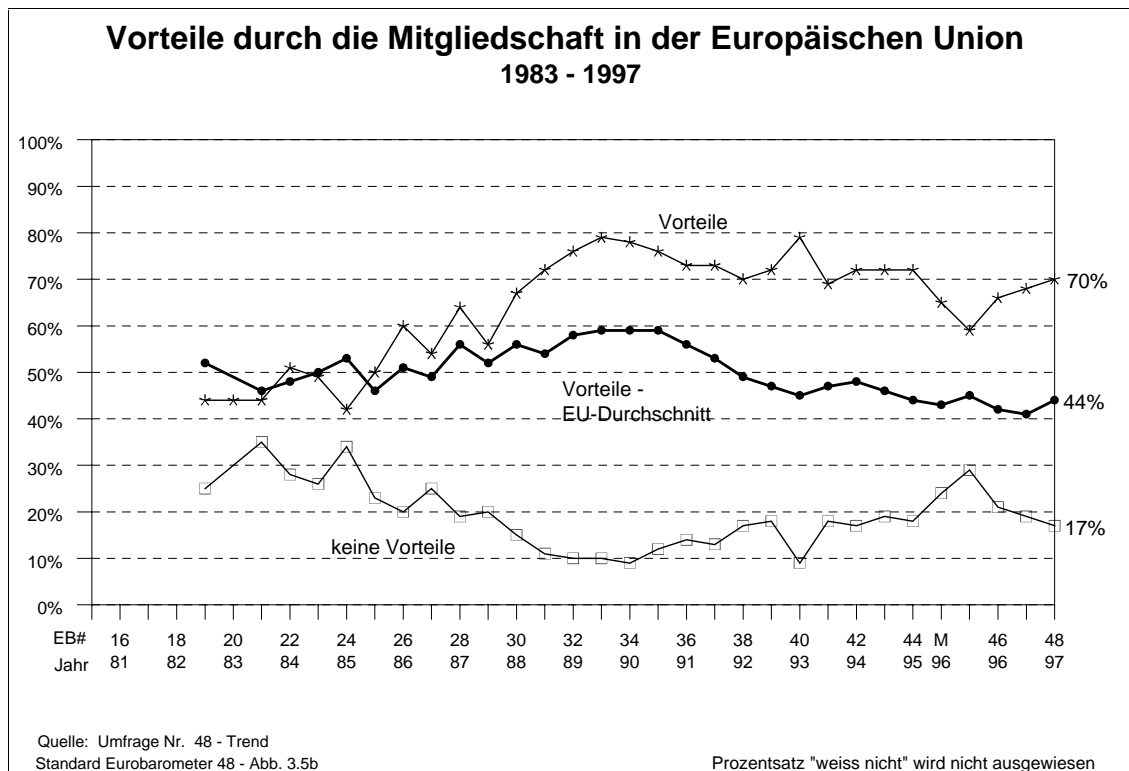
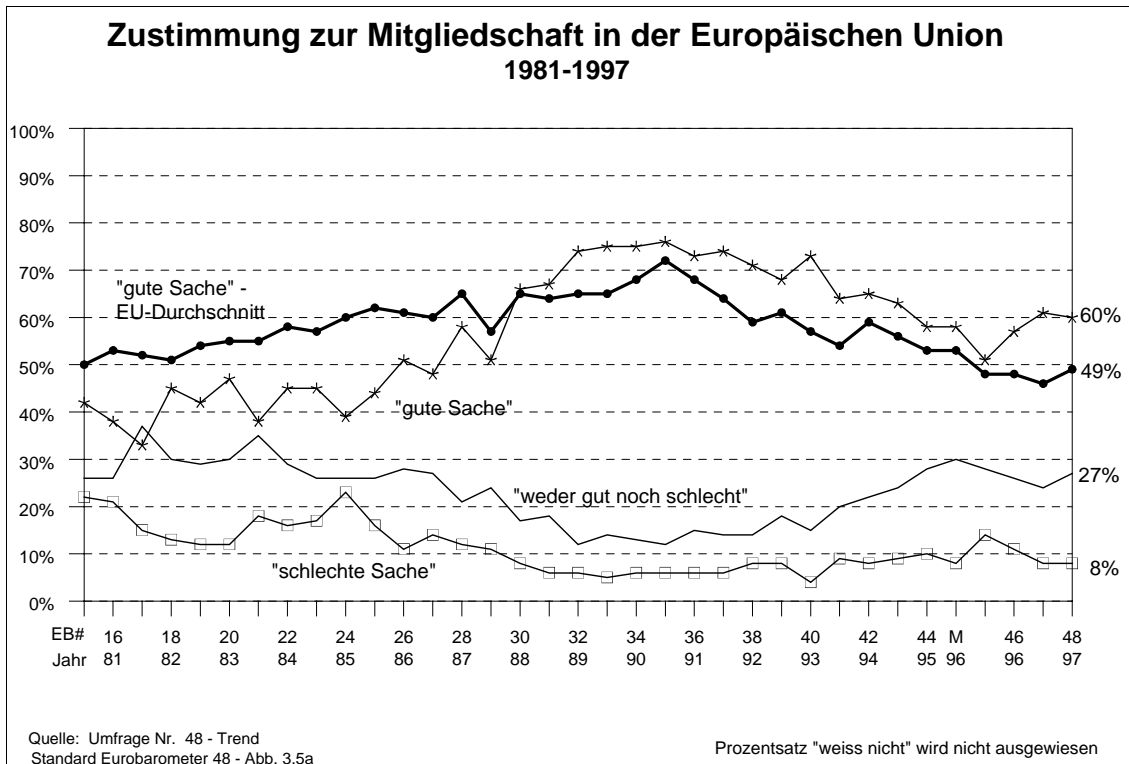
FRANKREICH



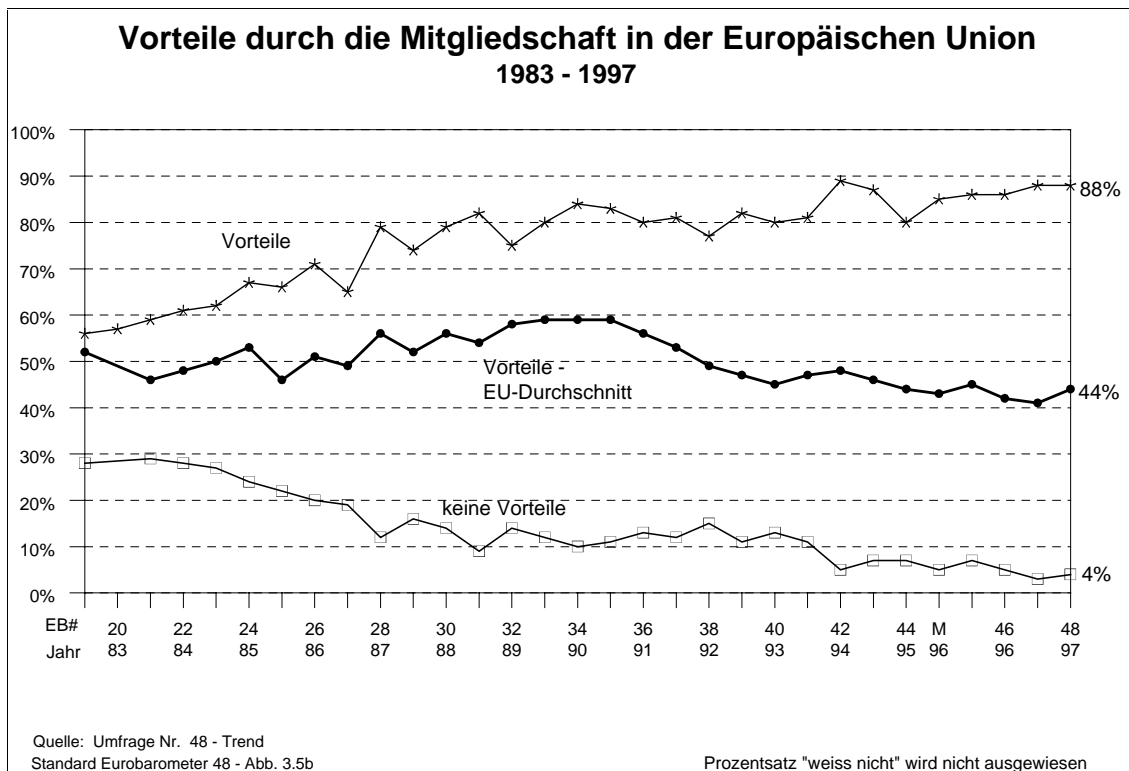
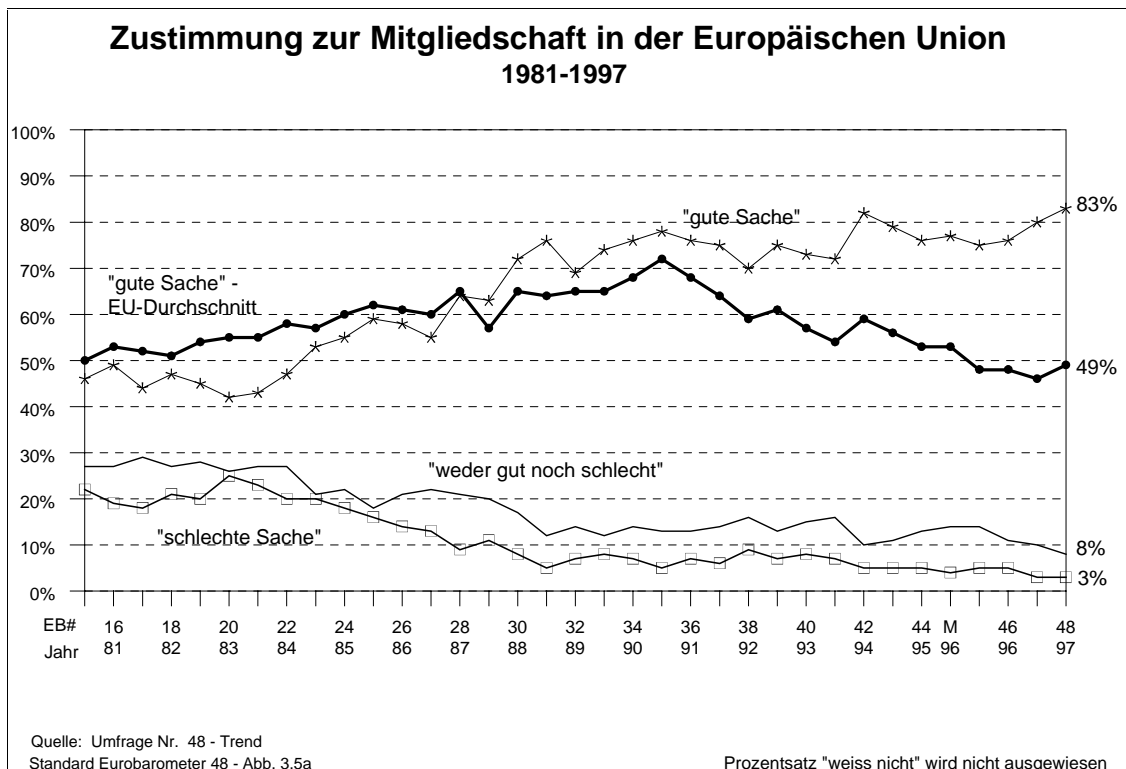
DEUTSCHLAND



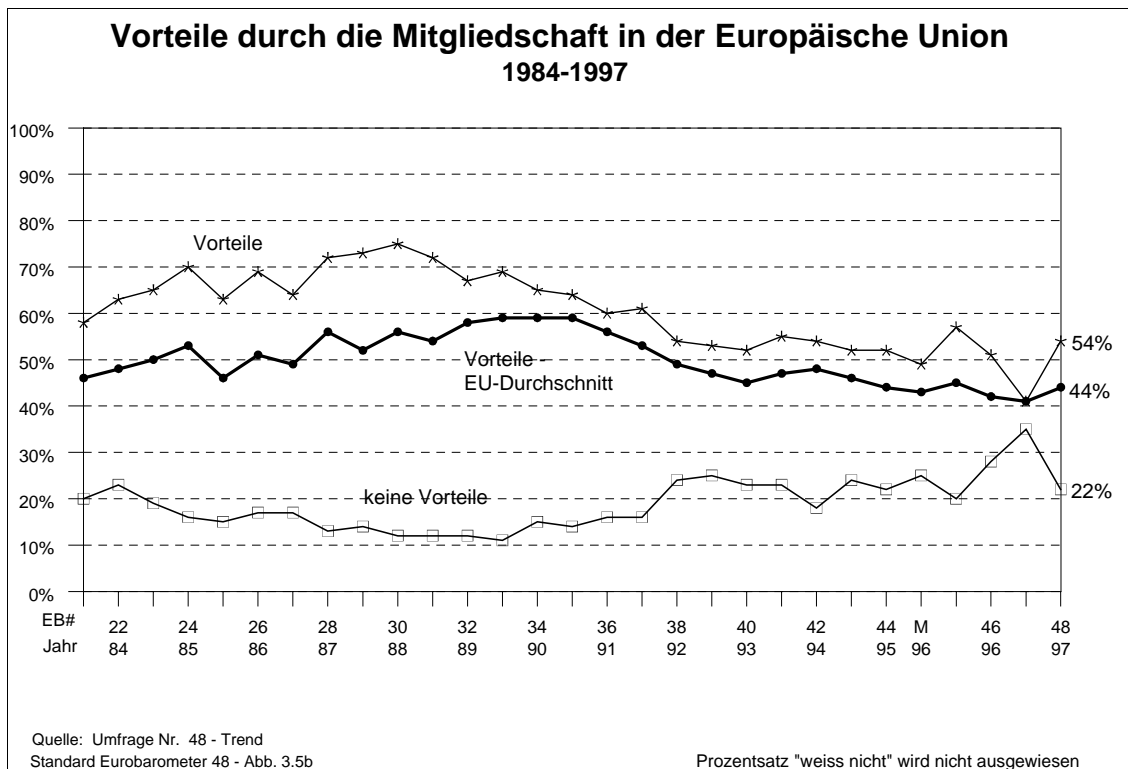
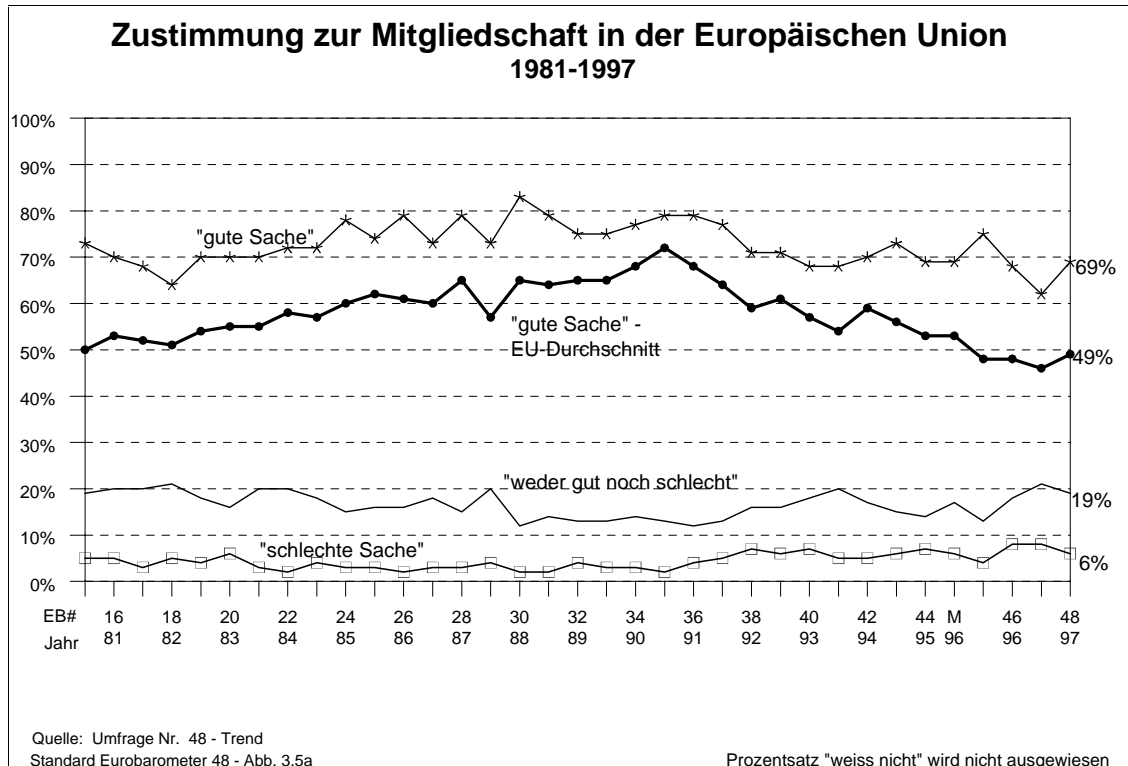
GRIECHENLAND



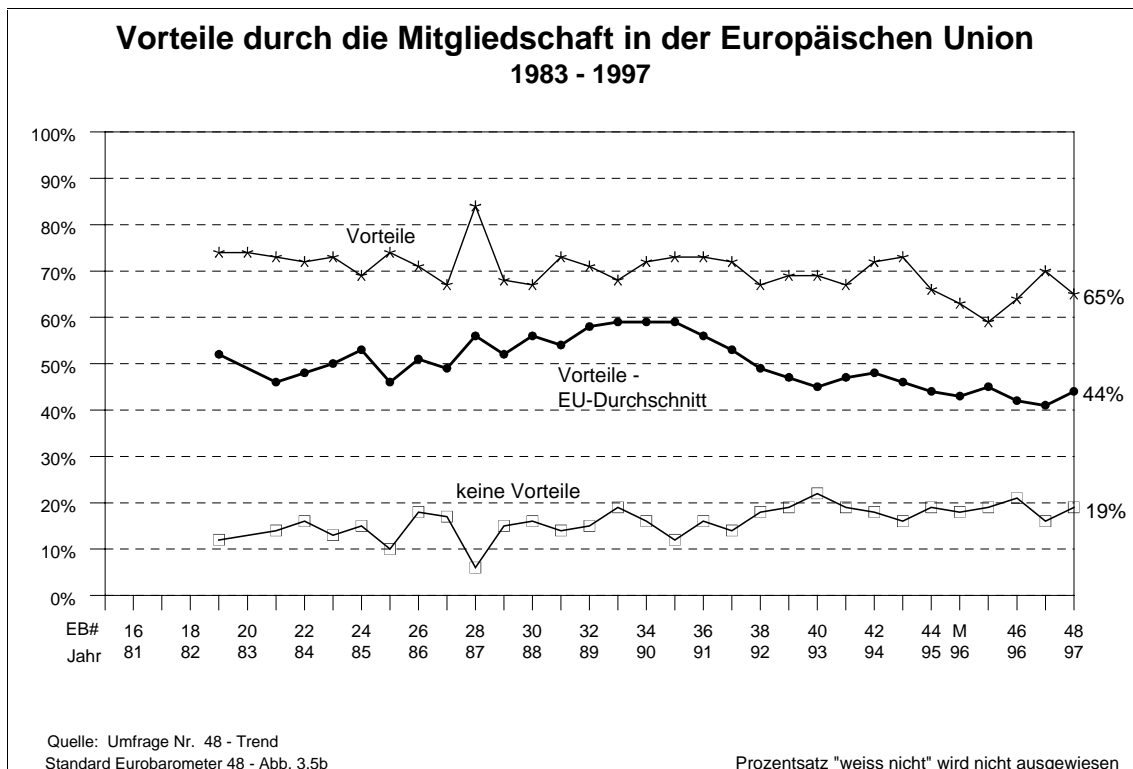
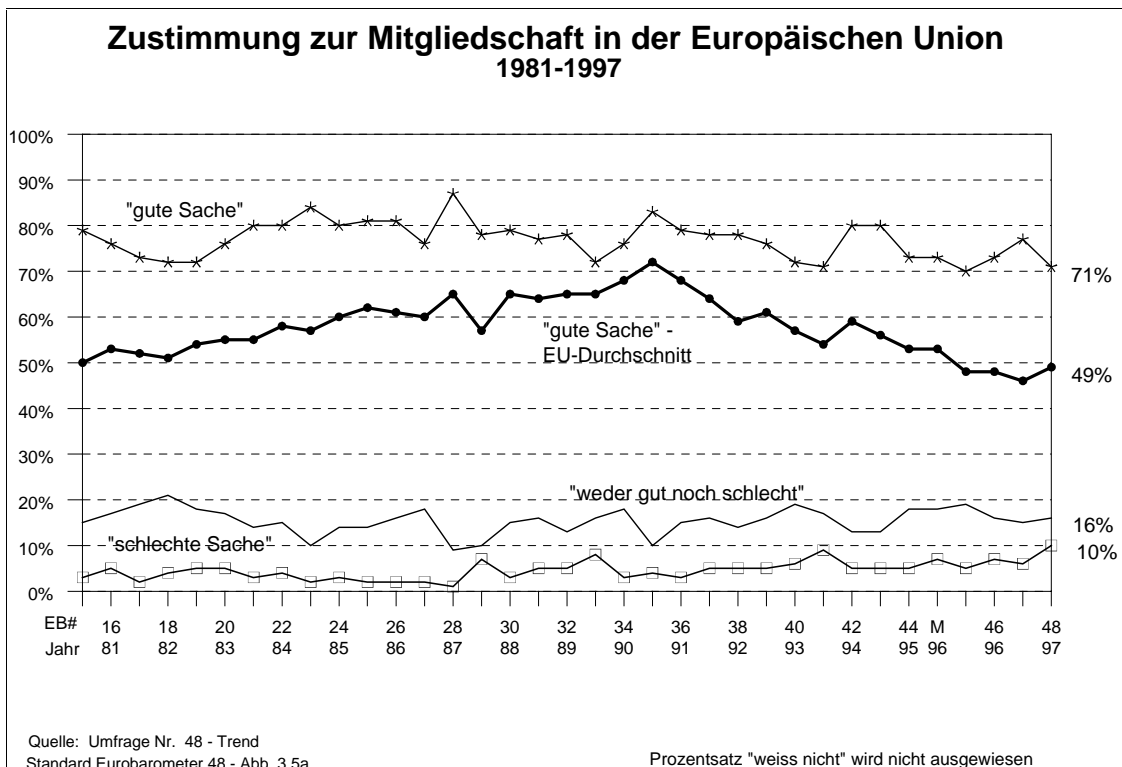
IRLAND



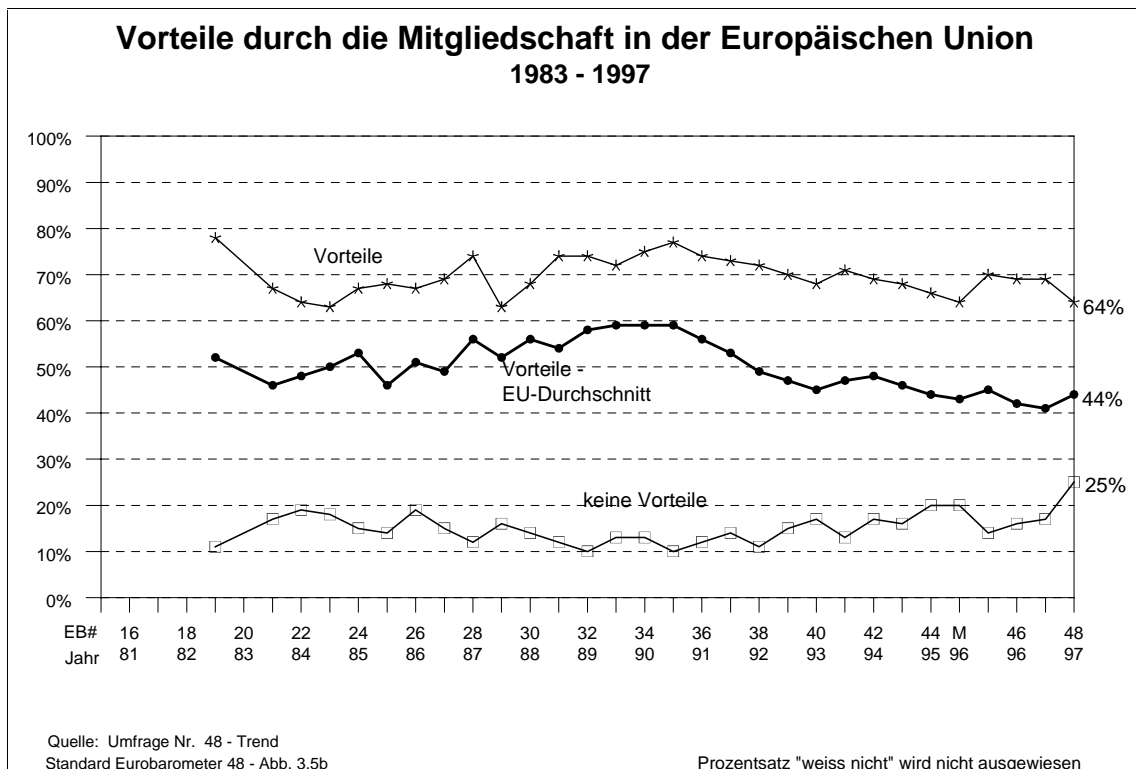
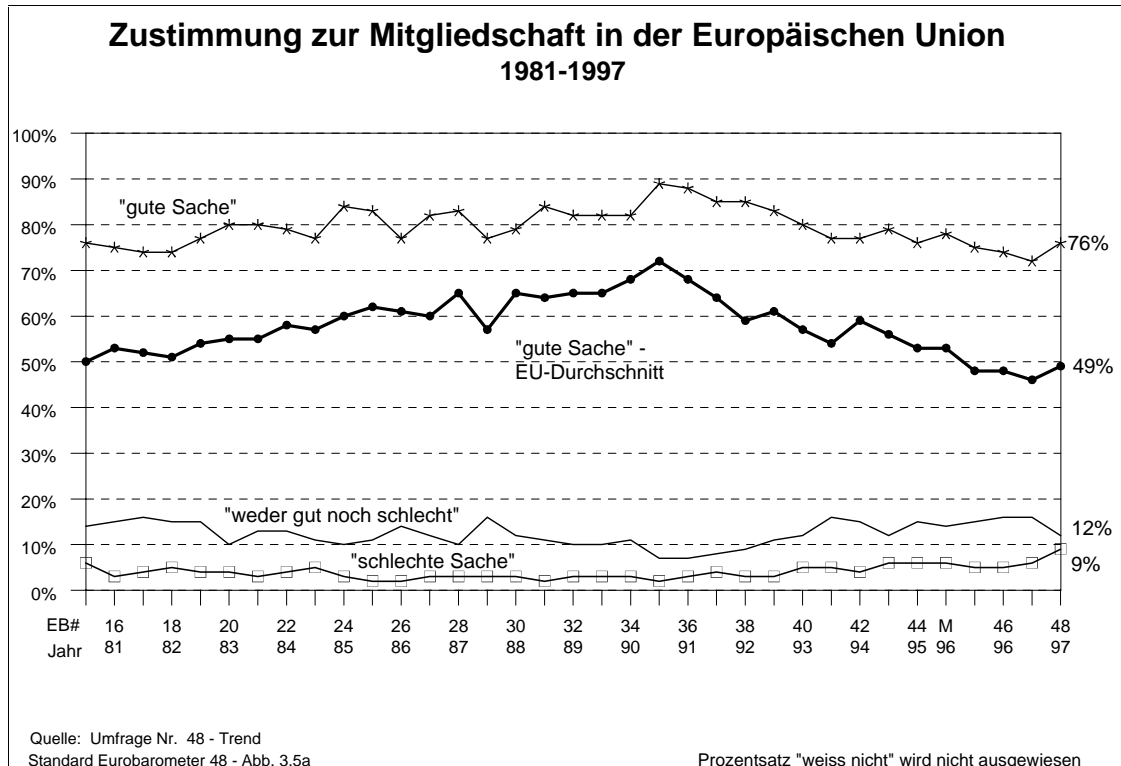
ITALIEN



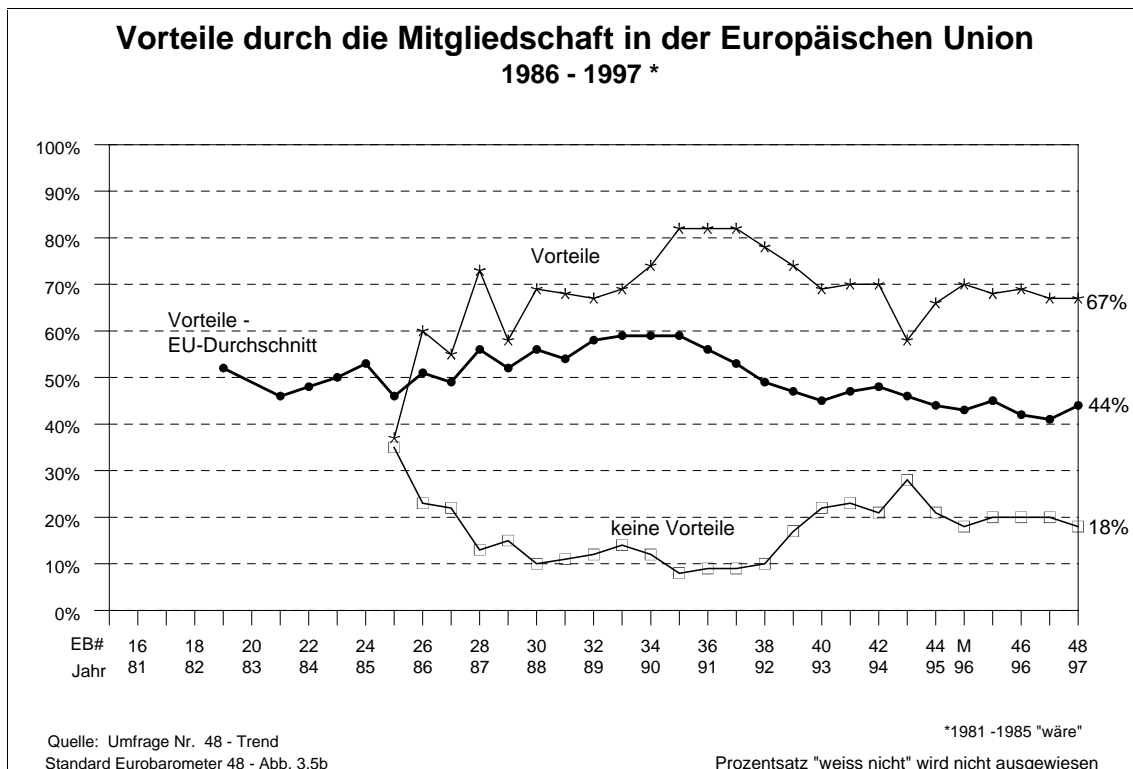
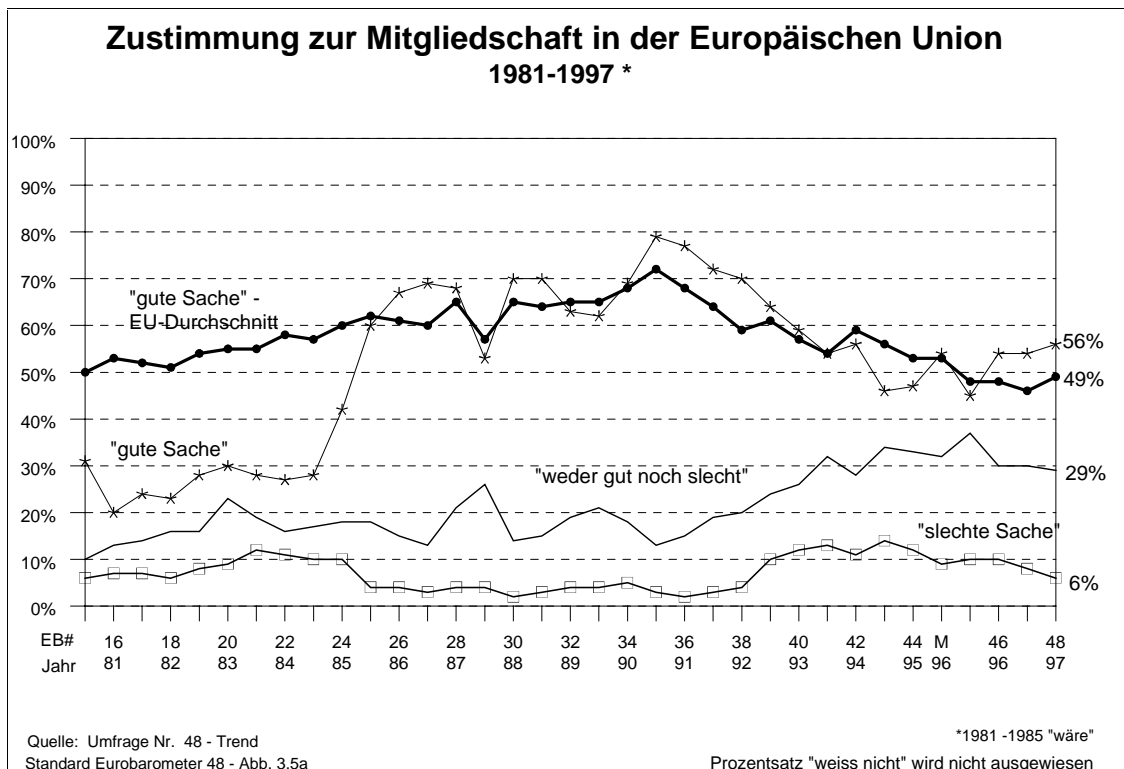
LUXEMBURG



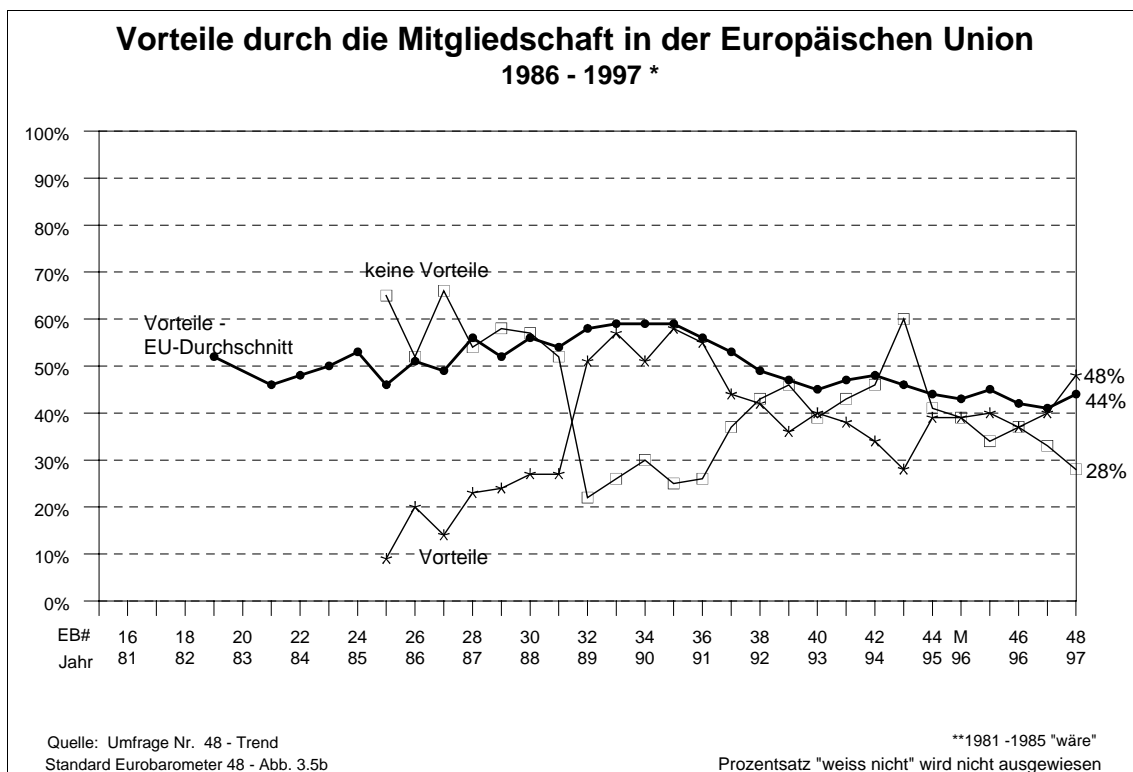
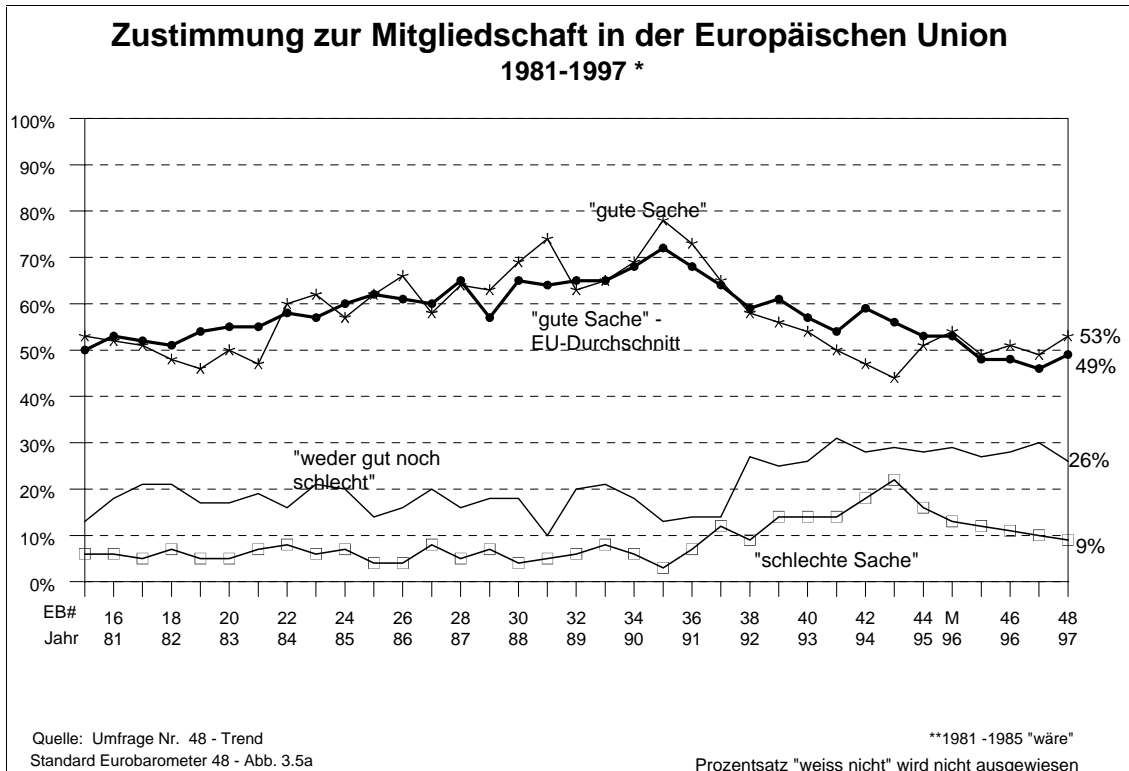
NIEDERLANDE



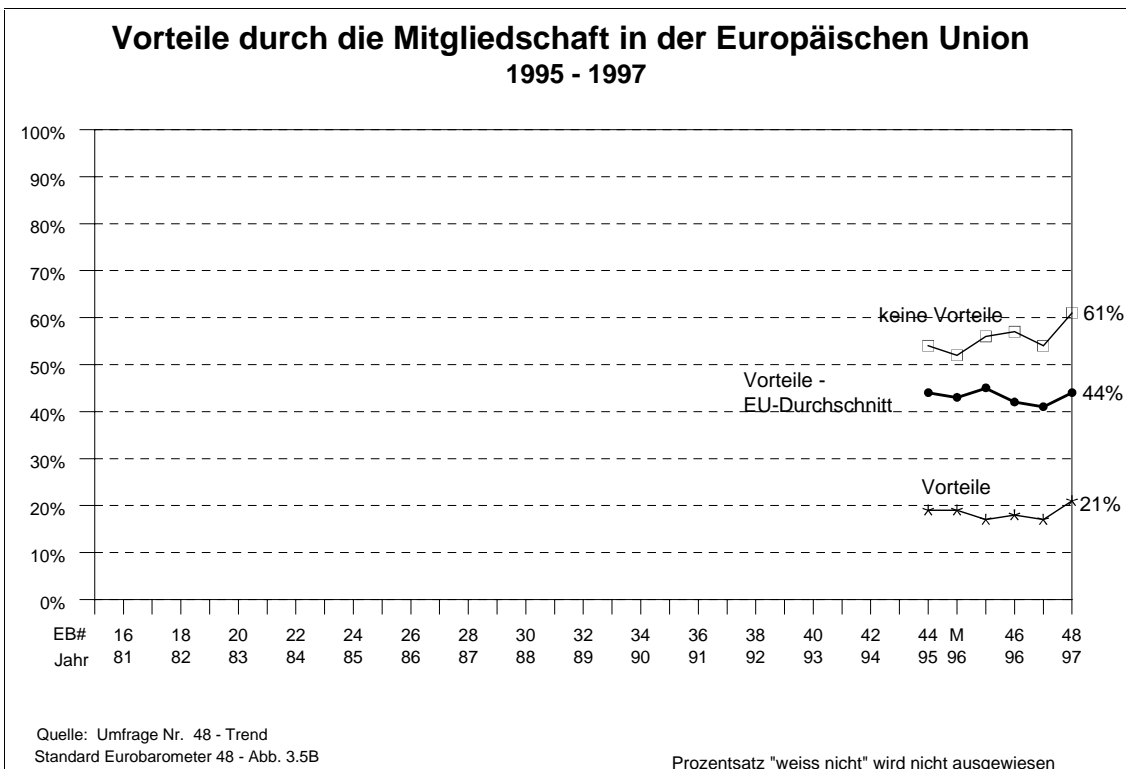
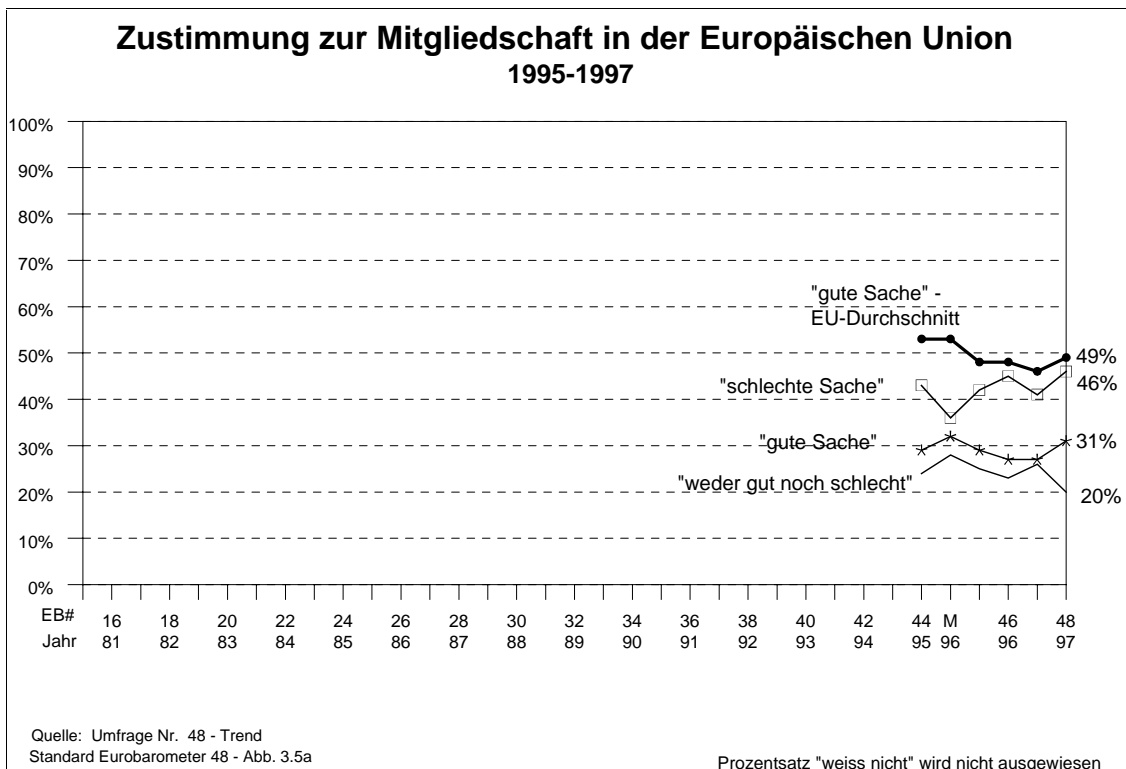
PORTUGAL



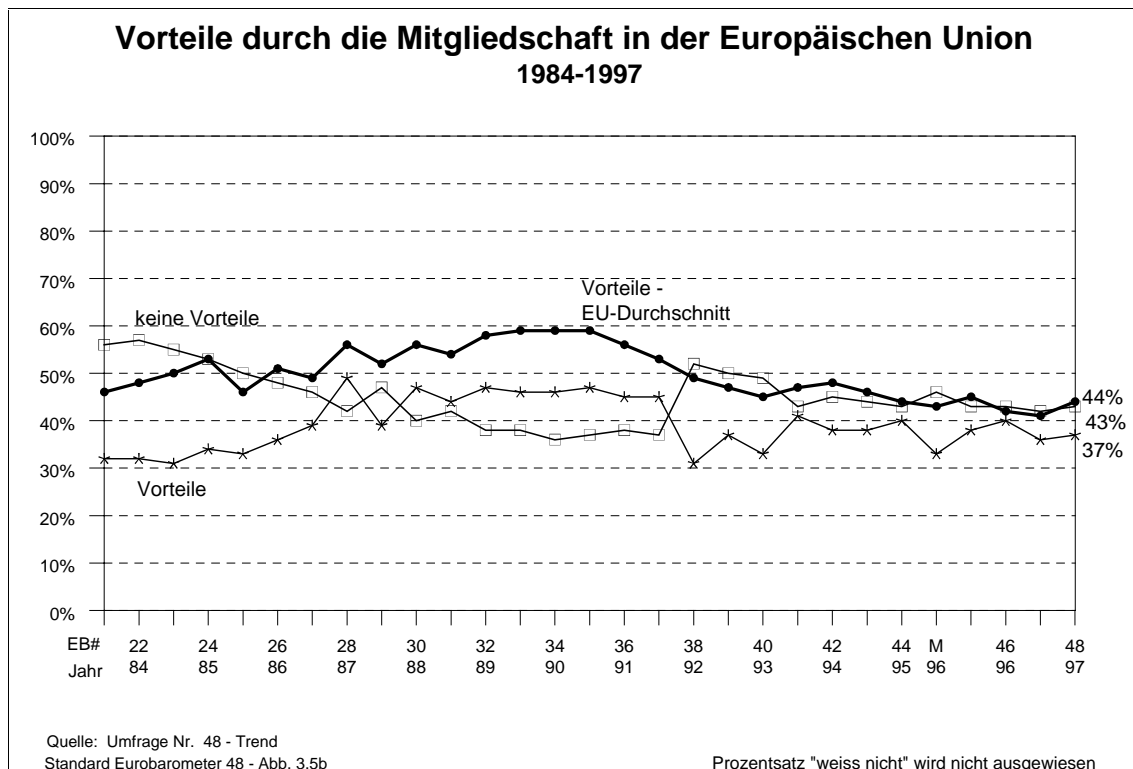
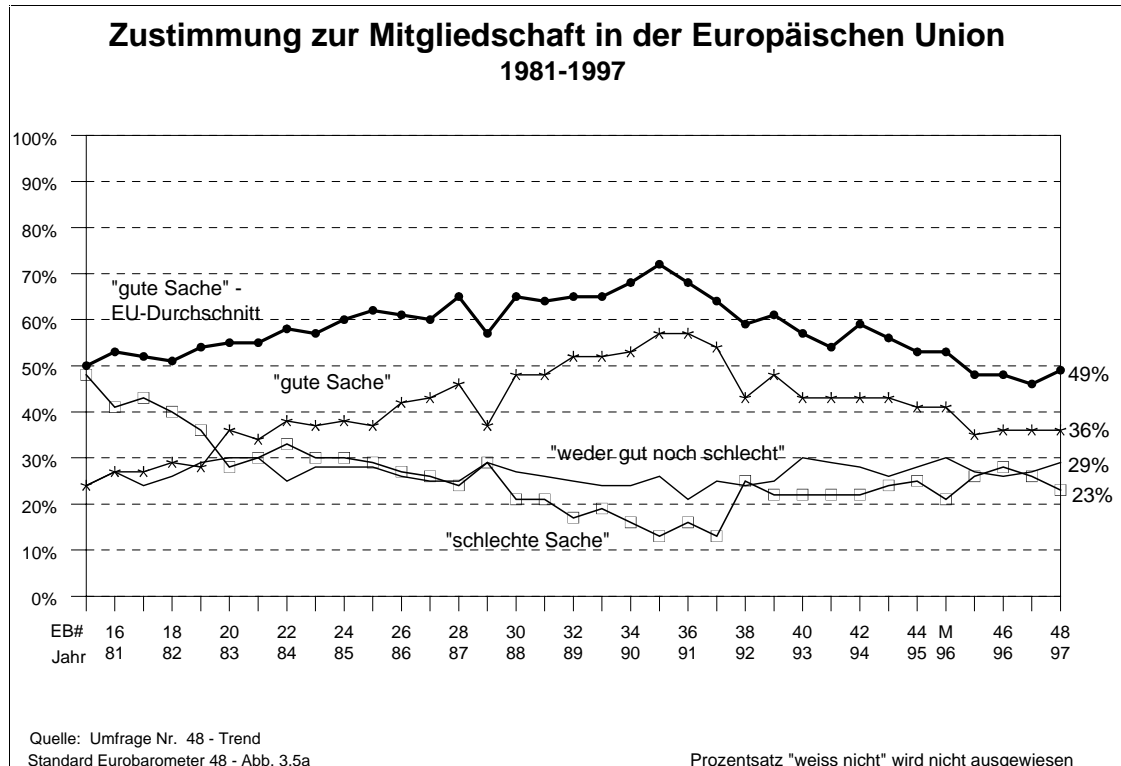
SPANIEN



SCHWEDEN



VEREINIGTES KÖNIGREICH



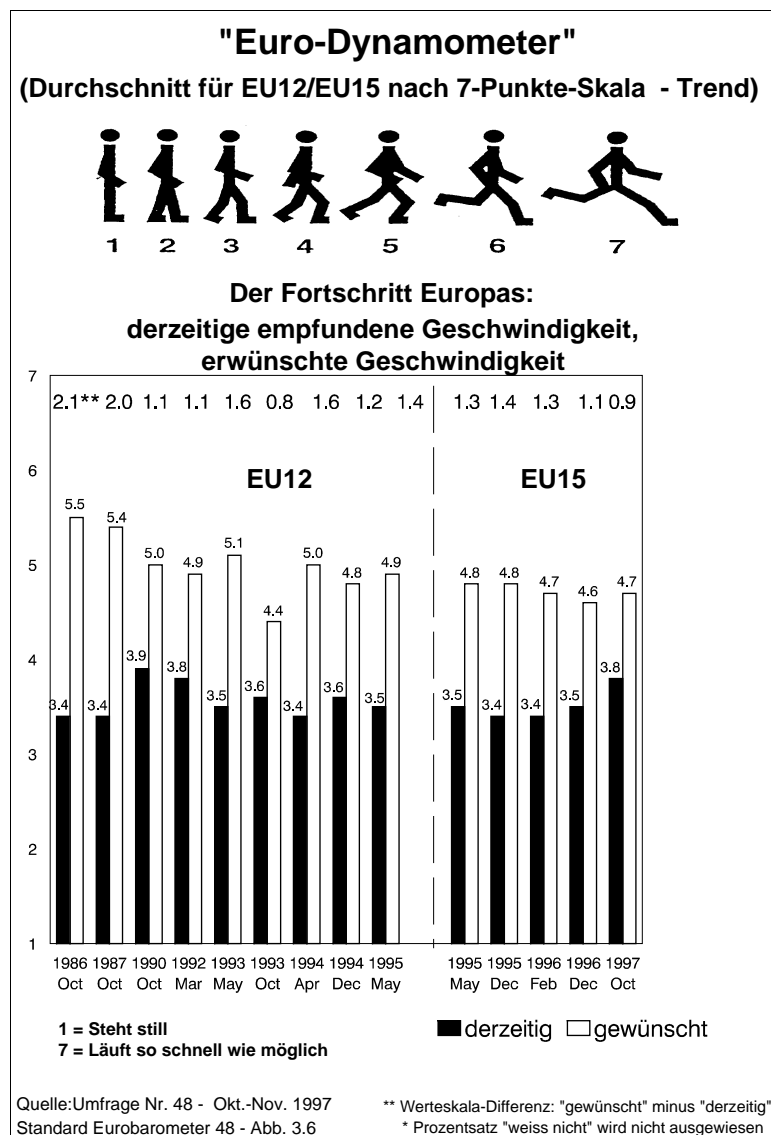
3.3. Tempo der europäischen Integration

Seit 1986 mißt das Eurobarometer die öffentliche Meinung zum Tempo der europäischen Integration. Zu diesem Zweck wird folgende Frage gestellt:

a. Ihrer Meinung nach: Wie kommt die Europäische Union, die europäische Einigung gegenwärtig voran? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an (Liste vorlegen). Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell es kann. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung von der Europäischen Union, der europäischen Einigung am besten?

b. Und welches Männchen entspricht am bestem dem, was Sie sich wünschen würden? (Liste liegt noch vor)

Die Öffentlichkeit hat den Eindruck, daß der Prozeß der europäischen Einigung im Herbst 1997 etwas schneller verläuft (+0,3) als Ende 1996. Hinzu kommt eine sehr leichte Zunahme des gewünschten Tempos (+0,1). Seit die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, hat sich allerdings der Abstand zwischen dem empfundenen Tempo und dem gewünschten Tempo beträchtlich verringert. Wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist, ergeben die aktuellen Messungen eine Nettodifferenz in Höhe von 0,9 gegenüber 2,1 im Jahr 1986.

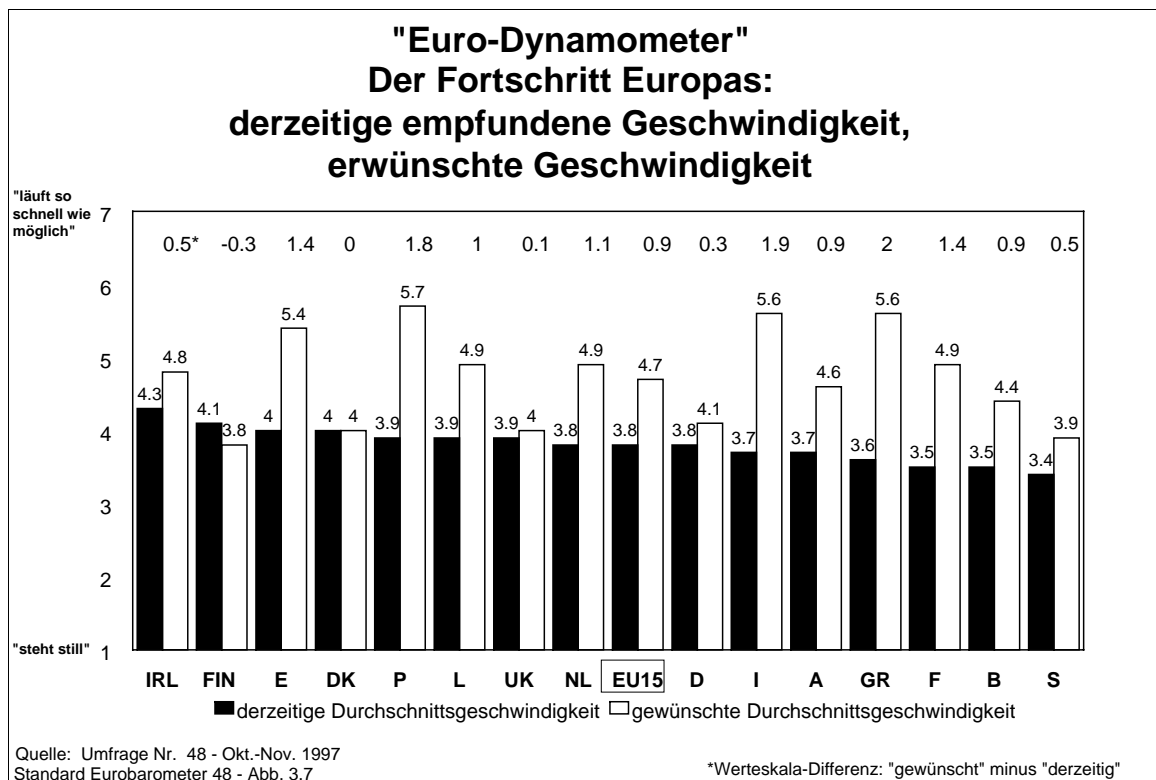


Das Tempo des Einigungsprozesses wird von Land zu Land sehr unterschiedlich empfunden. Am schnellsten verläuft der Einigungsprozeß für Irland (4,3), gefolgt von Finnland (4,1), Spanien und Dänemark (jeweils 4,0); am langsamsten wird dieser Verlauf hingegen in Schweden (3,4) sowie in Frankreich und Belgien (jeweils 3,5) empfunden.

In den folgenden Ländern wurde eine deutliche Zunahme des subjektiv empfundenen Tempos registriert, seit die Frage zum letzten Mal gestellt worden war: Italien (+0,5), Spanien (+0,4), Dänemark, Luxemburg und Portugal (+0,3). Ein nennenswerter Rückgang des empfundenen Tempos wurde in keinem Land festgestellt. (Tabelle 3.3)

Beim gewünschten Tempo des Einigungsprozesses treten die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sogar noch deutlicher zutage. Die Bevölkerung der Mittelmeerländer spricht sich für die schnellste Verwirklichung der europäischen Integration aus. Am niedrigsten ist das gewünschte Tempo in Finnland (3,8), Schweden (3,9), dem Vereinigten Königreich und Dänemark (jeweils 4,0) – also in den Ländern, die üblicherweise skeptisch gegenüber der EU eingestellt sind.

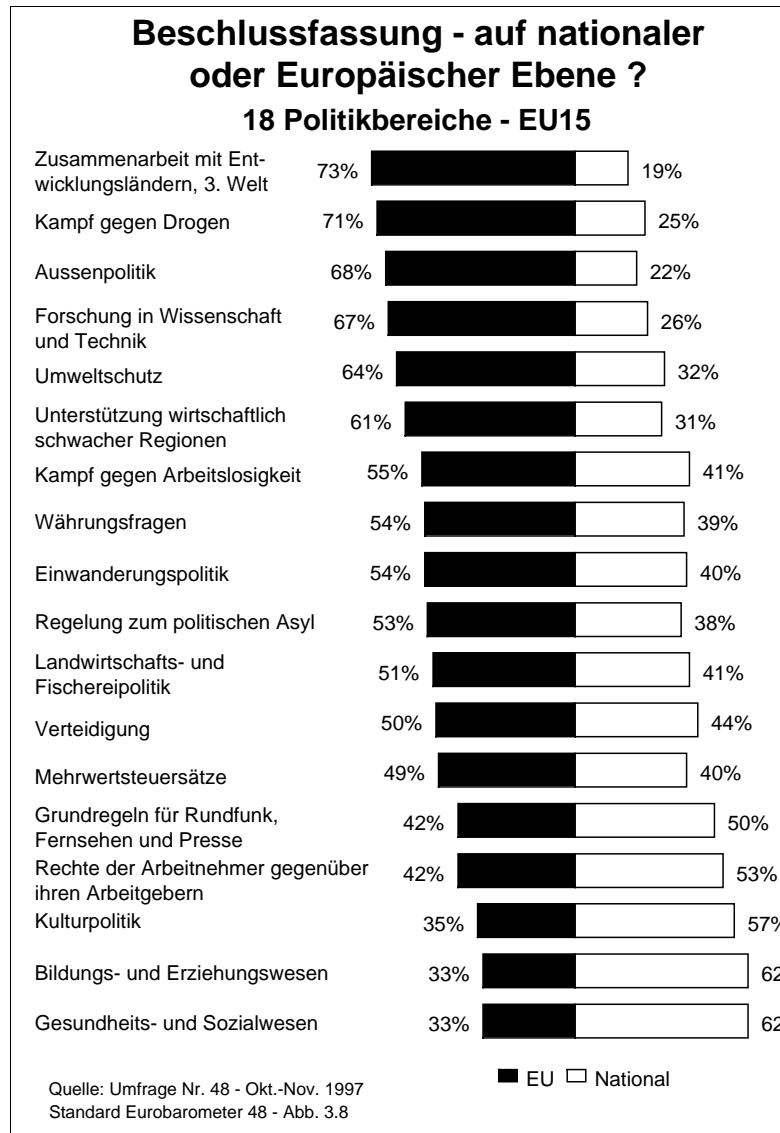
In Dänemark, Frankreich und den Niederlanden (+0,3) hat das erwünschte Tempo seit Ende 1996 deutlich zugenommen. (Tabelle 3.4)



Wie die obige Abbildung zeigt, ist die Nettodifferenz zwischen dem gewünschten Tempo und dem derzeitigen empfundenen Tempo in allen Ländern mit Ausnahme von Finnland und Dänemark positiv. In Griechenland (+2), Italien (+1,9) und Portugal (1,8) spricht sich die Bevölkerung am deutlichsten für schnellere Fortschritte aus, als dies nach ihrem subjektivem Empfinden derzeit der Fall ist. In Finnland ist die Nettodifferenz negativ (-0,3), und in Dänemark stimmen gewünschtes Tempo und derzeitiges empfundenes Tempo überein.

3.4. Zustimmung zur gemeinsamen Beschlußfassung in der Europäischen Union

In zahlreichen politischen Bereichen geben die Bürger den gemeinsamen Entscheidungen auf EU-Ebene den Vorzug vor Entscheidungen auf nationaler Ebene.



Gemeinsame Entscheidungsverfahren auf europäischer Ebene werden vor allem in den Bereichen befürwortet, die über die nationalen Ländergrenzen hinausreichen, z.B. dritte Welt (73%), Kampf gegen Drogen (71%), Außenpolitik (68%) und Forschung (67%). Andererseits wünscht die Mehrheit der Europäer, daß die den Bürger eher unmittelbar betreffenden Bereiche wie das Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Bildungspolitik (jeweils 33%) und die Kulturpolitik (35%) in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen verbleiben. (Tabelle 3.5)

Sowohl auf EU-Ebene als auch auf Länderebene ist dieses Bild im Verlauf der Zeit in bemerkenswerter Weise stabil geblieben, und seit die Frage zum letzten Mal gestellt wurde, haben keine wesentlichen Veränderungen stattgefunden. Wie der Ländervergleich zeigt, gibt es zwei unterschiedliche Gruppen von Ländern (siehe nachfolgenden Tabelle).

Anzahl der Politikbereiche, in denen die Beschlußfassung auf EU-Ebene der Beschlußfassung auf Länderebene vorgezogen wird (Höchstzahl = 18 Bereiche)	
Land	Anzahl der Bereiche
Italien	17
Frankreich	14
Belgien	13
Deutschland	13
Griechenland	13
Spanien	13
Niederlande	13
EU15-Durchschnitt	13
Österreich	7
Dänemark	6
Finnland	6
Vereinigtes Königreich	6
Portugal	5
Schweden	5

In bezug auf die Beschlußfassung auf EU-Ebene spalten sich die traditionell zur EU positiv eingestellten Länder und die skeptisch eingestellten Länder in zwei Lager. In den positiv eingestellten Ländern ziehen die Bürger es vor, daß in beinahe allen Bereichen, die in der Umfrage genannt wurden, die Entscheidungen gemeinsam auf europäischer Ebene anstatt auf nationaler Ebene getroffen werden. In den skeptisch eingestellten Ländern ist die Lage genau umgekehrt. Das Abschneiden von Portugal überrascht, denn dieses Land, das eher als pro-europäisch gilt, ist aufgrund der Ergebnisse in die Gruppe der skeptisch eingestellten Länder einzuordnen. Dieser Sachverhalt dürfte zum Teil dadurch bedingt sein, daß bei dieser Frage eine überdurchschnittlich hohe Zahl von unentschlossenen Antworten in Portugal registriert wurde⁷.

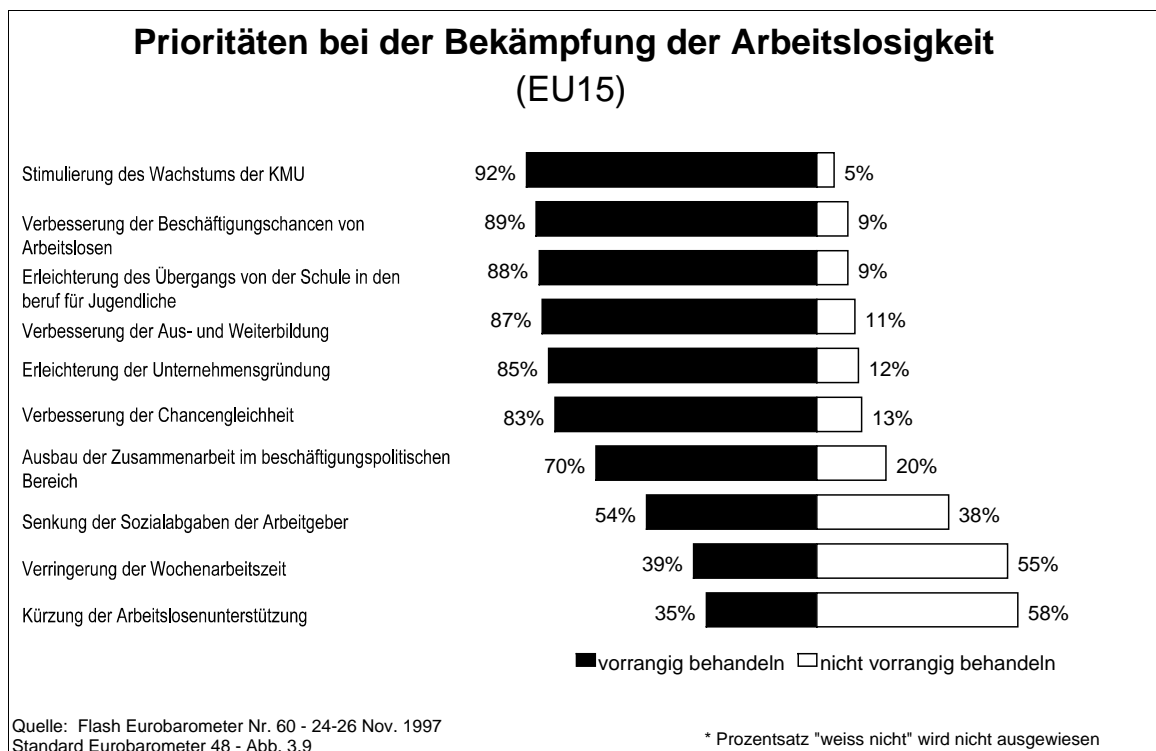
⁷ Der Anteil der unentschlossenen Antworten ("weiß nicht") ist bei Eurobarometer-Umfragen in der Regel in Portugal und Griechenland am größten.

3.5. Vorrangige Aufgaben der Europäischen Union

Die Europäische Union hat gegenwärtig drei vorrangige Aufgaben an die Spitze ihres politischen Programms gesetzt: Beschäftigung, Wirtschafts- und Währungsunion und Erweiterung der Union. Inwieweit stimmt dies mit den vorrangigen Anliegen der Bürger überein?

Die europäischen Bürger sind einhellig der Meinung (92%), daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union sein sollte. Ferner stufen 89% die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung als dringliche Aufgabe ein. Dies entspricht der offiziellen Haltung der Europäischen Union, denn sie hat die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu einem Bestandteil der Sozialpolitik der EU erklärt, die eng mit der Beschäftigungspolitik verknüpft ist.

Die Entscheidung, die Beschäftigungsthematik zu einer vorrangigen Aufgabe der Europäischen Union zu machen, fiel auf dem Gipfeltreffen von Amsterdam im Juni 1997 und wurde im Vertrag von Amsterdam festgeschrieben⁸. Auf dieser Tagung einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf ein besonderes Gipfeltreffen, das im November 1997 stattfinden sollte und den Beschäftigungsfragen gewidmet werden sollte. Zum Zeitpunkt der Eurobarometer-Umfrage hatte dieser "Beschäftigungsgipfel"⁹ noch nicht stattgefunden. Wie im zweiten Kapitel erwähnt wurde, fand jedoch im Auftrag der GD X der Europäischen Kommission eine besondere Umfrage statt, um die Wirkung des Beschäftigungsgipfels zu messen.¹⁰ Eine im Rahmen dieser Umfrage gestellte Frage sollte ermitteln, was die Mitgliedsländer nach Ansicht der Bürger vorrangig unternehmen sollen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.



Rund 9 von 10 Europäern sind der Meinung, daß die Stimulierung des Wachstums von kleinen und mittleren Unternehmen (92%) und die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen (89%) zu den vorrangigen Aufgaben zählen sollten. Mehr als 8 von 10 Europäern sind außerdem der Ansicht, daß eine

⁸ Auf die Frage, wie sie abstimmen würden, wenn ein Referendum zum Vertrag von Amsterdam in ihrem Land durchgeführt würde, erklärten die meisten Europäer zum Zeitpunkt der Umfrage, daß sie sich noch nicht entschieden haben. (Tabelle 3.6)

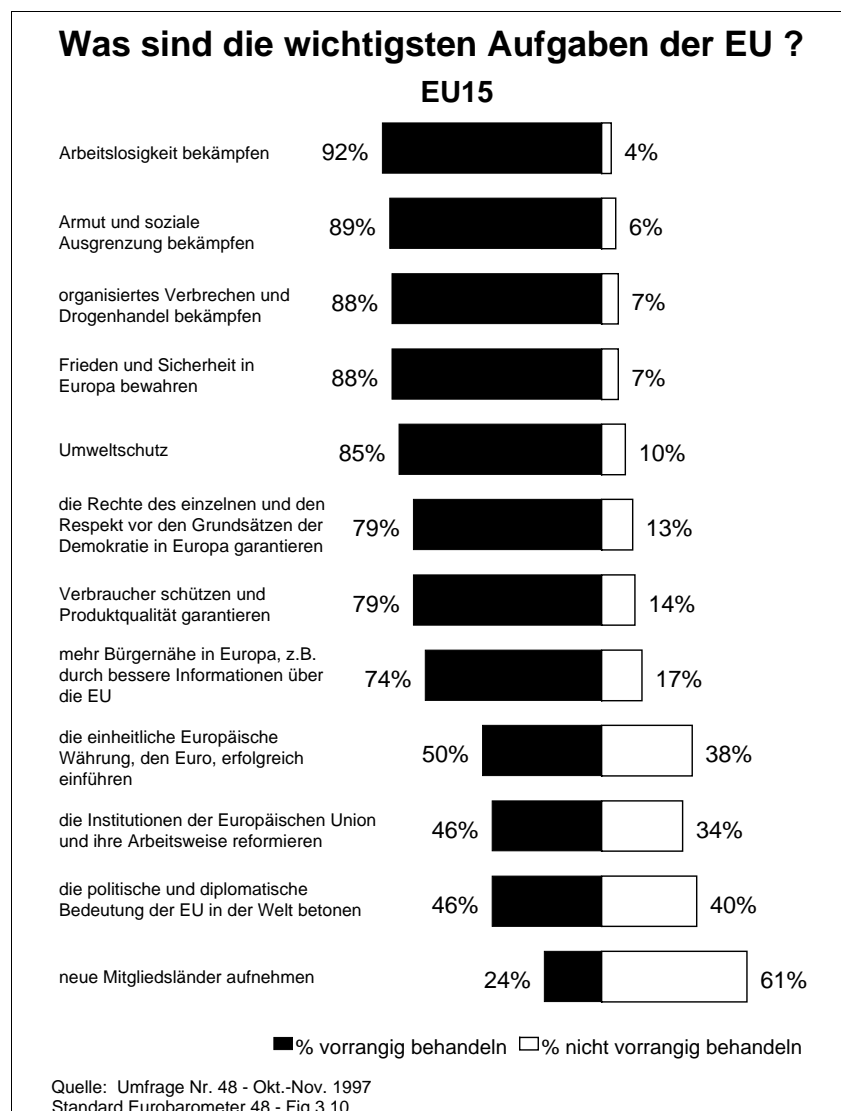
⁹ Das Gipfeltreffen fand am 20. und 21. November 1997 in Luxemburg statt.

¹⁰ Flash Eurobarometer Nr. 60 – Umfrage am 24.-26.11.1997 – durchgeführt von EOS Gallup.

Erleichterung des Übergangs von der Schule in das Erwerbsleben für Jugendliche (88%), eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung (87%), eine Vereinfachung der Unternehmensgründung (85%) und eine Verbesserung der Chancengleichheit (83%) zu den vorrangigen Aufgaben zählen sollten, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Ferner sind 70% der Meinung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern der EU im beschäftigungspolitischen Bereich ausgebaut werden sollte. Die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung (35%) und der wöchentlichen Arbeitszeit (39%) finden den geringsten Anklang.

Im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage sprach sich jeder zweite Europäer dafür aus, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Union sein sollte. Die Erweiterung wird lediglich von rund einem Viertel der Europäer für eine vorrangige Aufgabe gehalten.

Wie die folgende Abbildung zeigt, rechnen die Bürger eine große Zahl von weiteren Bereichen ebenfalls den Aufgaben zu, denen sich die Europäische Union besonders widmen sollte. Die Aufnahme von neuen Mitgliedsländern ist das einzige Thema, das mehr als die Hälfte der Befragten nicht als vorrangige Aufgabe betrachtet¹¹.



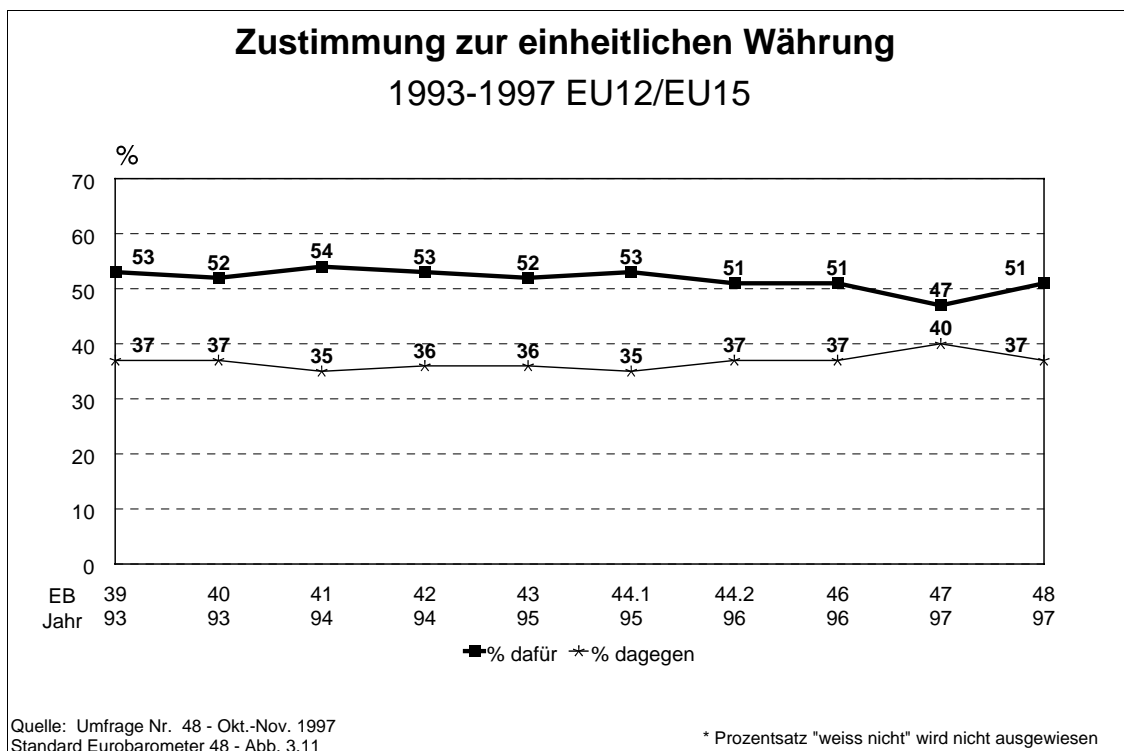
¹¹ Weitere Informationen über die Einstellung zur Erweiterungsthematik sind in Kapitel 4 zu finden.

Der Ländervergleich zeigt, daß 7 von 10 Personen in Italien und mehr als 6 von 10 Personen in Frankreich (66%), Griechenland (64%) und den Niederlanden (62%) die Wirtschafts- und Währungsunion als eine vorrangige Aufgabe ansehen. Die Bevölkerung der Länder, die der EU skeptisch gegenüberstehen, neigt in bedeutend geringerem Maß zu dieser Ansicht.

Nur in Dänemark hält mehr als die Hälfte der Bevölkerung (61%) die Aufnahme von neuen Mitgliedsländern für eine vorrangige Aufgabe. In Griechenland ist der Anteil der Personen, die die Erweiterung als vorrangige Aufgabe betrachten (47%), größer als der Anteil der Personen, die sie ablehnen (41%). In Irland sind die Lager von Gegnern und Befürwortern gleich groß (41% bzw. 42%). (Tabelle 3.7)

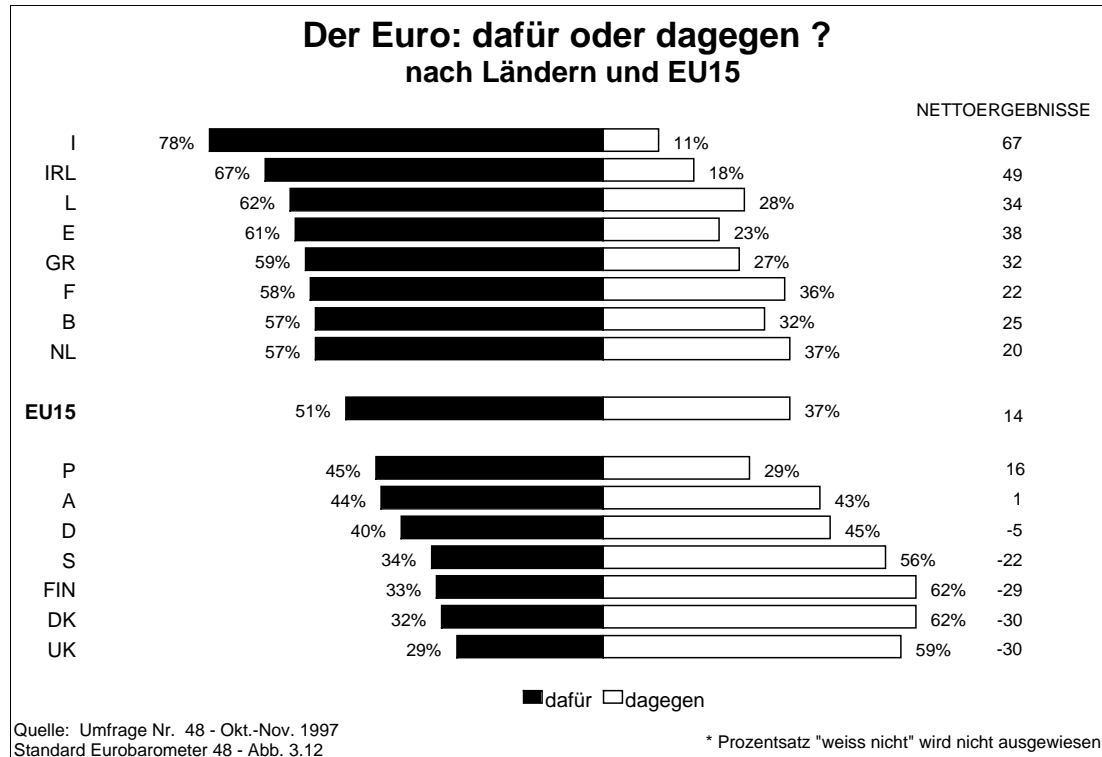
3.6. Zustimmung zur einheitlichen Währung

Nachdem im Frühjahr 1997 die Zustimmung zur einheitlichen Währung, dem Euro, leicht zurückgegangen war, sind die Zustimmungsraten nun erneut über die 50%-Marke geklettert, während der Anteil der Gegenstimmen wieder unter 40% gesunken ist.



In den meisten Mitgliedsländern ist die Zustimmung zum Euro seit dem Frühjahr 1997 gestiegen. Die größte Zunahme der Unterstützung für den Euro wurde in Deutschland verzeichnet, wo sich die Zustimmungsrates von 32% auf 40% erhöhte. In Irland und in den Niederlanden nahm die Zustimmung um 5 Prozentpunkte und in Italien, Österreich, Finnland und Schweden um 4 Prozentpunkte zu. Ein Rückgang wurde nur in Griechenland (-6) und Luxemburg (-5) verzeichnet.

Die Italiener sind die größten Befürworter des Euro (78%). Auch in Irland (67%), Luxemburg (62%), Spanien (61%), Griechenland (59%), Frankreich (58%), Belgien und den Niederlanden (jeweils 57%) ist die Zustimmung groß. Im Vereinigten Königreich (29%), Dänemark (32%), Finnland (33%) und Schweden (34%) unterstützen hingegen nur 3 von 10 Personen den Euro. (Tabelle 3.8a)

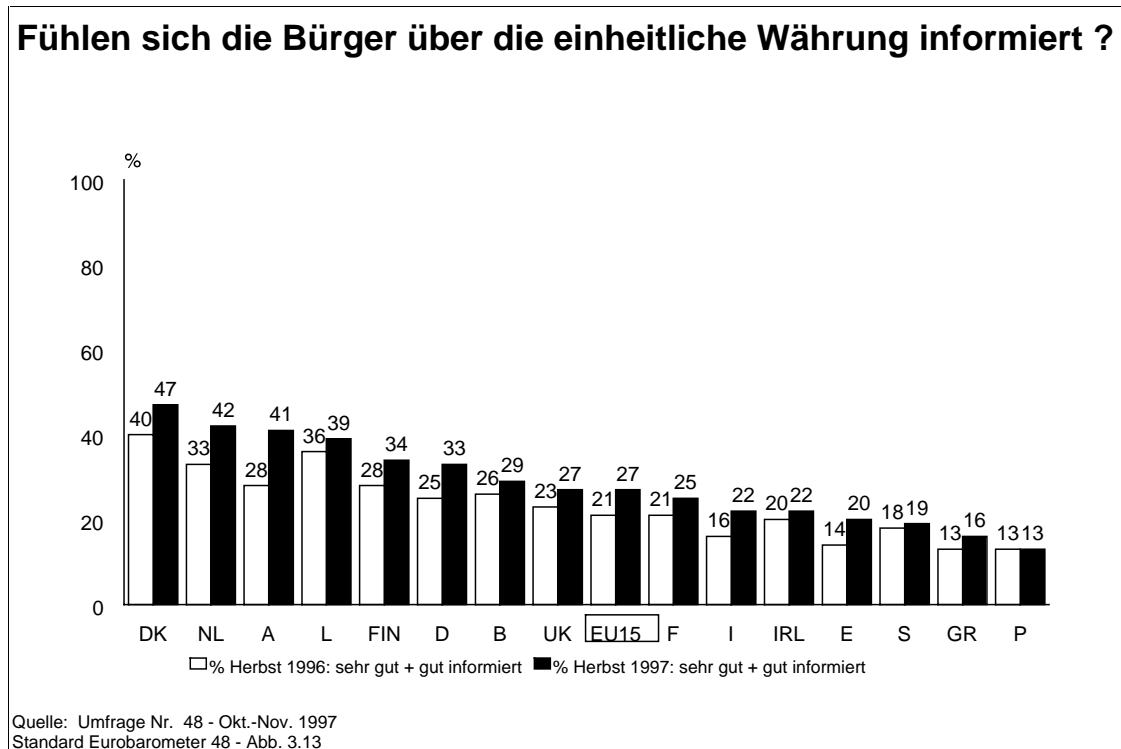


Die Analyse der demographischen Standardvariablen zeigt, daß die Zustimmung sowohl bei den Männern (+5; 57%) als auch bei den Frauen (+2; 46%) zugenommen hat, wobei sich jedoch der Abstand zwischen Männern und Frauen vergrößert hat. Ferner lassen die Daten zwei unterschiedliche Zustimmungsniveaus bei den Altersgruppen erkennen: in der Altersgruppe bis 55 liegt die Zustimmung zum Euro über der 50%-Marke und in der Altersgruppe 55 und älter unter der 50%-Marke. Die Zustimmung zum Euro fällt um so höher aus, je länger die Ausbildung dauerte. Angestellte (59%) und Führungskräfte (58%) sind positiver eingestellt als Arbeiter (45%). Auch bei den Selbständigen (58%) liegt die Zustimmung erheblich über dem Durchschnitt.

Erneut ist der Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern der Union bemerkenswert: 74% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, begrüßen die einheitliche Währung, gegenüber nur 18% der Personen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 3.8b)

3.7. Informationen über den Euro

Da die Wirtschafts- und Währungsunion gegenwärtig eines der aktuellsten Themen in der Europäischen Union ist, wurde in der Eurobarometer-Umfrage auch ermittelt, wie gut die Bevölkerung nach eigener Einschätzung über den Euro informiert ist. Seit der letzten Messung im Herbst 1996 hat sich der Anteil der Personen, die sich für informiert halten, von 21% auf 27% erhöht¹². Dennoch erklären mehr als 7 von 10 Europäern, daß sie nicht sehr gut informiert oder überhaupt nicht informiert sind.



In vierzehn der fünfzehn Mitgliedsländer hat sich der Anteil der Personen, die nach eigener Einschätzung über den Euro informiert sind, seit 1996 erhöht. Eine bedeutende Verbesserung des subjektiven Informationsstands wurde in Österreich (+13), in den Niederlanden (+9), Deutschland (+8), Dänemark (+7), Finnland, Italien, Spanien (jeweils +6), im Vereinigten Königreich und in Frankreich (+4) registriert. In zahlreichen Ländern könnte diese Veränderung den Informationskampagnen zu verdanken sein, die 1997 durchgeführt wurden und von der jeweiligen nationalen Regierung und der Europäischen Kommission gemeinsam finanziert wurden.

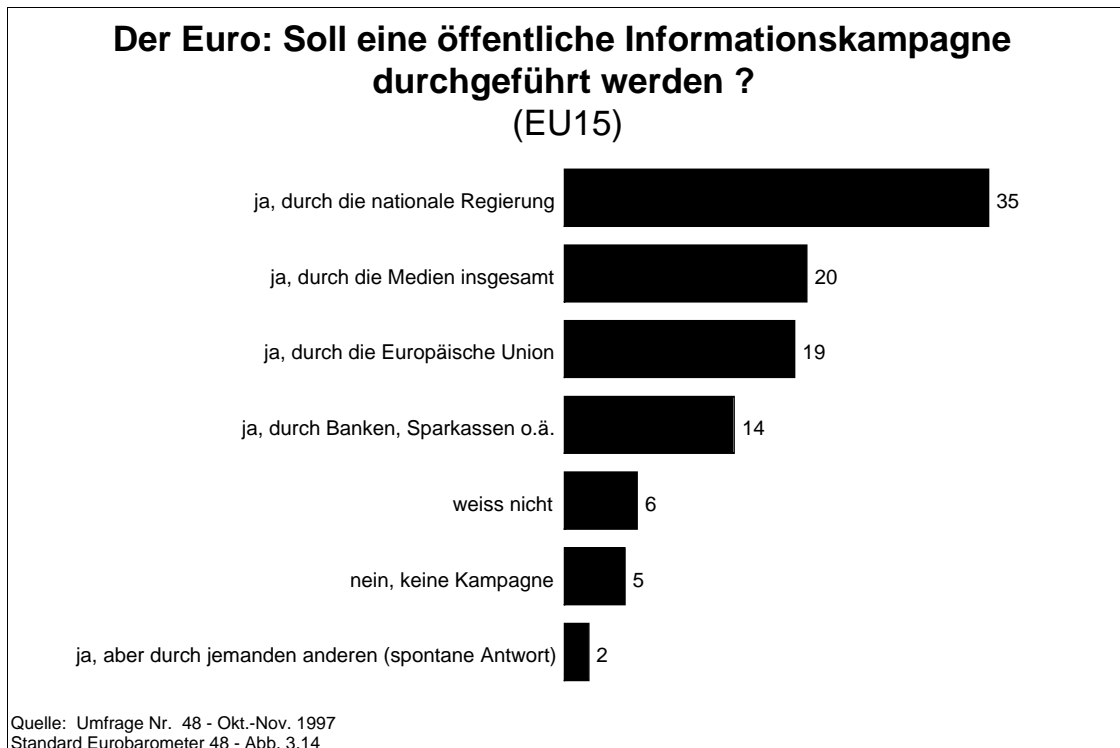
Dänemark hat sich den Ruf eines Mitgliedslandes erworben, dessen Bevölkerung am besten über Fragen im Zusammenhang mit der Europäischen Union informiert ist¹³. 47% der Dänen erklären, daß sie über den Euro gut informiert sind, gefolgt von 42% der Niederländer, 41% der Österreicher und 39% der Luxemburger.

In Portugal hat sich hingegen der Anteil der Bevölkerung, der sich für gut informiert hält, seit 1996 nicht verändert und liegt weiterhin bei lediglich 13%. Der Anteil der Personen, die sich für informiert halten, ist auch in Griechenland (16%; +3) und Schweden (19%; +1) niedrig. In Spanien (20%), Irland und Italien (jeweils 22%) ist weniger als ein Viertel der Befragten der Ansicht, über den Euro gut informiert zu sein. (Tabelle 3.9)

¹² Die Zahlenangaben beruhen auf einem Vergleich zwischen den Ergebnissen der aktuellen Umfrage und den Ergebnissen von EB46.0+46.1. Die kombinierte Stichprobe von EB46 beträgt 31 800 und ist somit doppelt so groß wie die Stichprobe einer einzelnen Eurobarometer-Umfrage.

¹³ Siehe auch Kapitel 2.2.

Es ist nicht verwunderlich, daß eine Bevölkerung, die sich (noch) nicht ausreichend über den Euro informiert fühlt, beinahe einhellig eine öffentliche Informationskampagne über den Euro befürwortet. 95% der Europäer sprechen sich für die Durchführung einer derartigen Kampagne aus.



35% der Europäer ziehen es vor, daß die nationalen Regierungen der Mitgliedsländer eine derartige Kampagne durchführen. Die nationalen Regierungen liegen unangefochten an der Spitze der erwünschten Veranstalter; an zweiter Stelle liegen die Medien (20%), unmittelbar gefolgt von der Europäischen Union an dritter Stelle (19%). 14% der Bevölkerung (verglichen mit 18% im Jahr 1996) sähen lieber die Banken und Kreditinstitute als Träger einer derartigen Kampagne.

Der Vorschlag einer Informationskampagne findet in der gesamten Europäischen Union große Zustimmung. In Deutschland ist der Anteil der Bevölkerung, die keine derartige Kampagne wünscht, am höchsten, liegt jedoch bei lediglich 10%, was nur einer kleinen Minderheit entspricht.

Es gibt sehr deutliche Unterschiede zwischen den Ländern, was den gewünschten Veranstalter der Informationskampagne betrifft. In Dänemark, Portugal (jeweils 49%) und Griechenland (44%) möchte eine Mehrheit der Bevölkerung die nationalen Regierungen mit dieser Aufgabe betrauen, doch sind die entsprechenden Anteile in allen drei Ländern niedriger als 1996. Die Zustimmung zu den nationalen Regierungen als Veranstalter einer Informationskampagne über den Euro hat seit 1996 in den meisten Mitgliedsländern abgenommen, insbesondere in Finnland (-10), Irland (-8), Schweden (-7), den Niederlanden und Portugal (jeweils -6). Lediglich im Vereinigten Königreich (+7) hat sich die Zustimmung erhöht.

Die Zustimmung zur Europäischen Union als Veranstalter der Kampagne liegt in Spanien (30%; +6) und Italien (28%; keine Veränderung) erheblich über dem Durchschnitt. Die Zustimmung zu diesem potentiellen Veranstalter ist seit 1996 in Luxemburg (+10), Dänemark, Frankreich (jeweils +6), den Niederlanden und Portugal (jeweils +5) deutlich gestiegen. Im Vereinigten Königreich (-4), Deutschland und Irland (jeweils -3) ist diese Zustimmung hingegen erheblich zurückgegangen.

Die Medien erfreuen sich in Belgien (30%) der größten Zustimmung, sowohl im Vergleich zu den anderen Ländern als auch im Vergleich zu den anderen möglichen Veranstaltern. Allerdings wurde in Belgien ein Rückgang der Zustimmung gegenüber 1996 verzeichnet (-8). In einer Reihe von anderen Ländern sind die Medien als Veranstalter der Informationskampagne deutlich weniger populär als früher (Frankreich: -11; Vereinigtes Königreich: -8; Luxemburg: -6; und Italien: -5).

Die Zustimmung zu den Banken liegt in Belgien (23%; +4), Österreich (21%; -1) und Frankreich (20%; keine Veränderung) erheblich über dem Durchschnitt. In diesen drei Ländern haben die Kreditinstitute bereits umfangreiche Informationskampagnen zum Euro durchgeführt. In den vier Mittelmeerländern liegt die Zustimmung zu den Banken hingegen beträchtlich unter dem Durchschnitt.

3.8. Zustimmung zu anderen aktuellen politischen Themen

Neben der Ermittlung der Einstellung der Öffentlichkeit zur einheitlichen Währung soll das Eurobarometer auch feststellen, welche Meinung die Bürger zu einer Reihe von Themen im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik, der demokratischen Prozesse und der Bildungs- und Kulturpolitik haben.

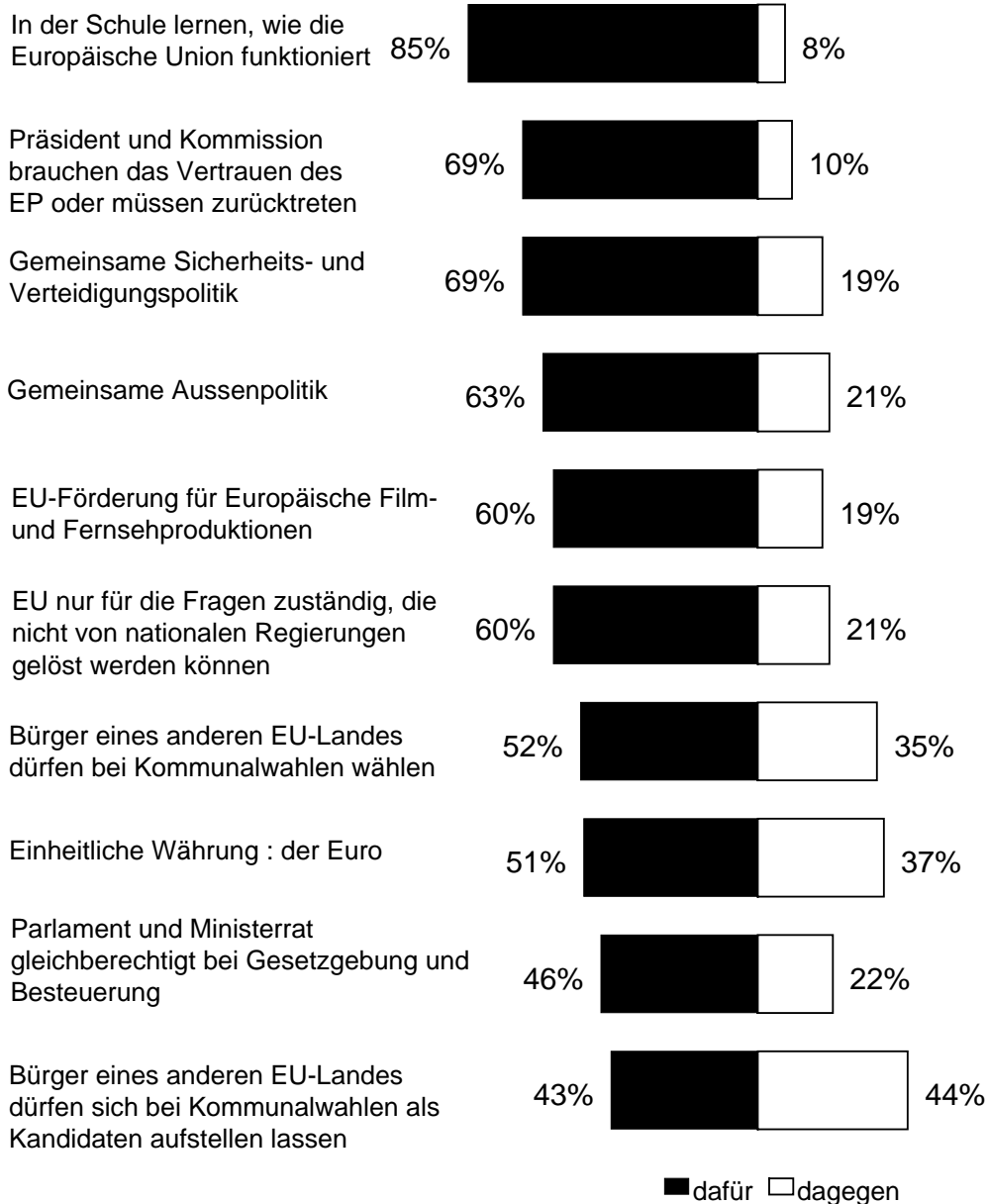
85% der Europäer sprechen sich dafür aus, daß die Kinder in der Schule über die Arbeitsweise der Institutionen der Europäischen Union unterrichtet werden. Die Europäer messen auch den demokratischen Prozessen große Bedeutung bei, denn 69% unterstützen den Gedanken, daß die Europäische Kommission die Unterstützung der Mehrheit im Europäischen Parlament haben sollte. Eine Union, die sich gegen externe Gefahren verteidigen kann, wird von mehr als 6 von 10 Personen für wichtig gehalten; 69% befürworten eine gemeinsame Verteidigungspolitik, und 63% unterstützen eine gemeinsame Außenpolitik.

Zwei Themen werden von weniger als der Hälfte der Bevölkerung unterstützt: nur 46% sind der Meinung, daß das Europäische Parlament in Fragen der Gesetzgebung, der Besteuerung und der Ausgaben die gleichen Rechte besitzen sollte wie der Ministerrat. Viele Menschen äußern zu diesem Thema keine Meinung (31%), so daß die eigentliche Ablehnungsrate bei nur 22% liegt. Das zweite Thema, das bei weniger als der Hälfte der Bevölkerung auf Unterstützung stößt, ist das Recht der EU-Bürger, die in einem anderen Land wohnen, sich bei Kommunalwahlen als Kandidat aufstellen zu lassen (43%). Nur bei diesem Thema ist die Ablehnung (44%) größer als die Zustimmung. (Tabelle 3.11)

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, haben sich die Zustimmungsraten nicht wesentlich geändert, seit die Frage im Frühjahr 1997 zum letzten Mal gestellt wurde.

Zustimmung zu wichtigen Themen							
Thema	Frühjahr 1993 EB 39	Frühjahr 1995 EB 43	Herbst 1995 EB 44	Frühjahr 1996 EB 45	Herbst 1996 EB 46	Frühjahr 1997 EB 47	Herbst 1997 EB 48
Wirtschafts- und Währungsunion	52	52	53	51	51	47	51
Außenpolitik und Verteidigung							
Gemeinsame Verteidigungspolitik	77	75	73	60	68	68	69
Außenpolitik	66	67	69	66	64	63	63
Demokratische Prozesse							
Zustimmung des EP zu Mitgliedern der Kommission	66	70	72	71	70	69	69
Subsidiarität	57	55	63	64	61	60	60
Gleiche Rechte für EP und Rat	46	51	52	58	47	48	46
Teilnahme an Kommunalwahlen in den Mitgliedstaaten	48	54	54	53	54	52	52
Kandidatur bei Kommunalwahlen in den Mitgliedstaaten	38	45	45	43	46	43	43
Bildung und Kultur							
EU-Themen im Schulunterricht	n.Z.	84	86	84	84	87	85
EU-Förderung für Film und Fernsehen	n.Z.	64	66	59	64	62	60

Zustimmung zu aktuellen politischen Themen (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 3.15

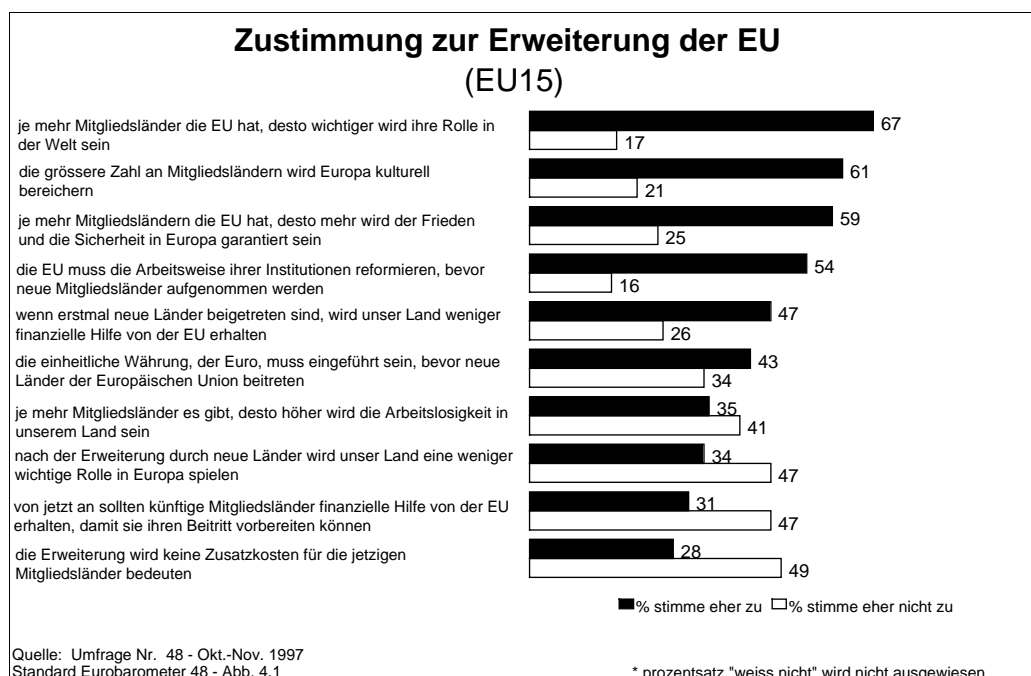
4. Agenda 2000

Die Agenda 2000, die der Europäische Rat von Luxemburg im Dezember 1997 genehmigt hat, legt die Strategie der Europäischen Kommission in bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union dar. Die Beitrittsverhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern, - den sechs Bewerberländern, die die Anforderungen für eine Mitgliedschaft in der Union am ehesten erfüllen¹⁴ - sollen 1998 aufgenommen werden. Die nächste Erweiterung der EU könnte bereits im Jahr 2001 erfolgen.

4.1. Einstellung zur Erweiterung

Eine erweiterte Union wird in vielfacher Hinsicht als eine positive Entwicklung angesehen. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, sind 67% der Bürger der Ansicht, daß die Rolle der Union in der Welt um so wichtiger sein wird, je größer die Union ist. Die Möglichkeit, daß das eigene Land infolge der Erweiterung an Bedeutung verlieren könnte, beunruhigt nicht allzu viele Europäer (34%). Ferner sind rund 6 von 10 Europäern davon überzeugt, daß eine größere Zahl von Mitgliedsländern Europa kulturell bereichern wird (61%) und daß sich Frieden und Sicherheit in einem größeren Europa besser wahren lassen (59%).

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage untermauern außerdem den Standpunkt der Europäischen Union, daß eine institutionelle Reform und eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion erforderlich sind, ehe der Erweiterungsprozeß in Angriff genommen werden kann. Dieser Standpunkt wird von zahlreichen Europäern geteilt: 54% der Bevölkerung sind der Meinung, daß die Union erst die Arbeitsweise ihrer Institutionen reformieren muß, und 43% sind der Meinung, daß der Euro eingeführt werden muß, ehe neue Länder in die EU aufgenommen werden können¹⁵.



¹⁴ Fünf weitere Länder – Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen und die Slowakei – haben sich für den Beitritt beworben, erfüllen aber nach Ansicht der EU nicht die Beitrittskriterien, die der Europäische Rat von Kopenhagen im Juni 1993 festgelegt hat. Allerdings wurde beschlossen, daß diese Länder Hilfe von der Union erhalten, um die Vorbereitung für den Beitritt zu beschleunigen.

¹⁵ Die Meinung über die Einführung des Euro vor der Durchführung der Erweiterung wird eindeutig von der grundsätzlichen Einstellung zur gemeinsamen Währung beeinflusst.

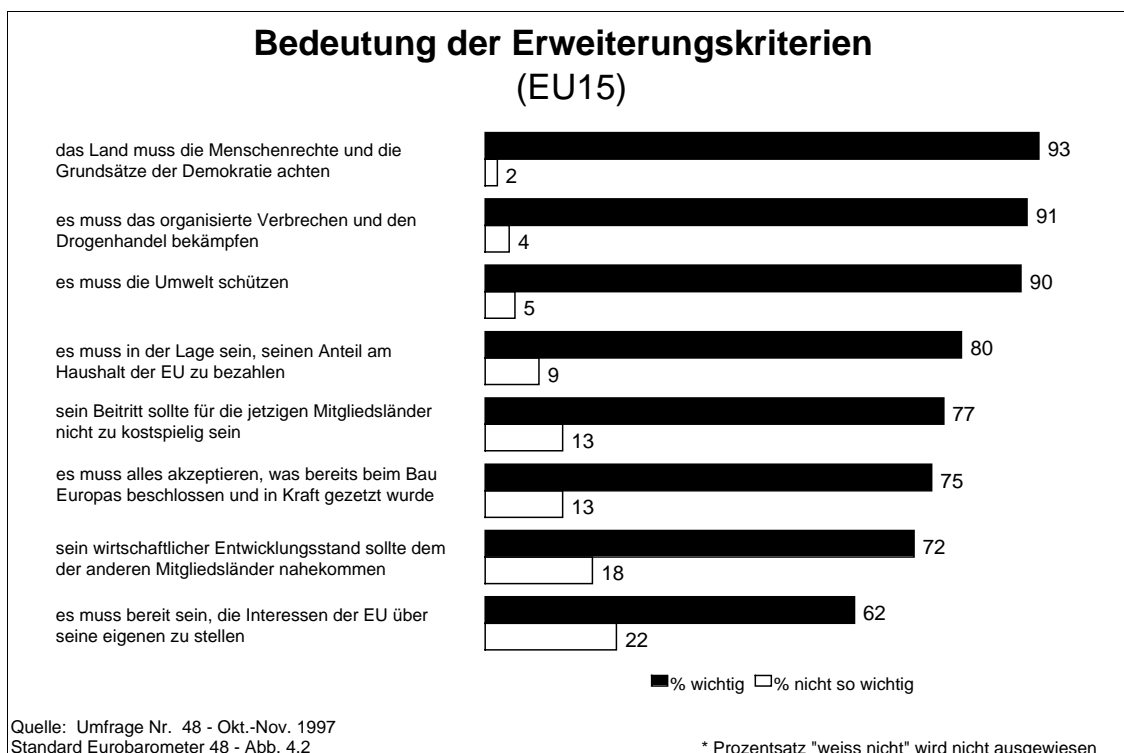
Durchschnittlich nur 35% der Europäer stimmen der Aussage zu: "Je mehr Mitgliedsländer es gibt, desto höher wird die Arbeitslosigkeit in meinem Land sein". Dabei gibt es jedoch große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern: in den Ländern, die mit den beitragswilligen Ländern gemeinsame Landesgrenzen haben, wie Österreich (51%), Deutschland (47%) und Griechenland (46%), ist diese Meinung bedeutend weiter verbreitet als in den Ländern, die geographisch weiter entfernt sind.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung sind für viele Europäer Grund zur Besorgnis. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Erweiterung Zusatzkosten für die jetzigen Mitgliedsländer mit sich bringt, und 47% glauben, daß ihr Land weniger finanzielle Hilfe von der EU erhalten wird, sobald die neuen Länder beigetreten sind. Daher überrascht es nicht, daß nur rund 3 von 10 Europäern der Meinung sind, daß die zukünftigen neuen Mitgliedsländer bereits jetzt finanzielle Hilfe von der EU erhalten sollten, um sich auf den Beitritt vorbereiten zu können.

Der Anteil der unentschiedenen Antworten im Zusammenhang mit Fragen zur Erweiterung ist erheblich größer als bei dieser Art von Umfragen zu erwarten steht. Dies deutet darauf hin, daß sich die öffentliche Meinung noch nicht voll entwickelt hat und sich infolgedessen künftig noch erheblich verändern könnte.

Wie aus den Länderergebnissen hervorgeht, neigt die Bevölkerung in den Niederlanden (62%), Deutschland (60%) und Österreich (58%) am ehesten zu der Meinung, daß die Erweiterung zusätzliche Kosten mit sich bringen wird, während die Bevölkerung in Irland (68%), Dänemark (62%), Griechenland und Finnland (jeweils 61%) eher glaubt, daß ihr Land künftig weniger finanzielle Hilfe von der EU erhalten wird, sobald die neuen Mitgliedsländer beigetreten sind. Trotz der Tatsache, daß zahlreiche Bürger in Griechenland der Meinung sind, daß die Erweiterung zu einer Kürzung der Zuschüsse führen wird, ist Griechenland das einzige Land, in dem sich mehr als 50% der Bevölkerung dafür aussprechen, daß die EU die Bewerberländer bereits jetzt finanziell unterstützen sollte. (Tabelle 4.1)

Im Rahmen eines zweiten Fragenkomplexes wurden die Teilnehmer gebeten, eine Reihe von Kriterien für den Beitritt neuer Länder zur Europäischen Union zu beurteilen. Die Ergebnisse lieferten weitere Belege für die Sorge der Bürger im Hinblick auf die Kosten der Erweiterung. Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, muß ein beitragswilliges Land nach Ansicht von 8 von 10 Europäern fähig sein, seinen finanziellen Beitrag zum Haushalt der Europäischen Union aufzubringen. Ferner halten es 77% für wichtig, daß der Beitritt eines Landes nicht zu teuer für die jetzigen Mitgliedsländer wird.



Eine Reihe von weiteren Kriterien wird jedoch von einem noch größeren Teil der Bevölkerung für wichtig gehalten. Rund 9 von 10 Personen legen großen Wert darauf, daß die Bewerberländer die Menschenrechte und die Grundsätze der Demokratie achten (93%), das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen (91%) und die Umwelt schützen (90%).

Wie aus der vorigen Abbildung hervorgeht, ist die Mehrheit der EU-Bürger ferner der Meinung, daß die Bewerberländer alles akzeptieren müssen, was bereits beim Bau Europas beschlossen und in Kraft gesetzt wurde (75%), daß der wirtschaftliche Entwicklungsstand dieser Länder dem der anderen Mitgliedsländer nahekommen muß (72%) und daß diese Länder ihre Interessen den Interessen der EU unterordnen müssen (62%).

Trotz einiger Unterschiede der öffentlichen Meinung in den fünfzehn Mitgliedsländern erwarten die EU-Bürger generell einen hohen Standard von den Ländern, die der EU beitreten möchten. (Tabelle 4.2)

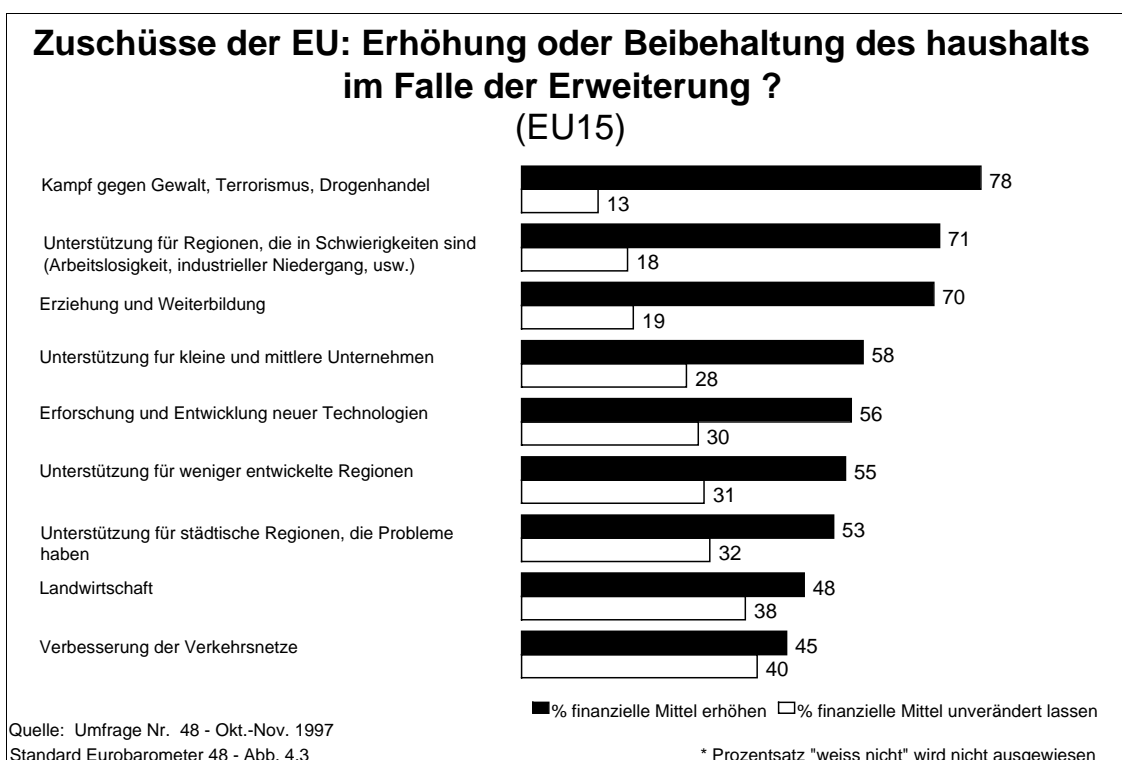
Im Rahmen der Eurobarometer-Umfrage konnte auch erforscht werden, in welchen Bereichen die Europäer zu finanziellen Zugeständnissen bereit sind, falls weitere Länder der Europäischen Union beitreten. Dazu wurde folgende Frage vorgelegt:

„Wenn es zu einer Erweiterung kommt, wird die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union zwischen einer größeren Zahl von Ländern aufgeteilt. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, die ich Ihnen gleich vorlese, für welche der folgenden Möglichkeiten Sie sich entscheiden würden (Liste vorlegen und vorlesen)“

A = die finanziellen Mittel für den jeweiligen Bereich erhöhen, so daß (MEIN LAND) genau so viel finanzielle Unterstützung erhält wie zuvor

B = die finanziellen Mittel für diesen Bereich unverändert lassen, so daß (MEIN LAND) hierfür vielleicht weniger finanzielle Unterstützung erhält als zuvor“.

Für jeden der genannten Bereiche war die Option A eindeutig populärer als die Option B. Demzufolge wünschen die meisten Befragten nicht, daß ihr Land infolge der Erweiterung weniger finanzielle Hilfe erhält, selbst wenn dies bedeutet, daß der EU-Haushalt erhöht werden muß.



Beinahe 8 von 10 Europäern befürworten eine Erhöhung des EU-Haushalts im Falle einer Erweiterung, so daß ihr Land weiterhin Finanzhilfe in gewohnter Höhe zur Bekämpfung von Gewalt, Terrorismus und Drogenhandel erhält. Die meisten Europäer möchten auch die gleiche Unterstützung wie bisher für Regionen in Schwierigkeiten (71%) und für Erziehung und Weiterbildung (70%) erhalten. Bei vier anderen Bereichen des Fragebogens (Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen; Forschung und Entwicklung; Unterstützung für weniger entwickelte Regionen; Unterstützung für städtische Regionen, die Probleme haben) entschieden sich über 50% ebenfalls für die Option A. Die einzigen beiden Bereiche, in denen sich weniger als 50% für die Option A entscheiden, sind die Verbesserung der Verkehrsnetze (45%) und die Landwirtschaft (48%). Die Ergebnisse zeigen, daß bei diesen individuellen Entscheidungen der Befragten nicht die tatsächliche Unterstützung ausschlaggebend ist, die ihr Land für jeden dieser Bereiche erhält, sondern es eher darauf ankommt, was die Befragten selbst als vorrangige Aufgaben betrachten.

Wie aus der folgenden Abbildung hervorgeht, findet die Erhöhung des EU-Haushalts zur Bekämpfung von Gewalt, Terrorismus und Drogenhandel den größten Zuspruch der Bürger in allen fünfzehn Mitgliedsländern¹⁶. Bei einer früheren Eurobarometer-Umfrage haben wir bereits festgestellt, daß die Bekämpfung der organisierten Kriminalität eines der wichtigsten Anliegen der Europäer ist: 66% sind der Ansicht, daß die organisierte Kriminalität zunehmen wird, und 69% erklären, daß sie davor persönlich Angst haben¹⁷.

Erziehung und Weiterbildung liegt in allen Mitgliedsländern auf dem zweiten oder dritten Platz. Die Unterstützung für Regionen in Schwierigkeiten erscheint auf den Listen aller Länder mit Ausnahme von Griechenland. Forschung und Entwicklung oder Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen liegt in allen Ländern auf dem vierten Platz mit Ausnahme von Spanien, Irland und Portugal. (Siehe auch Tabelle 4.3)

¹⁶ Dieses Thema steht in Griechenland zusammen mit der Landwirtschaft auf dem ersten Platz und in Spanien und Portugal zusammen mit der Hilfe für die Regionen in Schwierigkeiten und der Erziehung und Weiterbildung auf dem ersten Platz.

¹⁷ Quelle: Eurobarometer-Umfrage Nr. 44 Mega – Umfrage Januar bis März 1996.

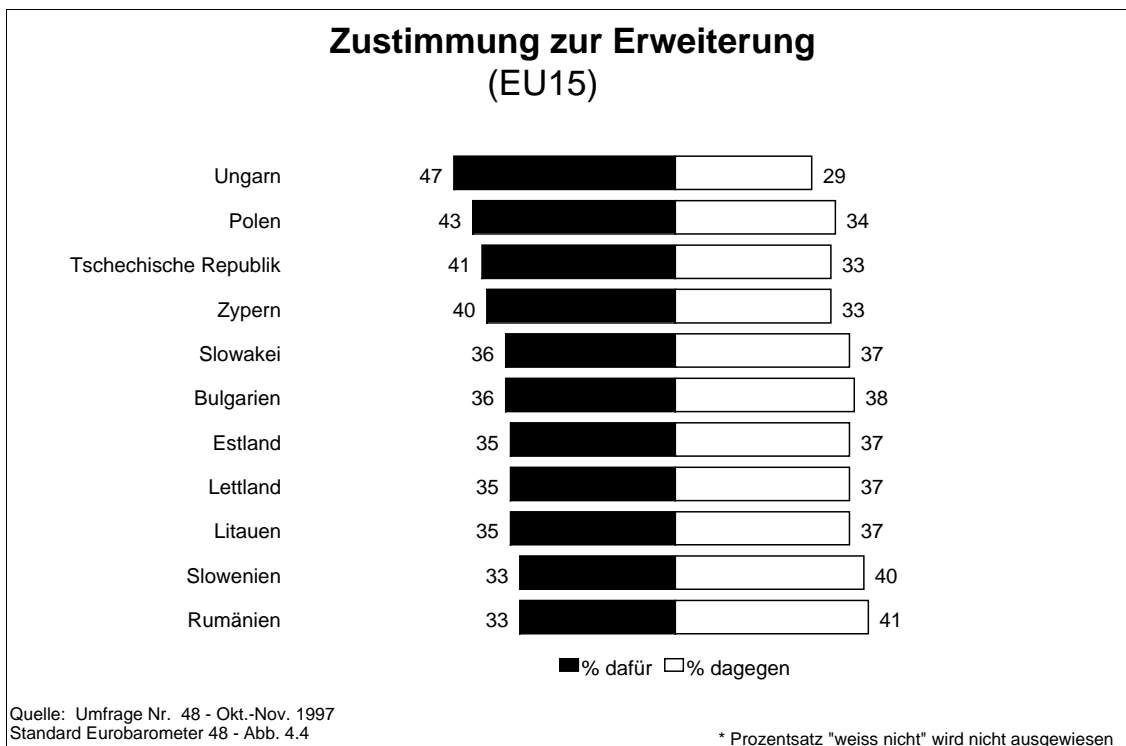
BEVORZUGTE BEREICHE, ZU DEREN GUNSTEN EINE ERHÖHUNG DES EU-HAUSHALTS IM FALLE EINER ERWEITERUNG IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN UNTERSTÜTZT WIRD (IN %)			
Belgien			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	74		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	70		
Erziehung und Weiterbildung	65		
Förderung der KMU	59		
Dänemark			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	79		
Erziehung und Weiterbildung	61		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	57		
Forschung & Entwicklung	53		
Deutschland			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	80		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	70		
Erziehung und Weiterbildung	59		
Förderung der KMU	56		
Griechenland			
Landwirtschaft	85		
Gewalt, Terrorismus, Drogen	85		
Erziehung und Weiterbildung	84		
Förderung der KMU	81		
Spanien			
Unterstützung für Regionen mit Problemen	74		
Gewalt, Terrorismus, Drogen	74		
Erziehung und Weiterbildung	74		
Hilfe für weniger entwickelte Regionen	72		
Frankreich			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	79		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	79		
Erziehung und Weiterbildung	74		
Förderung der KMU	67		
Irland			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	84		
Erziehung und Weiterbildung	80		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	78		
Unterstützung für städtische Regionen	71		
Italien			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	78		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	75		
Erziehung und Weiterbildung	74		
Förderung der KMU	68		
Luxemburg			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	48		
Erziehung und Weiterbildung	46		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	42		
Förderung der KMU	40		
Niederlande			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	78		
Erziehung und Weiterbildung	74		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	71		
Forschung & Entwicklung	52		
Österreich			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	69		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	63		
Erziehung und Weiterbildung	62		
Förderung der KMU	59		
Portugal			
Unterstützung für Regionen mit Problemen	84		
Gewalt, Terrorismus, Drogen	84		
Erziehung und Weiterbildung	84		
Hilfe für weniger entwickelte Regionen	81		
Finnland			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	78		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	73		
Erziehung und Weiterbildung	71		
Förderung der KMU	59		
Schweden			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	84		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	66		
Erziehung und Weiterbildung	66		
Forschung & Entwicklung	58		
Vereinigtes Königreich			
Gewalt, Terrorismus, Drogen	74		
Erziehung und Weiterbildung	73		
Unterstützung für Regionen mit Problemen	57		
Forschung & Entwicklung	54		

4.2. Zustimmung zur Erweiterung

Um den Grad der öffentlichen Zustimmung zu den einzelnen Bewerberländern zu ermitteln, sollten die Umfrageteilnehmer in bezug auf jedes Bewerberland angeben, ob sie den Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union befürworten oder ablehnen.

Die höchste Zustimmung erhielten Ungarn (47%), Polen (43%), die Tschechische Republik (41%) und Zypern (40%) - dies sind vier der sechs Länder, mit denen 1998 die Beitragsverhandlungen aufgenommen werden. Die Zustimmung zu den beiden anderen Ländern, die sich "qualifiziert" haben, nämlich Estland (35%) und Slowenien (33%), liegt zwischen der 30%-Marke und der 40%-Marke und entspricht weitgehend den Zustimmungsraten für die übrigen fünf Bewerberländer.

Angesichts der Besorgnis über die Kosten der Erweiterung überrascht es nicht, daß die Zustimmung zu den einzelnen Bewerberländern niedrig ausfällt. Dabei ist jedoch zu beachten, daß ein erheblicher Anteil der Europäer keine Meinung zu dieser Frage äußert.



Die öffentliche Zustimmung fällt je nach Land sehr unterschiedlich aus. In einigen Mitgliedsländern wie Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, Finnland und Schweden ist die Bevölkerung recht positiv zur Erweiterung eingestellt, und die Zustimmungsraten liegen generell für jedes Bewerberland über dem Durchschnitt. In anderen Ländern wie Belgien, Frankreich und Luxemburg fallen die Zustimmungsraten für alle Bewerberländer unterdurchschnittlich aus. In einer Reihe von Ländern ist die Haltung gegenüber bestimmten Bewerberländern sehr deutlich ausgeprägt: beinahe 9 von 10 Griechen befürworten den Beitritt Zyperns zur EU (88%), während nur 14% der Österreicher und 17% der Deutschen den Beitritt Rumäniens wünschen¹⁸. (Tabelle 4.4)

Seit der Ankündigung über die Aufnahme der Beitragsverhandlungen mit sechs Ländern hat sich die öffentliche Meinung gegenüber einigen dieser Länder beträchtlich geändert. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, hat sich die Haltung gegenüber Polen und Ungarn am stärksten verändert, seit diese Frage im Frühjahr 1997 zum letzten Mal gestellt wurde. Die Zustimmung zu Polen ist in sechs Mitgliedsländern

¹⁸ Außerdem ist zu beachten, daß weniger als 2 von 10 Österreichern den Beitritt Bulgariens zur EU befürworten (16%).

beträchtlich zurückgegangen, und in fünf Mitgliedsländern ist ein Rückgang der Zustimmung zu Ungarn zu verzeichnen. In Dänemark ist die Zustimmung zu diesen beiden Ländern hingegen beträchtlich gestiegen. Die Zustimmungsraten für die Tschechische Republik, Estland und Slowenien zeigen ebenfalls, daß die öffentliche Meinung gegenüber diesen Ländern unbeständig ist. Die Haltung gegenüber Zypern ist jedoch relativ stabil geblieben. Die einzigen beiden Länder, in denen sich die öffentliche Meinung hinsichtlich dieser Mittelmeerinsel (im positiven Sinn) geändert hat, sind Finnland (+5) und Irland (+4).

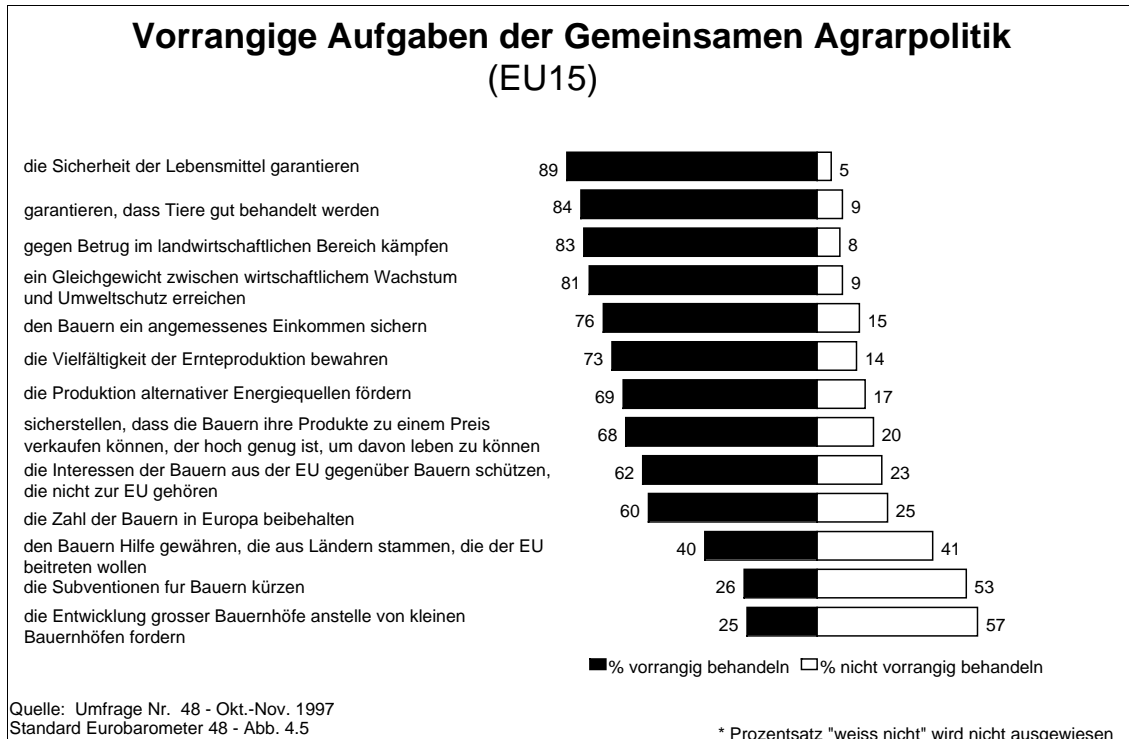
Veränderung der Zustimmung zu den Bewerberländern, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden, zwischen Frühjahr (EB47.1) und Herbst 1997 (EB48.0) (in Prozentpunkten)						
	Zypern	Tschech. Rep.	Estland	Ungarn	Polen	Slowenien
B	-2	-3	-4	-3	-5	-4
DK	+2	+7	+7	+8	+10	+6
D	+3	-2	+2	-4	-1	-4
GR	-2	+6	+7	+2	-2	+4
E	-2	-4	-5	-4	-9	-4
F	+1	-4	-4	-4	-6	-4
IRL	+4	+4	+3	+7	-1	+5
I	-2	+1	0	-4	-8	0
L	-2	-3	-2	-9	-7	-3
NL	+3	-2	-1	0	-2	-2
A	-2	+1	-6	-4	-5	+1
P	+3	+3	-1	0	0	+1
FIN	+5	-3	0	+4	+2	+3
S	0	+1	+4	+3	+8	+1
UK	0	-4	-1	+1	0	+1
EU15	0	-2	-1	-2	-3	-1

4.3. Gemeinsame Agrarpolitik

Agenda 2000 legt auch die Strategie der Europäischen Union für die weitere Reform ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fest, die im Hinblick auf die Erweiterung für besonders wichtig gehalten wird. Agenda 2000 führt die künftigen politischen Ziele der GAP wie folgt auf:

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch niedrigere Preise
- Gewährleistung von Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität für die Verbraucher
- Sicherung stabiler Einkommen und eines angemessenen Lebensstandards für die Beschäftigten in der Landwirtschaft
- umweltverträgliche Produktionsmethoden sowie artgerechte Tierhaltung
- Einbeziehung von Umweltzielen in die Instrumente der GAP
- Schaffung ergänzender oder alternativer Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Landwirte und ihre Angehörigen

Um die Meinung der Bevölkerung in bezug auf die agrarpolitischen Reformen zu ermitteln, wurde den Umfrageteilnehmern eine Liste mit allgemeinen und spezifischeren Zielen vorgelegt, aus der die als vorrangig betrachteten Aufgaben ausgewählt werden sollten.



Die Bürger haben wenig Zweifel daran, daß die Sicherheit der Lebensmittel garantiert werden muß, denn 89% halten dies für eine vorrangige Aufgabe. Eine artgerechte Tierhaltung wird ebenfalls auf breiter Basis als eine vorrangige Aufgabe (84%) angesehen, ebenso wie die Bekämpfung von Betrugsfällen im Agrarsektor (83%).

Umweltfreundlichere Produktionsmethoden und eine Einbeziehung von Umweltschutzziele in das politische Instrumentarium sind nicht nur vorrangige Aufgaben für die Union, sondern auch für die Bevölkerung: 81% befürworten ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltschutz, und 69% stufen die Förderung von alternativen Energiequellen als eine vorrangige Aufgabe ein.

Zahlreiche Personen halten die Sicherstellung eines angemessenen Einkommens der Landwirte für wichtig (76%). Infolgedessen stößt das Konzept, die Wettbewerbsfähigkeit der EU durch eine Senkung der Preise zu verbessern, auf ein geringeres Engagement: 68% halten es für eine vorrangige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse zu einem Preis verkaufen können, der hoch genug ist, daß sie davon leben können, und nur jeder Vierte ist der Ansicht, daß eine Kürzung der Subventionen für Landwirte (26%) oder eine Förderung der Entwicklung großer Landwirtschaftsbetriebe anstatt kleiner Betriebe (25%) als vorrangige Aufgaben anzusehen sind. Die Suche nach alternativen Verdienstmöglichkeiten für Landwirte wird offensichtlich nicht für allzu dringlich erachtet, denn wie aus der Umfrage hervorgeht, wollen 60% der Europäer die Zahl der Landwirte in Europa erhalten.

Protektionistische Maßnahmen sind im Agrarbereich weit verbreitet: 62% halten den Schutz der EU-Landwirtschaft vor der Nicht-EU-Landwirtschaft für eine vorrangige Aufgabe. Dies schließt auch die eventuellen neuen Länder ein: nur 40% der EU-Bürger halten eine Unterstützung der Landwirte in den beitrittswilligen Ländern für eine vorrangige Aufgabe.

Die länderspezifischen Unterschiede zeigen, daß sich die Bevölkerung Griechenlands am deutlichsten für den Schutz der Interessen der Landwirte engagiert (so sind 85% der Meinung, die Erhaltung der Zahl der Landwirte in Europa eine vorrangige Aufgabe ist, während nur 17% eine Kürzung der Agrarsubventionen für eine vorrangige Aufgabe halten). Dies könnte durch die Tatsache bedingt sein, daß der griechische Agrarsektor den höchsten Anteil der zivilen Beschäftigung in der EU aufweist¹⁹. Die Bevölkerung

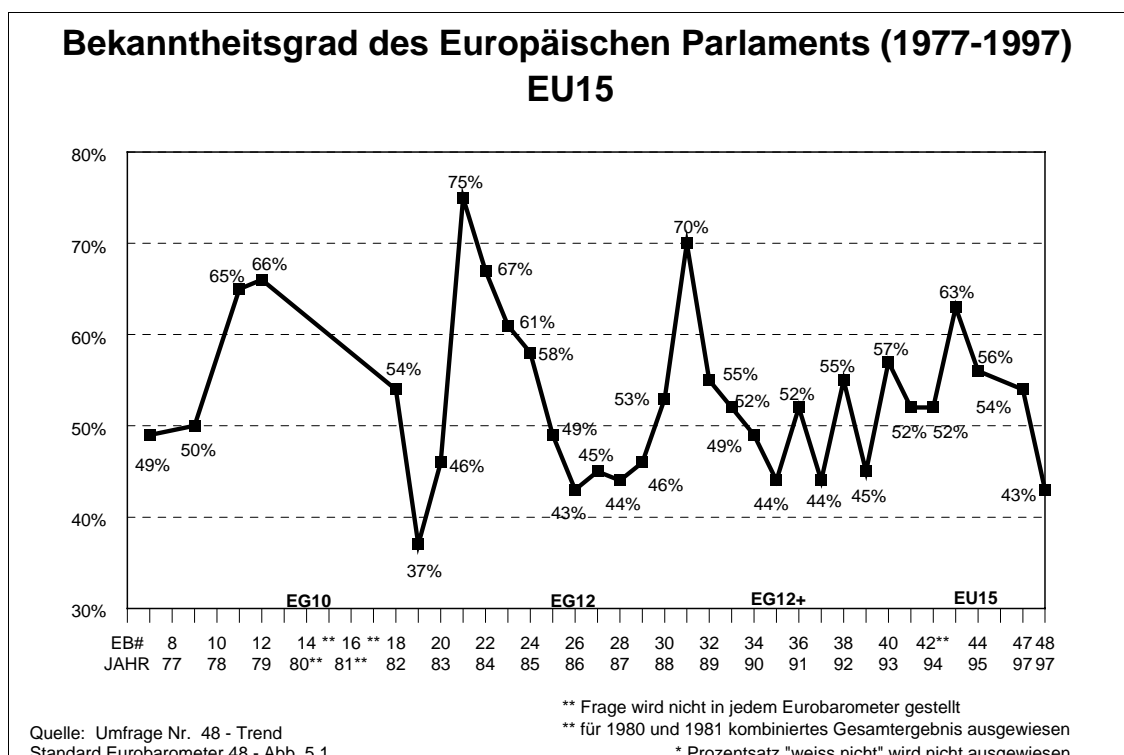
¹⁹ Laut den Angaben von Eurostat für das Jahr 1994 sind 21% der Erwerbstätigen in Griechenland in der Landwirtschaft beschäftigt. Andere Mitgliedsländern mit einem hohen Anteil der Erwerbstätigen im Agrarsektor sind Irland (13%), Portugal (12%) und Spanien (10%).

Griechenlands neigt auch am ehesten zu der Meinung, daß die Unterstützung der Landwirte in den eventuellen neuen Mitgliedsländern eine vorrangige Aufgabe ist (73%). Im Vereinigten Königreich (27%) und in Dänemark (28%) teilen weniger als 3 von 10 Personen diese Ansicht. (Tabelle 4.5)

5. Das Europäische Parlament

5.1. Bekanntheitsgrad und subjektive Bedeutung des Europäischen Parlaments

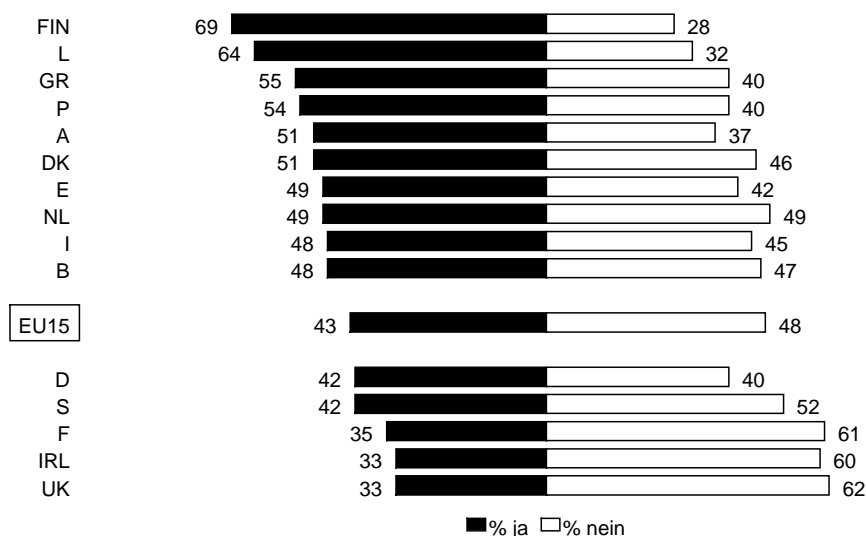
Seit 1977 ermittelt Eurobarometer den durch die Medien vermittelten Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments. Die Analyse der Ergebnisse für diesen Zeitraum zeigt, daß die Schwankungen des Bekanntheitsgrads weitgehend davon abhängen, wie intensiv die Medienberichterstattung kurz vor der jeweiligen Umfrageperiode war. Der folgenden Abbildung ist zu entnehmen, daß der Bekanntheitsgrad jeweils kurz vor oder nach den Wahlen zum Europäischen Parlament am größten ist.



Laut den letzten Messungen, die kurz nach der Sommerpause des Parlaments ermittelt wurden, haben 43% der Europäer in Zeitungen, Zeitschriften, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament gelesen oder gehört. Kurz vor der Sommerpause lag der Bekanntheitsgrad bei 54%. Der Rückgang um 11% kann weitgehend durch die Tatsache erklärt werden, daß es während der Sommerpause nur in geringem Umfang Berichte über das Parlament in den Medien gab, wodurch es wenig wahrscheinlich ist, daß die Befragten etwas über das Parlament erfahren haben. Außerdem wurden diese Werte viele Jahre nach den 1994er Wahlen und lange vor dem Beginn des Wahlkampfs für die Europa-Wahl 1999 ermittelt.

Der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments ist gegenwärtig in Finnland (69%) und Luxemburg (64%) am höchsten und im Vereinigten Königreich, Irland (jeweils 33%) und Frankreich (35%) am niedrigsten. (Tabelle 5.1a)

Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments



Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 5.2

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Belgien ist das einzige Land, in dem sich der Bekanntheitsgrad seit dem Frühjahr 1997 verbessert hat (+8). In allen anderen Mitgliedsländern sind die Werte für den Bekanntheitsgrad gesunken, wobei ein Rückgang um mehr als 15 Prozentpunkte in Italien und Schweden registriert wurde.

Durch die Medien vermittelter Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments								
	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
EB 47 Frühjahr 97	40	66	52	57	51	48	38	71
EB 48 Herbst 97	48	51	42	55	49	35	33	48
Veränderung Frühjahr – Herbst	+8	-15	-10	-2	-2	-13	-5	-23

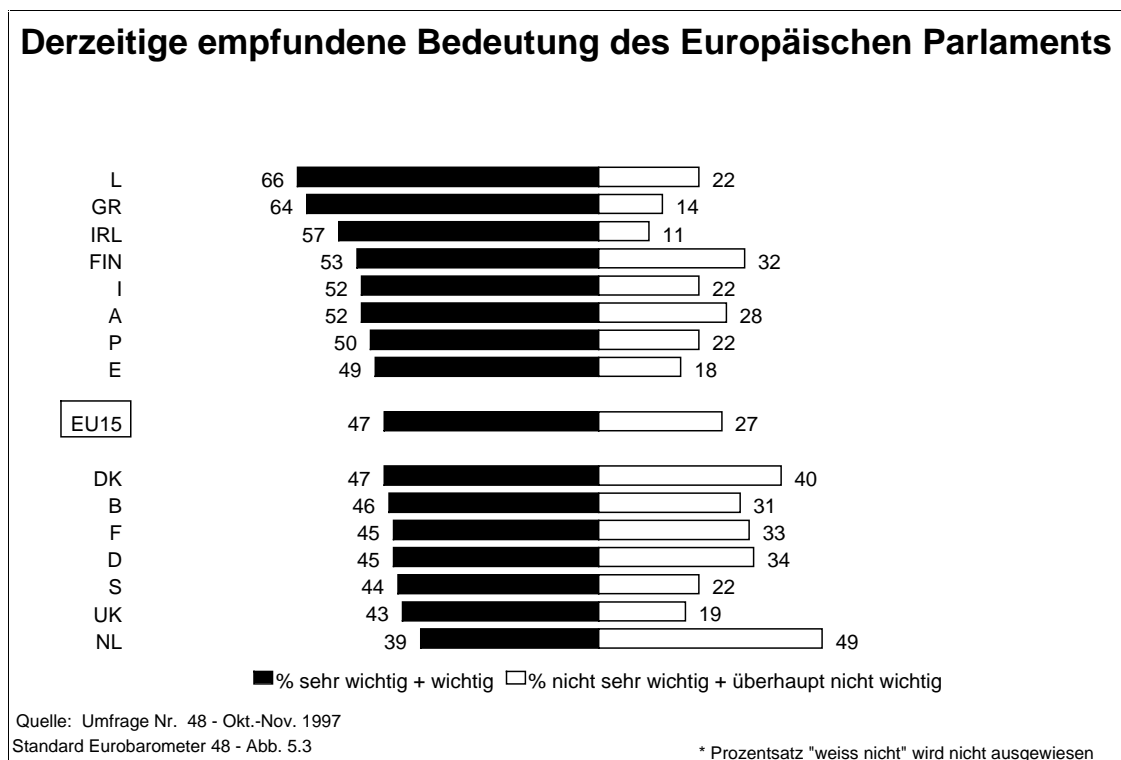
	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU 15
EB 47 Frühjahr 97	78	58	58	59	80	60	45	54
EB 48 Herbst 97	64	49	51	54	69	42	33	43
Veränderung Frühjahr – Herbst	-14	-9	-7	-5	-11	-18	-12	-11

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemographischen Bevölkerungsgruppen sind im Lauf der Zeit weitgehend konstant geblieben und präsentieren weiterhin das gleiche Bild. Der Bekanntheitsgrad

des Europäischen Parlaments ist in der Regel bei Männern (59%) größer als bei Frauen (38%); Personen mit hohem Bildungsniveau (56%) wissen besser Bescheid als Personen mit niedrigem Bildungsniveau (34%). Die Aufschlüsselung nach Erwerbstätigkeiten zeigt, daß der Bekanntheitsgrad bei Führungskräften am höchsten (59%) und bei Hausfrauen/Hausmännern am niedrigsten ist (37%).

Zieht man die Ergebnisse der Selbsteinschätzung anhand der Skala für die Beurteilung der eigenen Kenntnisse über die EU heran, so ergibt sich folgendes Bild: in der kleinen Gruppe der Personen, die nach eigener Einschätzung gut über die Europäische Union informiert sind, ist der Bekanntheitsgrad des Parlaments unabhängig vom Umfang der Medienberichterstattung am höchsten, denn 71% der Personen, die die höchsten Werte auf der Skala erzielen, haben im Berichtszeitraum etwas über das Europäische Parlament gehört oder gesehen, verglichen mit nur 29% der Personen, die auf der Skala die niedrigsten Werte erreichten. (Tabelle 5.1b)

Auf die Frage nach der Rolle, die das Europäische Parlament heute im Leben der Europäischen Union spielt, weiß laut den jüngsten Ergebnissen mehr als ein Viertel der Bevölkerung in der EU kein Urteil abzugeben (26%). Bei der vorhergehenden Umfrage im Frühjahr 1997 waren hingegen nur 18% unentschieden. Es ist durchaus möglich, daß sich der Umfang der Berichterstattung in den Medien nicht nur auf die Werte für den Bekanntheitsgrad auswirkt, sondern auch einen Einfluß darauf hat, für wie wichtig die Befragten die Rolle dieser Institution halten.



Weitere Vergleiche mit den Ergebnissen vom Frühjahr 1997 zeigen, daß der Anteil der Personen, die die Rolle des Parlaments für "sehr wichtig" oder "wichtig" halten, von 58% auf 47% zurückgegangen ist, während sich der Anteil derjenigen, die die Rolle des Parlaments für "nicht sehr wichtig" oder "überhaupt nicht wichtig" halten, kaum verändert hat. (+2 auf 27%).

Mehr als 6 von 10 Personen in Luxemburg (66%) und Griechenland (64%) sind der Meinung, daß das Europäische Parlament eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt. Allerdings ist dieser Anteil in beiden Ländern beträchtlich niedriger als im Frühjahr 1997 (80% bzw. 70%). In den Niederlanden (39%) und im Vereinigten Königreich (43%) empfinden nur rund 4 von 10 Personen die Rolle des Parlaments als wichtig. In beiden Ländern wurde im Vergleich zum Frühjahr 1997 ebenfalls ein Rückgang registriert (-17 in den Niederlanden und -16 im Vereinigten Königreich). (Tabelle 5.2a)

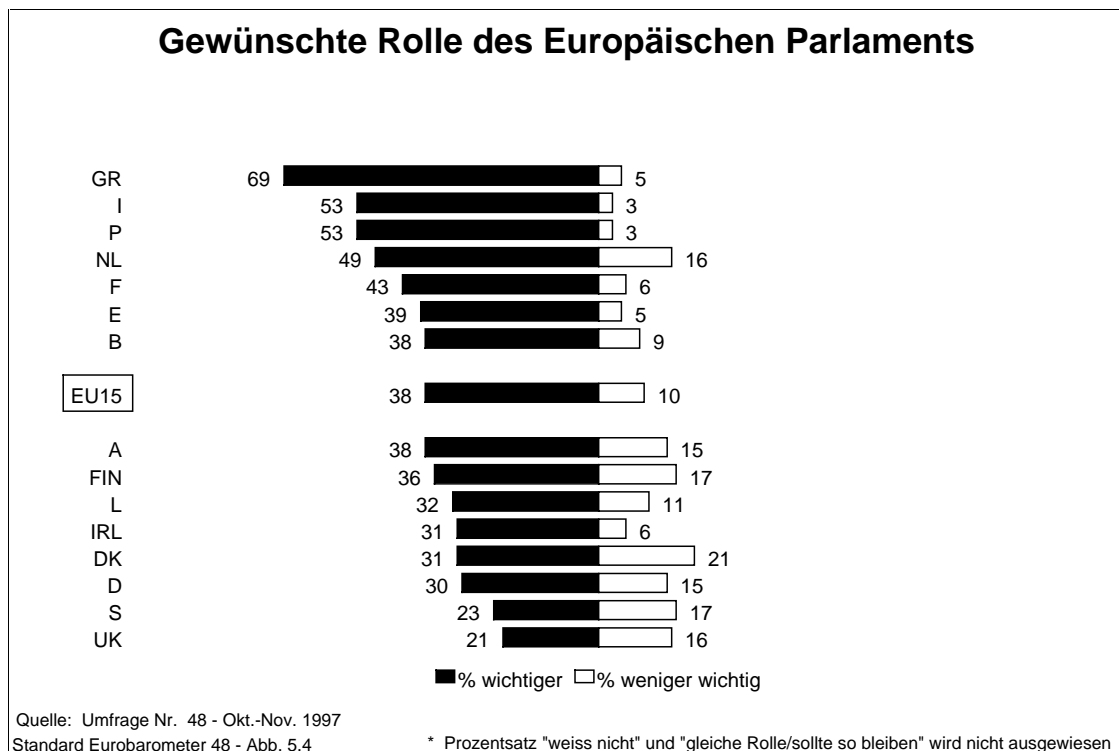
Die Analyse der demographischen Ergebnisse zeigt nur geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilgruppen der Bevölkerung in der EU auf. (Tabelle 5.2b) Signifikantere Unterschiede sind bei der Aufschlüsselung nach Einstellungen zu finden.

Anteil der Personen, die der Meinung sind, daß das EP gegenwärtig eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielt (in %)	
Einstellung:	%
Sind der Meinung, daß das eigene Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert	60
Halten die Berichterstattung in den Medien für sehr objektiv	59
Halten die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für eine gute Sache	58
EU15-Durchschnitt	47
Sind der Meinung, daß das eigene Land nicht von der Mitgliedschaft in der EU profitiert	40
Halten die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für eine schlechte Sache	38
Halten die Berichterstattung in den Medien für überhaupt nicht objektiv	37

Wie die obige Tabelle zeigt, halten 60% der Befragten, die der Meinung sind, daß das eigene Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert, die Rolle des Parlaments für wichtig, während nur 37% der Befragten, die die Berichterstattung in den Medien überhaupt nicht objektiv finden, diese Meinung teilen.

5.2. Das Europäische Parlament und die Bürger

Die rückläufigen Werte für den Bekanntheitsgrad und die empfundene Bedeutung des Europäischen Parlaments dürfen keinesfalls als mangelndes Interesse der Öffentlichkeit am Parlament interpretiert werden. Lediglich 10% der Bürger wünschen sich, daß das Europäische Parlament eine geringere Rolle spielt, als dies gegenwärtig der Fall ist, und beinahe 4 von 10 Europäern befürworten eine größere Rolle des Parlaments; weitere 25% sind der Ansicht, das Parlament solle die gleiche Rolle spielen, wie dies gegenwärtig der Fall ist.



Der Anteil der Personen, die eine wichtigere Rolle des Parlaments befürworten, ist in Griechenland am größten (69%), gefolgt von Italien und Portugal (jeweils 53%). Im Vereinigten Königreich (21%) und Schweden (23%) befürworten nur rund 2 von 10 Personen eine wichtigere Rolle des Parlaments, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Als die gleiche Frage im Frühjahr 1997 gestellt wurde, ergab sich eine ähnliche Rangordnung der Mitgliedsländer: Griechenland, Italien und Portugal wiesen den höchsten Prozentsatz an Personen auf, die eine wichtigere Rolle des Parlaments befürworten, während der entsprechende Anteil in Schweden und im Vereinigten Königreich am niedrigsten war. Allerdings ist in zahlreichen Mitgliedsländern der Anteil der Personen, die eine wichtigere Rolle des Parlaments befürworten, im Herbst 1997 beträchtlich niedriger als im Frühjahr 1997. Der größte Rückgang wurde in Spanien, Luxemburg (jeweils -14) und Italien (-13) verzeichnet. Österreich (+5) ist das einzige Land, das einen klaren Zuwachs aufweist.

Gleichzeitig geht aus diesen Ergebnissen hervor, daß der Anteil der Personen, die eine geringere Rolle des Parlaments wünschen, in den meisten Mitgliedsländern ebenfalls zurückgegangen ist. Der deutlichste Rückgang wurde in den drei Ländern verzeichnet, in denen sich die Bevölkerung am ehesten eine geringere Rolle des Parlaments wünscht: Vereinigtes Königreich (von 34% im Frühjahr auf 16%), Schweden (von 30% auf 17%) und Dänemark (von 29% auf 21%). Kompensiert wird diese rückläufige Entwicklung durch einen Zuwachs des Anteils der Personen, die eine Beibehaltung der jetzigen Rolle des Parlament wünschen (was in 13 Mitgliedsländern der Fall ist), als auch durch einen Zuwachs des Anteils der unentschiedenen Antworten (was in 10 Ländern der Fall ist). (Tabelle 5.3a)

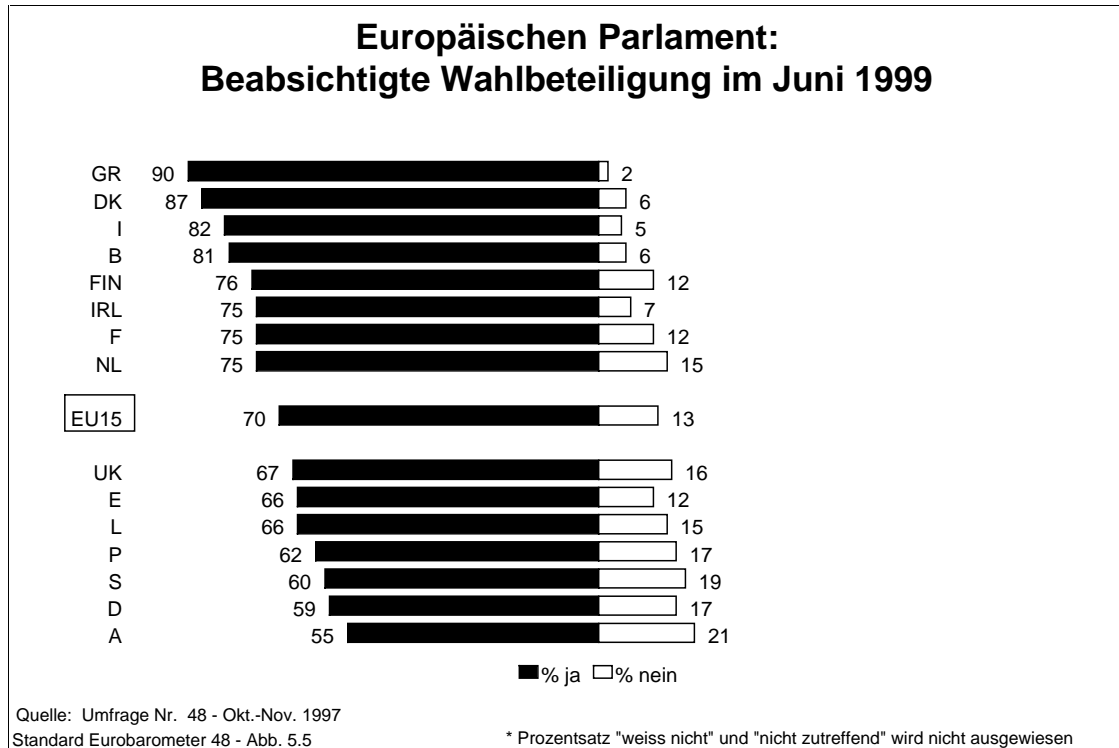
Die Analyse der demographischen Ergebnisse zeigt, daß sich Männer (43%) eher als Frauen (33%) für eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments aussprechen. Personen, die die längsten Ausbildungszeiten aufweisen (49%), neigen deutlich eher zu dieser Ansicht als Personen, die die Schule im Alter von spätestens 15 Jahren verlassen haben (32%). Beinahe die Hälfte der Führungskräfte und Selbständigen unter den Befragten (48%) befürworten eine wichtigere Rolle des Parlaments, verglichen mit nur 32% der Arbeitslosen und Arbeiter und 31% der Hausfrauen/Hausmänner. (Tabelle 5.3b).

Wie die Befragten die Rolle des Parlaments empfinden, hängt in beträchtlichem Maß von ihrer generellen Einstellung zur Europäischen Union ab.

Anteil der Personen, die eine wichtigere Rolle des EP wünschen (in %)	
Einstellung:	%
wünschen eine wichtigere Rolle für die EU	58
befürworten ein hohes Einigungstempo	53
sind der Meinung, daß das eigene Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert	53
halten die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für eine gute Sache	53
EU15-Durchschnitt	38
sind der Meinung, daß das eigene Land nicht von Mitgliedschaft in der EU profitiert	29
wünschen eine geringere Rolle für die EU	22
halten die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für eine schlechte Sache	21
befürworten ein langsames Einigungstempo	16

Die obige Tabelle zeigt, daß 58% der Befragten, die sich generell eine wichtigere Rolle für die EU wünschen, auch eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments befürworten, während nur 16% der Befragten, die einen möglichst langsamen Verlauf der europäischen Einigung wünschen, diese Meinung teilen.

Die beabsichtigte Teilnahme an den kommenden Europa-Wahlen ist ein weiterer Beleg für das Interesse der Bürger am Europäischen Parlament: 70% der Europäer wollen bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 ihre Stimme abgeben. Nur 13% der Befragten erklärten, sie würden nicht an der Wahl teilnehmen. Weitere 2% erklärten, daß sie nicht wahlberechtigt sind, und 15% sind noch unentschlossen.

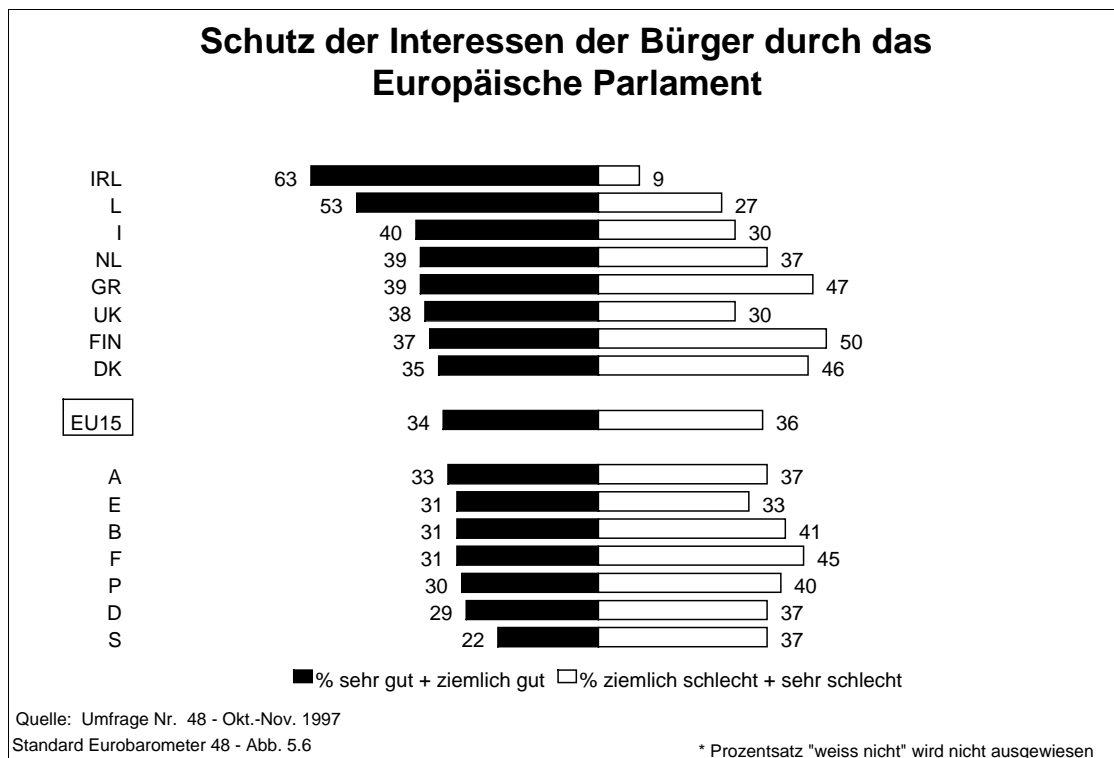


Der Ländervergleich zeigt, daß in Griechenland 90% und in Dänemark 87% an den kommenden Wahlen teilnehmen wollen. Wahlpflicht besteht in Griechenland sowie in Italien, wo 82% eine Teilnahme an der Wahl beabsichtigen, und in Belgien, wo 81% zur Urne gehen wollen. Zu den Ländern, in denen die beabsichtigte Wahlbeteiligung hoch ist, zählen Finnland (76%), Irland, Frankreich und die Niederlande (jeweils 75%). In Österreich (55%), Deutschland (59%) und Schweden (60%) ist der Anteil der Personen, die an der Wahl im Juni 1999 teilnehmen wollen, am niedrigsten. (Tabelle 5.4a)

Die demographische Analyse läßt keine nennenswerten Unterschiede der Wahlabsichten von Männern und Frauen erkennen. In der Altersgruppe 40-54 ist die Bereitschaft zur Stimmabgabe beträchtlich höher als in der Altersgruppe 15-24 (76% bzw. 62%). Bei den 15-24jährigen wird ein erheblicher Prozentsatz noch nicht das wahlfähige Alter erreicht haben (in der Altersgruppe 15-24 erklären 9%, daß sie nicht wahlberechtigt sind, gegenüber lediglich 1% in der Altersgruppe 40-54). Die Aufschlüsselung nach den Haupterbstätigkeiten ergibt, daß beinahe 8 von 10 Führungskräften (77%), sonstigen Angestellten und Selbständigen (jeweils 76%) an der Wahl teilnehmen wollen. Personen im Ruhestand und Arbeitslose (jeweils 66%) zeigen eine geringere Bereitschaft zum Urnengang. Das Bildungsniveau ist ein wichtiger Prognosefaktor: nur 65% der Personen, die die Schule spätestens mit 15 Jahren verlassen haben, beabsichtigen eine Stimmabgabe, verglichen mit 81% der Personen, die mindestens bis zum Alter von 20 Jahren in der Ausbildung verblieben sind. Die persönliche Einstellung zur Europäischen Union ist noch aufschlußreicher: 82% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache halten, wollen wählen, gegenüber nur 57% der Personen, die die Mitgliedschaft für eine schlechte Sache halten. (Tabelle 5.4b)

Die Eurobarometer-Umfrage ermittelt außerdem, ob die Bürger in der EU der Meinung sind, daß das Europäische Parlament ihre Interessen schützt. Die öffentliche Meinung ist in dieser Hinsicht in zwei mehr oder weniger gleich große Lager gespalten: 34% sind der Meinung, daß ihre Interessen sehr oder ziemlich gut durch das Europäische Parlament geschützt werden, und 36% sind der Meinung, daß ihre Interessen ziemlich schlecht oder sehr schlecht geschützt werden. Die restlichen 30% können nicht sagen, wie gut oder wie schlecht ihre Interessen durch das Europäische Parlament geschützt werden.

Die Iren (63%) sehen ihre Interessen am ehesten durch das Europäische Parlament geschützt, gefolgt von den Luxemburgern (53%). In allen anderen Ländern ist weniger als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, daß das Europäische Parlament einen guten Schutz ihrer Interessen gewährleistet.



Die EU-Bürger stehen dem Parlament kritischer gegenüber, was den Schutz ihrer Interessen betrifft. Nur in Dänemark (+4), Griechenland (+3) und Belgien (+2) ist der Anteil der Personen, die ihre Interessen für gut geschützt halten, seit dem Frühjahr 1997 gestiegen, als die Frage zum letzten Mal gestellt wurde. Der größte Rückgang wurde in Luxemburg (-10) und Portugal (-8) registriert, obwohl eine Abnahme um mehr als 3 Prozentpunkte auch in fünf anderen Ländern festgestellt wurde. (Tabelle 5.5)

Zum Schutz ihrer Interessen sollte sich das Europäische Parlament nach Ansicht von 64% der Europäer ganz besonders mit der **Beschäftigungsthematik** befassen. Dieser Bereich ist ein klares Anliegen zahlreicher Europäer, die von der Europäischen Union erwarten, daß sie sich dieser Frage vordringlich annimmt, wie bereits an anderer Stelle in diesem Bericht angedeutet wurde (siehe Kapitel 3.5).

Nach Ansicht von 45% der Europäer sollte das Europäische Parlament dem **Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität** besondere Aufmerksamkeit schenken. Wie wir ebenfalls bereits erwähnt haben (in Kapitel 4.1), ist dieser Bereich ein besonderes Anliegen der Europäer.

Rund 3 von 10 Europäern sind der Ansicht, daß sich das Europäische Parlament besonders dem **Umweltschutz und Verbraucherschutz** (33%) und dem **Kampf gegen Krebs und AIDS** (32%) widmen sollte. Die Öffentlichkeit ist in erheblich geringerem Maß daran interessiert, daß sich das Parlament vorrangig mit einer der anderen in der Umfrage genannten Bereiche befaßt.



Die folgende Tabelle zeigt, daß die **Beschäftigung** in 10 Mitgliedsländern an der Spitze der Liste der gewünschten vorrangigen Aufgaben liegt. In Belgien (79%), Frankreich (77%), Spanien (76%), Italien und Portugal (jeweils 73%) betrachten mehr als 7 von 10 Personen die Beschäftigung als dringlichste Aufgabe. In Spanien und Frankreich ist dieses Thema doppelt so wichtig wie die zweitwichtigste dringende Aufgabe. Im Vereinigten Königreich, den Niederlanden (jeweils 51%) und Luxemburg (47%) liegt die Beschäftigung auf dem zweiten Platz und in Schweden (51%) auf dem dritten Platz. Dänemark ist das einzige Land, in dem dieses Thema nicht zu den vier wichtigsten Anliegen gezählt wird.

Der **Kampf gegen Drogenhandel und Kriminalität** führt die Liste der dringendsten Aufgaben in Schweden (58%), im Vereinigten Königreich (51%) und in Luxemburg (50%) an. In allen anderen Ländern erscheint dieses Thema an zweiter oder dritter Stelle in der Liste der dringenden Aufgaben.

Nur in Dänemark (62%) führt der **Umweltschutz und Verbraucherschutz** die Liste der vorrangigen Aufgabenbereiche an, und in allen anderen Ländern mit Ausnahme von Griechenland und Irland belegt dieses Thema einen der ersten vier Plätze.

Der **Kampf gegen Krebs und AIDS** liegt in elf Mitgliedsländern unter den ersten vier Plätzen. In Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden wird dieses Thema als eine weniger wichtige Aufgabe des Europäischen Parlaments eingestuft.

Die Frage der **Menschenrechte in der ganzen Welt** wird in Schweden (38%), Dänemark (35%), den Niederlanden (33%) und Irland (27%) zu den vier wichtigsten Themen gerechnet. In Griechenland (48%), Finnland (29%) und Deutschland (28%) zählt die **Außen- und Sicherheitspolitik** zu den vier wichtigsten Aufgaben. (Tabelle 5.6)

TOP-PRIORITÄTEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT AUFSCHLÜSSELUNG NACH MITGLIEDSLÄNDERN			
Belgien		Luxemburg	
Beschäftigung	79	Drogenhandel/Kriminalität	50
Drogenhandel/Kriminalität	47	Beschäftigung	47
AIDS/Krebs	40	AIDS/Krebs	44
Umwelt/Verbraucher	25	Umwelt/Verbraucher	38
Dänemark		Niederlande	
Umwelt/Verbraucher	62	Drogenhandel/Kriminalität	52
Drogenhandel/Kriminalität	54	Beschäftigung	51
Menschenrechte	35	Umwelt/Verbraucher	42
AIDS/Krebs	29	Menschenrechte	33
Deutschland		Österreich	
Beschäftigung	58	Beschäftigung	60
Drogenhandel/Kriminalität	51	Drogenhandel/Kriminalität	43
Umwelt/Verbraucher	39	Umwelt/Verbraucher	29
Außen- und Sicherheitspolitik	28	AIDS/Krebs	28
Griechenland		Portugal	
Beschäftigung	53	Beschäftigung	73
Außen- und Sicherheitspolitik	48	Drogenhandel/Kriminalität	53
Drogenhandel/Kriminalität	44	AIDS/Krebs	41
AIDS/Krebs	31	Umwelt/Verbraucher	27
Spanien		Finnland	
Beschäftigung	76	Beschäftigung	69
Drogenhandel/Kriminalität	35	Drogenhandel/Kriminalität	49
AIDS/Krebs	28	Umwelt/Verbraucher	32
Umwelt/Verbraucher	27	Außen- und Sicherheitspolitik	29
Frankreich		Schweden	
Beschäftigung	77	Drogenhandel/Kriminalität	58
AIDS/Krebs	38	Umwelt/Verbraucher	53
Drogenhandel/Kriminalität	37	Beschäftigung	51
Umwelt/Verbraucher	32	Menschenrechte	38
Irland		Vereinigtes Königreich	
Beschäftigung	68	Drogenhandel/Kriminalität	51
Drogenhandel/Kriminalität	62	Beschäftigung	51
AIDS/Krebs	43	Umwelt/Verbraucher	33
Menschenrechte	27	AIDS/Krebs	32
Italien			
Beschäftigung	73		
Drogenhandel/Kriminalität	39		
AIDS/Krebs	33		
Umwelt/Verbraucher	28		

6. Das Europäische Jahr gegen Rassismus

Um den Kampf gegen den Rassismus, die Fremdenfeindlichkeit und den Antisemitismus bewußter zu machen, wurde das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus" ausgerufen. Ethnische Vorurteile, Diskriminierung und rassistisch motivierte Anschläge sind weiterhin ein anhaltendes Problem für die Europäische Union. Wie Jacques Santer erklärte, ist der Kampf gegen den Rassismus ein Bestandteil des Aufbaus Europas, denn Rassismus ist das genaue Gegenteil dessen, was Europa für die Demokratie, die Toleranz und die Achtung der Menschenwürde bedeutet.

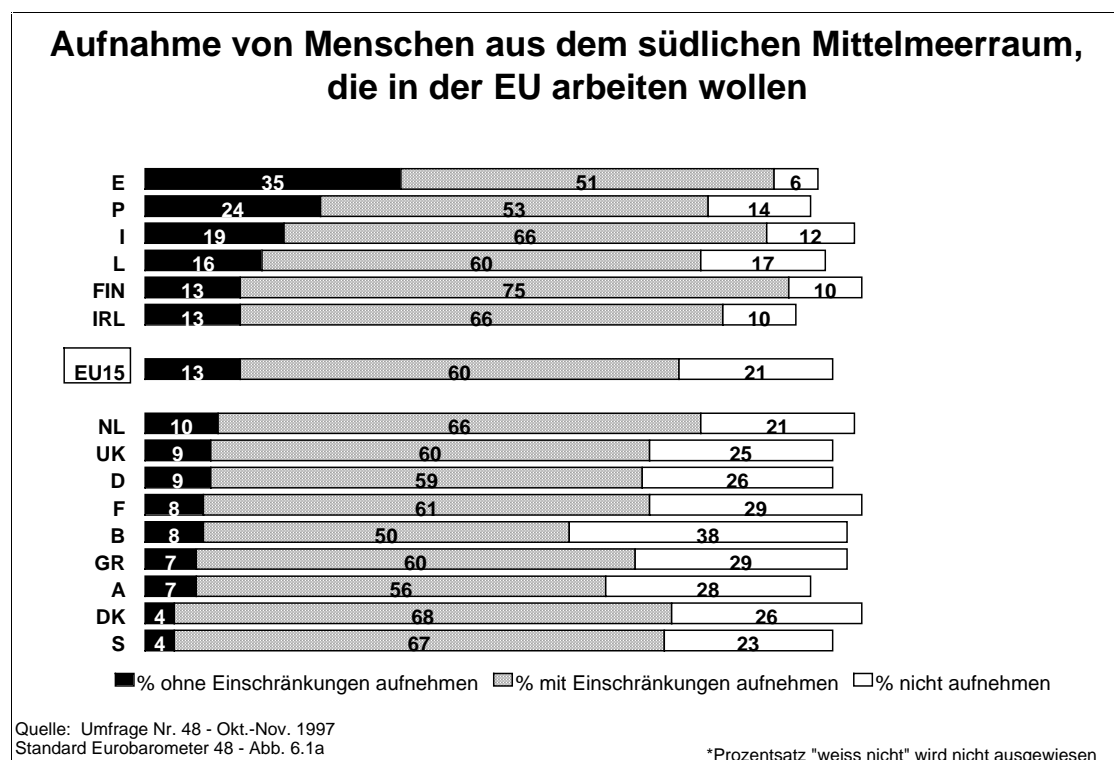
Die Eurobarometer-Umfrage ermittelt die Einstellung der EU-Bürger zu Menschen aus Ländern, die nicht der Europäischen Union angehören, und zu Menschen anderer Rasse oder Staatsangehörigkeit²⁰.

6.1. Aufnahme von Menschen aus Ländern, die nicht der EU angehören

Zu diesem Thema wurde folgende Frage gestellt:

"Wenn Leute aus verschiedenen Ländern des südlichen Mittelmeerraums hier in der Europäischen Union arbeiten wollen, was sollte Ihrer Meinung nach mit diesen Einwanderern geschehen? Sollen sie ohne Einschränkungen aufgenommen werden, mit Einschränkungen aufgenommen werden oder nicht aufgenommen werden?"

Zahlreiche EU-Bürger (60%) sind der Ansicht, daß Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum, die in einem Mitgliedsland der Europäischen Union arbeiten möchten, aufgenommen werden sollten, doch sollten Einschränkungen gemacht werden. Nur 13% sind zu einer uneingeschränkten Aufnahme bereit, und 21% lehnen die Aufnahme dieser Menschen ab.



²⁰ Eine ausführlichere Umfrage über den Rassismus in der EU wurde im Rahmen von Eurobarometer 47.1 im Auftrag der Generaldirektion für Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten (DG V) der Europäischen Kommission durchgeführt. Ein Bericht mit Ergebnissen dieser Umfrage, der den Titel "Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa" trägt, ist auf Anfrage erhältlich.

Der Anteil der EU-Bürger, die der Meinung sind, daß Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum ohne Einschränkungen aufgenommen werden sollten, reicht vom Spitzenwert in Spanien (35%) bis zum niedrigsten Wert in Schweden und Dänemark (jeweils 4%). Der Anteil der EU-Bürger, die diese Menschen nicht in ihrem Land aufnehmen möchten, reicht vom niedrigsten Wert in Spanien (6%) bis zum Spitzenwert in Belgien (38%).

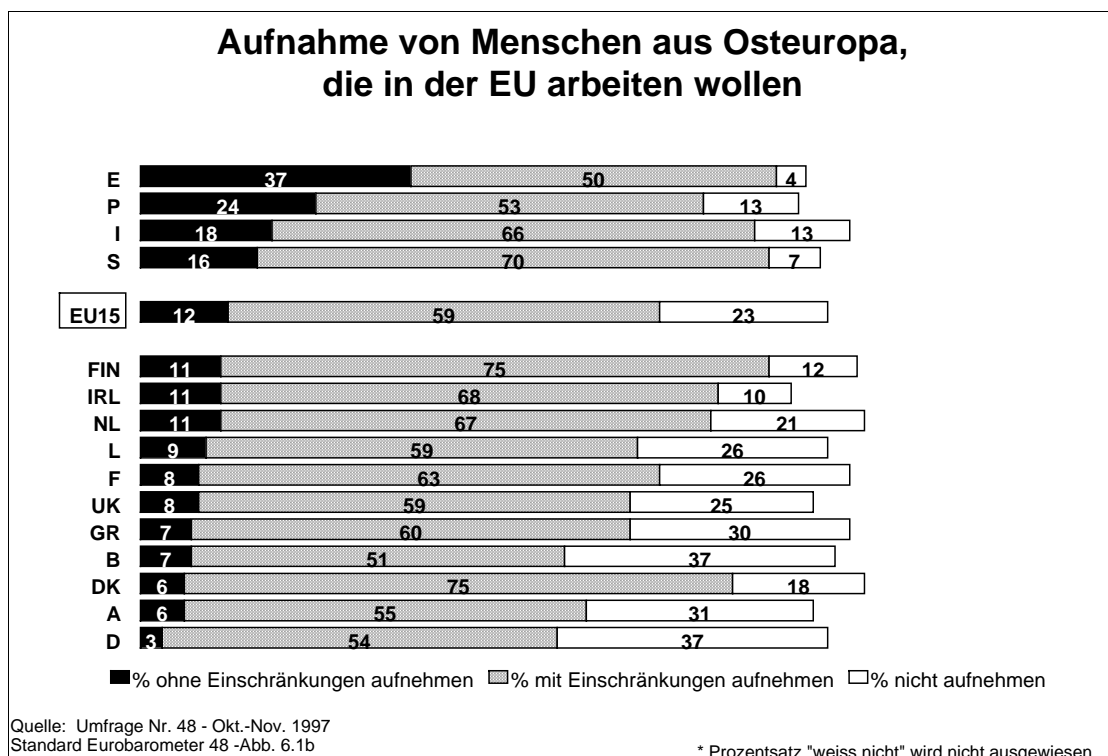
Die Spanier stehen den Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum am gastfreundlichsten gegenüber. Andere Länder mit einer niedrigen Ablehnungsrate sind Finnland, Irland (jeweils 10%), Italien (12%), Portugal (14%) und Luxemburg (17%).

Die belgische Bevölkerung zeigt die geringste Aufnahmebereitschaft gegenüber den Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum. In Griechenland, Frankreich (jeweils 29%), Österreich (28%), Deutschland und Dänemark (jeweils 26%) teilt mehr als ein Viertel der Bevölkerung die Ansicht, daß diese Menschen nicht aufgenommen werden sollten. (Tabelle 6.1a)

Männer und Frauen sind sich in ihrer Haltung hinsichtlich der Aufnahme von Einwanderern aus dem südlichen Mittelmeerraum sehr ähnlich. Die Aufnahmebereitschaft wird jedoch stark durch das Alter beeinflusst: nur 15% der EU-Bürger im Alter von 15 bis 24 Jahren lehnen die Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum ab, verglichen mit 28% der Befragten im Alter von mindestens 55 Jahren. Ferner besteht ein Zusammenhang zwischen der Aufnahmebereitschaft und der Dauer der schulischen Ausbildung: je jünger die Befragten zum Zeitpunkt des Bildungsabschlusses waren, desto weniger sind sie zur Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum bereit.

Die Umfrageergebnisse zeigen, daß Menschen, die der Zukunft (d. h. dem kommenden Jahr) pessimistisch entgegenblicken, erheblich weniger aufnahmefreudig sind als Menschen, die die Zukunft in einem rosigeren Licht sehen. Ferner widerlegen die Umfrageergebnisse die Vorstellung, daß die EU-Bürger aus Sorge um den Arbeitsplatz diesen Einwanderern skeptisch gegenüber stehen: Arbeitslose (18%) befürworten eher als Erwerbstätige (Angestellte: 12%; Arbeiter: 13%; Führungskräfte: 14%; Selbständige 15%) eine uneingeschränkte Aufnahme. (Tabelle 6.1b)

Eine ähnliche Frage wurde zu den Menschen aus Osteuropa gestellt, die in der Europäischen Union arbeiten wollen. Erneut spricht sich eine Mehrheit der EU-Bürger (59%) für die Aufnahme dieser Menschen aus, falls bestimmte (nicht genauer definierte) Einschränkungen gelten. Nur 12% sind der Meinung, daß diese Menschen ohne Einschränkungen aufgenommen werden sollten, und 23% lehnen die Aufnahme ab.

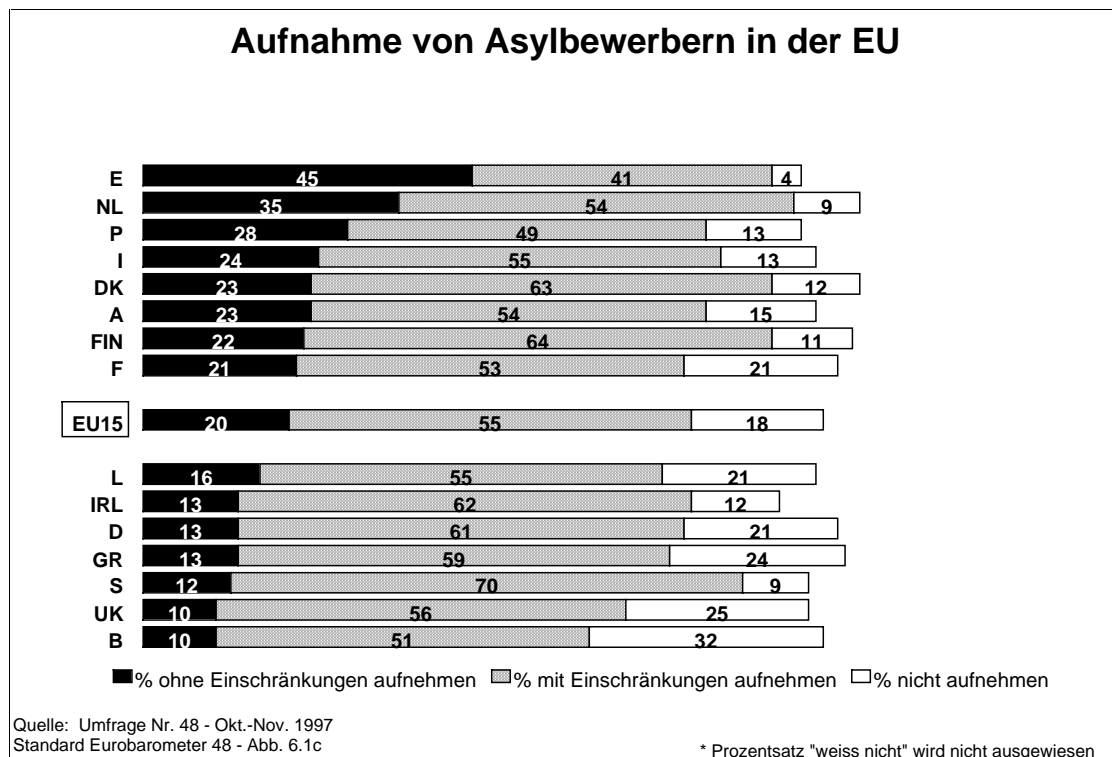


Die Spanier zeigen erneut die größte Aufnahmebereitschaft, denn 37% wollen die Menschen aus Osteuropa ohne Einschränkungen aufnehmen und nur 4% lehnen ihre Aufnahme ab. Schweden (7%), Irland (10%), Finnland (12%), Portugal und Italien (jeweils 13%) sind die einzigen anderen Länder, in denen weniger als 2 von 10 Personen nicht zur Aufnahme von Menschen aus Osteuropa bereit sind.

Die Bevölkerung Deutschlands zeigt die geringste Aufnahmebereitschaft: nur 3% sind der Meinung, daß Menschen aus Osteuropa ohne Einschränkungen aufgenommen werden sollten, während 37% die Aufnahme völlig ablehnen. In Belgien (37%), Österreich (31%), Griechenland (30%), Frankreich und Luxemburg (jeweils 26%) ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung ebenfalls der Ansicht, daß Osteuropäer nicht aufgenommen werden sollten. (Tabelle 6.2a)

Die demographische Aufschlüsselung ergibt ein ähnliches Bild wie im Fall der Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum. (Tabelle 6.2b)

In der Eurobarometer-Umfrage wurde ferner eine Frage zu Menschen gestellt, die in ihrem Land unter Menschenrechtsverletzungen leiden und in der Europäischen Union um Asyl bitten. 20% der EU-Bürger befürworten eine uneingeschränkte Aufnahme dieser Asylbewerber. Weitere 55% meinen, daß diese Menschen mit Einschränkungen aufgenommen werden sollten, und 18% lehnen eine Aufnahme ab.



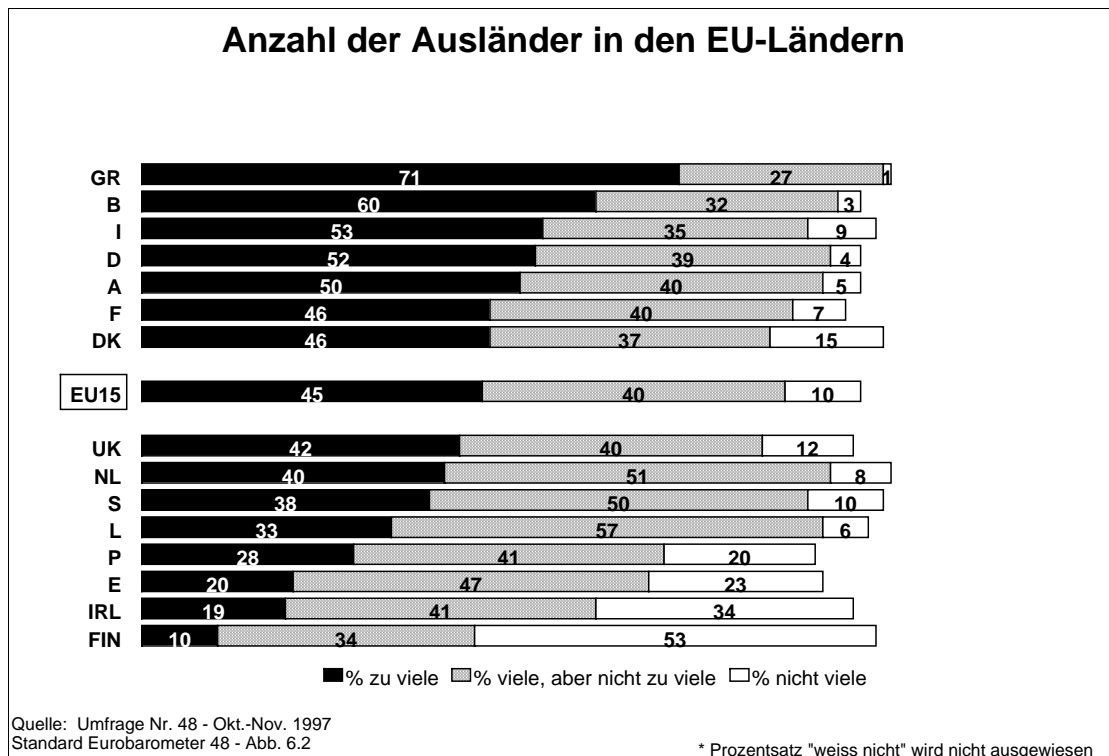
Die Spanier sind erneut am gastfreundlichsten: 45% wollen Asylbewerber ohne Einschränkungen aufnehmen, und nur 4% lehnen die Aufnahme ab. Auch in den Niederlanden, Schweden (jeweils 9%), Finnland (11%), Dänemark, Irland (jeweils 12%), Portugal und Italien (jeweils 13%) sowie Österreich (15%) ist die Ablehnungsrate niedrig.

Die Bevölkerung in Belgien und im Vereinigten Königreich zeigt die geringste Aufnahmebereitschaft: nur 10% der Bevölkerung in diesen beiden Ländern wollen politische Asylbewerber ohne Einschränkungen aufnehmen, während 32% der Belgier und 25% der Befragten im Vereinigten Königreich die Aufnahme von Asylbewerbern ablehnen. Griechenland (24%) ist das einzige andere Land, in dem etwa ein Viertel der Bevölkerung keine Asylbewerber in der EU aufnehmen will. (Tabelle 6.3a)

Bei der Frage nach der Aufnahme von Asylbewerbern ergibt die demographische Aufschlüsselung ein ähnliches Bild wie bei den Ergebnissen zur Frage nach der Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum. (Tabelle 6.3b)

6.2. Einstellungen zu Ausländern und Menschen anderer Rasse

Was die Ansichten über die Zahl der Ausländer im eigenen Land betrifft, so sind durchschnittlich 5 von 10 Personen entweder der Ansicht, daß es viele - jedoch nicht zu viele - Ausländer gibt oder daß nicht viele Ausländer im Lande leben. Andererseits meinen 45% der EU-Bevölkerung, daß es zu viele Ausländer im Lande gibt.

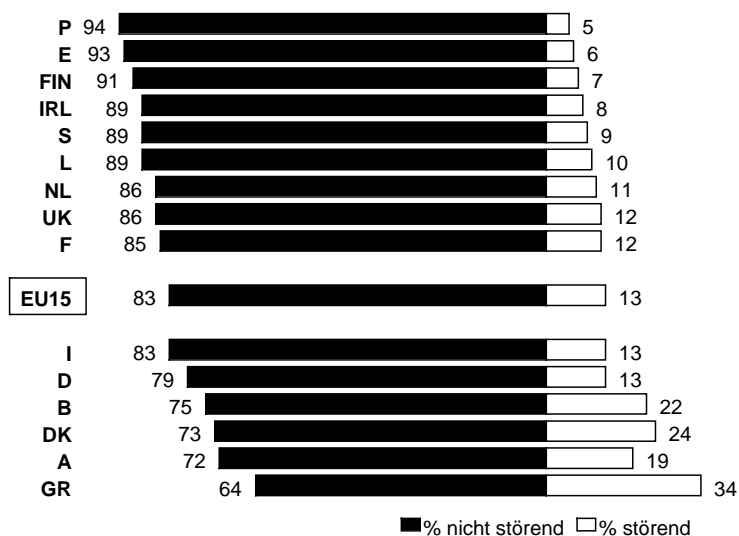


Wie die obige Abbildung zeigt, gibt es sehr große Meinungsunterschiede zwischen den fünfzehn Mitgliedsländern. In Finnland hält nur jeder Zehnte die Zahl der im Lande lebenden Ausländer für zu hoch. Auch in Irland (19%), Spanien (20%) und Portugal (28%) liegt der Prozentsatz der Personen, die zu viele Ausländer im Lande vermuten, unter dem EU-Durchschnitt. In Griechenland (71%) und Belgien (60%) ist die Meinung, daß zu viele Ausländer im Lande leben, am deutlichsten vertreten, und diese Ansicht wird von mehr als der Hälfte der Bevölkerung in Italien (53%) und Deutschland (52%) geteilt. (Tabelle 6.4a)

Die demographische Analyse zeichnet ein vertrautes Bild: Personen, die sich noch in der schulischen Ausbildung befinden (27%) oder deren schulische Ausbildung am längsten gedauert hat (32%), sowie Führungskräfte (32%) und Jugendliche (35%) sind seltener der Meinung, daß zu viele Ausländer im Lande leben, während Personen im Ruhestand (55%), Personen mit dem niedrigsten Bildungsniveau (53%) und Hausfrauen/Hausmänner (53%) eher zu dieser Meinung neigen. 59% der Befragten, die für das Jahr 1998 eine Verschlechterung der Lage gegenüber dem Vorjahr erwarten, halten die Zahl der im Lande lebenden Ausländer für zu hoch. Der entsprechende Anteil liegt für Personen, die 1998 optimistischer entgegensehen, bei lediglich 37%. (Tabelle 6.4b)

Obwohl 45% der EU-Bürger der Meinung sind, daß zu viele Ausländer im Lande leben, empfinden die meisten Europäer die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität (83%) oder anderer Rasse (81%) im Lande nicht als störend.

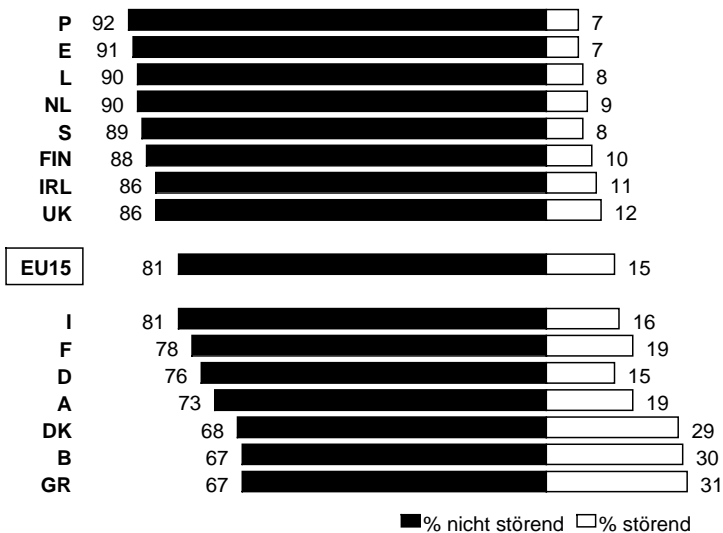
Akzeptanz von Menschen anderer Nationalität



Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 6.3

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Akzeptanz von Menschen anderer Rasse



Quelle: Umfrage Nr. 48 - Okt.-Nov. 1997
Standard Eurobarometer 48 - Abb. 6.4

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

In Portugal (94%), Spanien (93%), Finnland (91%), Irland, Schweden und Luxemburg (alle 89%) empfinden rund 9 von 10 Personen die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität nicht als störend. Griechenland (64%) ist das einzige Land, in dem weniger als 7 von 10 Personen dieser Ansicht ist.

Im Ländervergleich ergibt sich auch bei der Frage nach der Einstellung zu Menschen anderer Rasse ein ähnliches Bild: fast die gesamte Bevölkerung in Portugal (92%), Spanien (91%), Luxemburg, den Niederlanden (jeweils 90%), Schweden (89%) und Finnland (88%) empfindet die Gegenwart von Menschen anderer Rasse im Lande nicht als störend. Dänemark (68%) und Belgien (67%) sind zusammen mit Griechenland (67%) die einzigen Länder, in denen weniger als 7 von 10 Personen diese Ansicht teilen. (Tabellen 6.5a und 6.6a)

Die demographische Analyse läßt nur sehr geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erkennen. (Tabellen 6.5b und 6.6b) Allerdings gibt es einen geringen Anteil von EU-Bürgern, die die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität (13%) oder Rasse (15%) als störend empfinden. Wie die folgende Tabelle zeigt, neigen diese Menschen bedeutend eher zu der Meinung, daß es zu viele Ausländer im Lande gibt, als diejenigen, die die Anwesenheit von Ausländern nicht als störend empfinden.

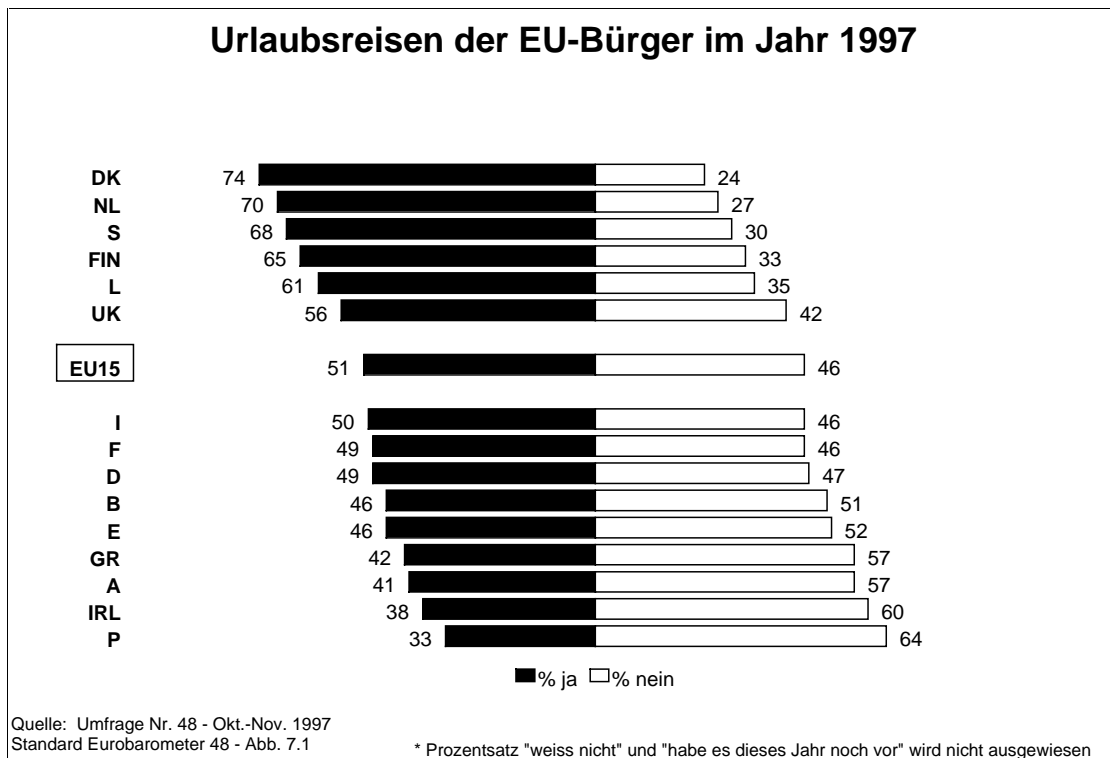
Einstellung zu Ausländern				
	Anwesenheit von Menschen anderer <u>Nationalität ist</u> <u>störend</u>	Anwesenheit von Menschen anderer <u>Rasse</u> <u>ist störend</u>	Anwesenheit von Menschen anderer <u>Nationalität ist</u> <u>nicht störend</u>	Anwesenheit von Menschen anderer <u>Rasse</u> <u>ist nicht</u> <u>störend</u>
Anteil der Personen (in %), die die entsprechende Meinung vertreten:	%	%	%	%
<i>Es gibt zu viele Ausländer</i>	81	81	38	37
<i>Es gibt viele Ausländer, aber es sind nicht zu viele</i>	14	15	45	46
<i>Es gibt nicht viele Ausländer</i>	3	3	11	12

7. Tourismus in der Europäischen Union

Dieses Kapitel befaßt sich mit einer besonderen Untersuchung zur Urlaubsgestaltung der Europäer, die im Rahmen der letzten Eurobarometer-Umfrage durchgeführt wurde. Wir erörtern einige Aspekte dieser Untersuchung, z.B. Anteil der EU-Bürger, die während des letzten Jahres einen Auslandsurlaub verbracht haben, und Anteil der EU-Bürger, die 1998 eine Urlaubsreise planen. Ferner wird die Wahl des Urlaubsorts beleuchtet²¹.

7.1. Urlaubsreisen der Europäer im Jahr 1997

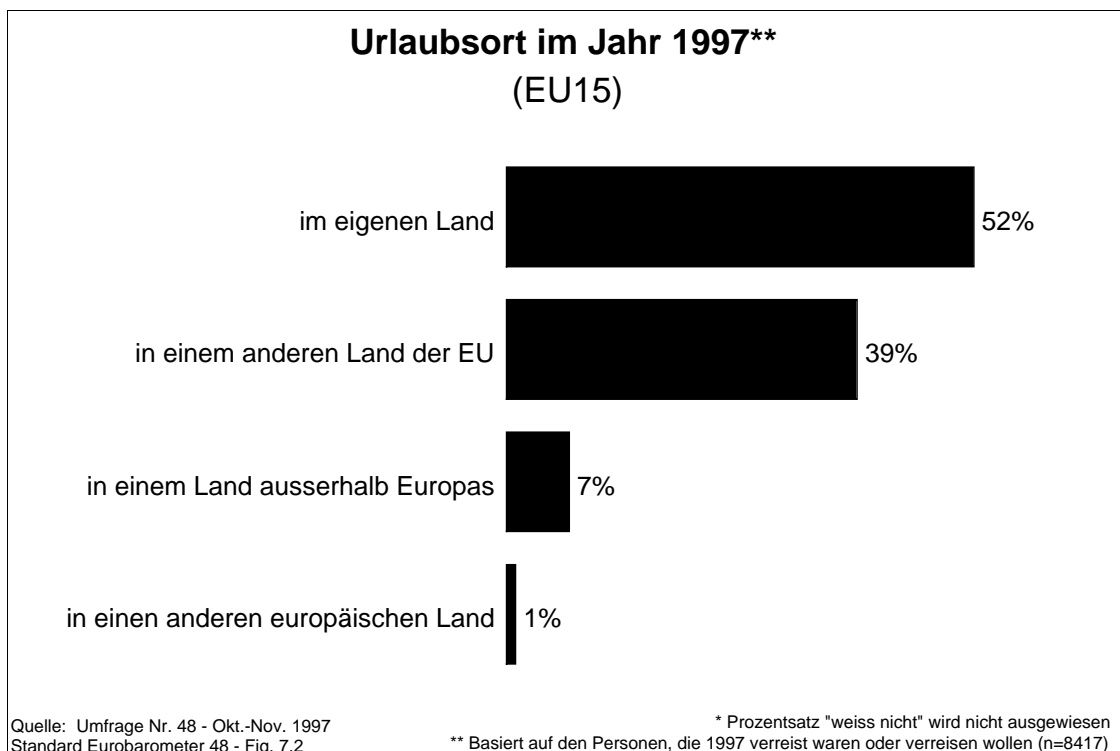
Ende November 1997 hatten 51% der Europäer bereits einen Urlaub fernab der eigenen Wohnung verbracht, und 2% hatten die Absicht, vor dem Jahresende noch eine Urlaubsreise anzutreten. 46% gaben jedoch an, daß sie 1997 überhaupt keine Urlaubsreise unternehmen würden.



²¹ Die Fragen zum Tourismus, die in diesem Kapitel behandelt werden, wurden vom Referat Tourismus der Generaldirektion für Unternehmenspolitik, Handel, Tourismus und Sozialwirtschaft der Europäischen Kommission (GDXXIII) in Auftrag gegeben. Ein ausführlicherer Bericht über die Ergebnisse ist auf Anfrage erhältlich.

Die Bevölkerung Dänemarks, der Niederlande und Schwedens war 1997 am reisefreudigsten. Zum Zeitpunkt der Umfrage hatten 74% der Dänen, 70% der Niederländer und 68% der Schweden bereits einen Urlaub außerhalb der eigenen vier Wände im Jahr 1997 verbracht. In Portugal war der Anteil der Befragten, die 1997 eine Urlaubsreise unternommen hatten, mit 33% am niedrigsten. Ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt lag der entsprechende Wert für Irland (38%), und in Österreich (41%) und Griechenland (42%) hatten 1997 nur rund 4 von 10 Personen eine Urlaubsreise unternommen. (Tabelle 7.1)

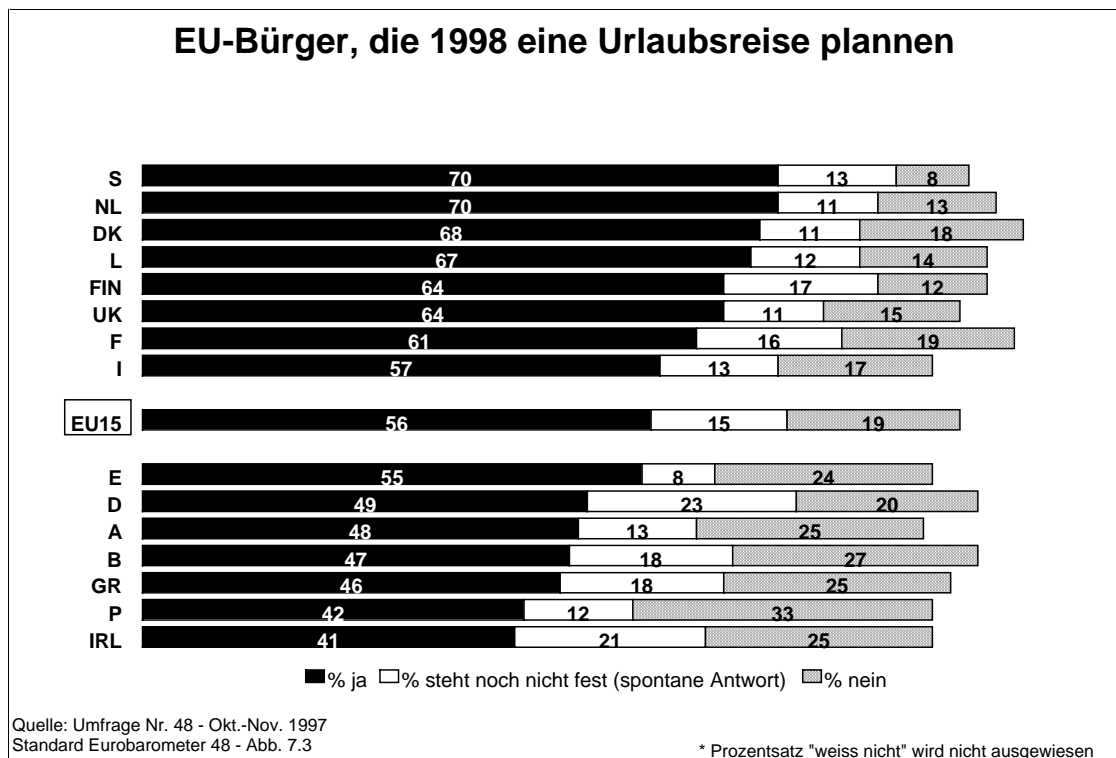
Mehr als die Hälfte (52%) der Europäer, die 1997 eine Urlaubsreise unternommen hatten oder planten, verbrachten diesen Urlaub im eigenen Lande oder hatten dies vor. Wen es hingegen ins Ausland zog, der wählte vorwiegend ein anderes Mitgliedsland der Europäischen Union als Urlaubsziel (39%). Nur jeder Hundertste verbrachte den Urlaub in einem europäischen Land, das nicht der EU angehört, und 7% unternahmen eine Urlaubsreise in ein außereuropäisches Land.



Der Ländervergleich zeigt, daß die Bevölkerung Luxemburgs mit Abstand am ehesten ein anderes Mitgliedsland der EU als Urlaubsziel wählt (88%). Auch ein beträchtlicher Anteil der Belgier (70%) und Deutschen (68%) verbrachte den Urlaub in einem anderen Mitgliedsland der EU. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im "sonnigen Süden" - Griechenland (91%), Spanien (87%), Portugal (76%) und Italien (72%) - verbrachte ebenso wie 78% der Franzosen den Urlaub im eigenen Land. (Tabelle 7.2)

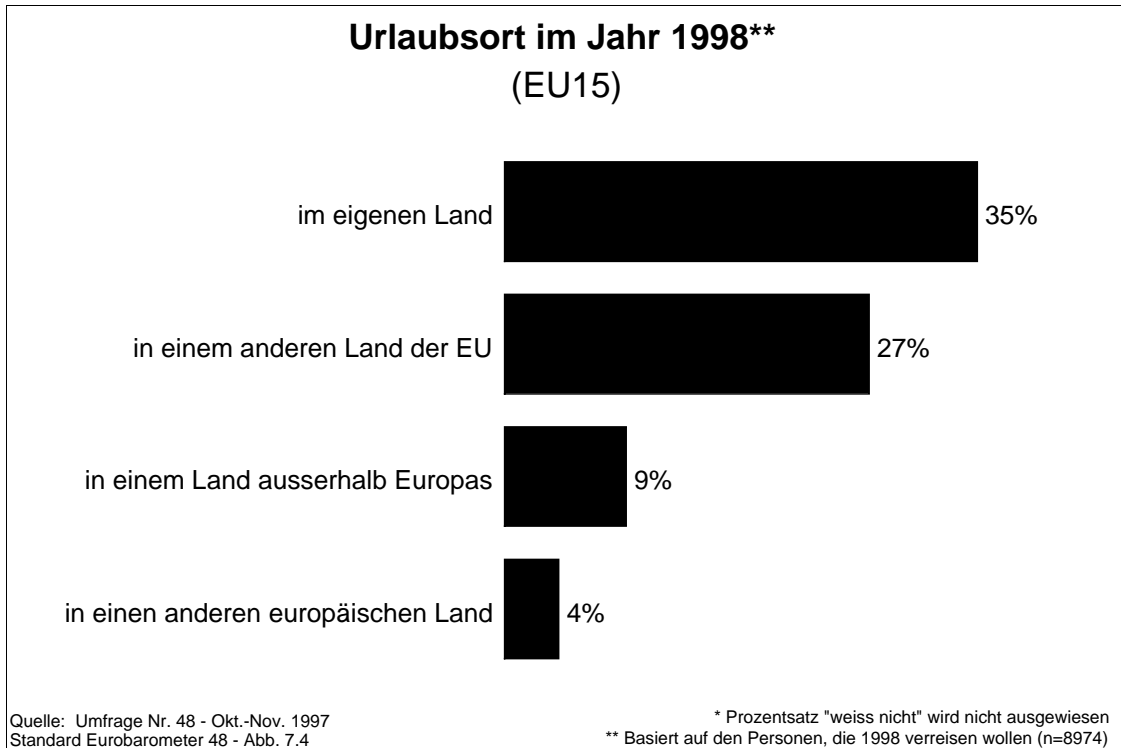
7.2. Urlaubsreisen der Europäer im Jahr 1998

Auf die Frage nach den Urlaubsplänen für 1998 antworten mehr als die Hälfte der Befragten (56%), daß sie eine Urlaubsreise beabsichtigen. 17% wollen 1998 im Urlaub nicht verreisen, und 13% hatten zum Zeitpunkt der Umfrage noch keine konkreten Pläne.



Die Bevölkerung Schwedens, der Niederlande (jeweils 70%) und Dänemarks (68%) waren 1997 nicht nur die eifrigsten Urlaubsreisenden, sondern werden auch 1998 die reisefreudigsten Urlauber stellen. In Irland (41%) und Portugal (42%) ist der Anteil der Personen, die für 1998 eine Urlaubsreise planen, am niedrigsten. Zum Zeitpunkt der Umfrage wußten bereits 33% der Befragten in Portugal, daß sie 1998 keine Urlaubsreise antreten würden; auch 27% der Befragten in Belgien und 25% der Iren, Griechen und Österreicher werden nicht zu Urlaubszwecken verreisen. (Tabelle 7.3)

27% der Personen, die für 1998 eine Urlaubsreise planen, wollen ihren Urlaub in einem anderen Mitgliedsland der EU verbringen, und 35% werden im eigenen Land Urlaub machen. Nur 4 von 100 Personen wollen ihren Urlaub einem europäischen Land verbringen, das nicht der EU angehört, und 9% planen eine Urlaubsreise in ein außereuropäisches Land. Zum Zeitpunkt der Umfrage wußten 36% der Europäer noch nicht, ob sie 1998 eine Urlaubsreise antreten würden.



Der Ländervergleich zeigt, daß die Luxemburger (58%) während ihres Urlaubs im Jahr 1998 am ehesten ein anderes Mitgliedsland der Europäischen Union besuchen werden. Auch zahlreiche Urlauber aus Deutschland (48%), Österreich (43%) und Dänemark (41%) werden andere Länder der EU bereisen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Griechenland (75%), Spanien (59%), Portugal (55%) und Frankreich (53%) will den Urlaub im eigenen Land verbringen. (Tabelle 7.4)